

Hönigsberger, Herbert; Kolbe, Andreas; Osterberg, Sven

Working Paper

Der parlamentarische Arm II: Schriftliche Befragung der 221 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten im 16. Deutschen Bundestag

Arbeitspapier, No. 193

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hönigsberger, Herbert; Kolbe, Andreas; Osterberg, Sven (2010) : Der parlamentarische Arm II: Schriftliche Befragung der 221 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten im 16. Deutschen Bundestag, Arbeitspapier, No. 193, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/116651>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitspapier **193**



Herbert Hönigsberger
Andreas Kolbe | Sven Osterberg
Der parlamentarische Arm II
Gewerkschafter im Bundestag –
Die schriftliche Befragung

Arbeitspapier 193

Herbert Hönigsberger
Andreas Kolbe
Sven Osterberg

Der parlamentarische Arm II

**Schriftliche Befragung der 221 gewerkschaftlich
organisierten Abgeordneten im 16. Deutschen Bundestag**

Die Studie wurde im März 2010 fertig gestellt.

Herbert Hönigsberger (*1948), Sozialwissenschaftler, Politikberater; IST GmbH, Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik, Berlin/Ebertsheim; Netzwerk Nautilus Politikberatung; langjähriger Fraktionsvorstands-, Fraktions- und MdB-Mitarbeiter; Forschungsvorhaben für öffentliche Auftraggeber in den Bereichen, Umwelt, Bildung und politische Analyse; zahlreiche Artikel und Interviews in Mitbestimmung und Kommune.

Andreas Kolbe (*1978), Dipl.-Sozialwissenschaftler; Netzwerk Nautilus Politikberatung; Forschungsvorhaben für öffentliche Auftraggeber im Bereich politische Analyse.

Sven Osterberg (*1971), Dipl.-Sozialwissenschaftler, Industrieelektroniker; Netzwerk Nautilus Politikberatung; Forschungsvorhaben für öffentliche Auftraggeber im Bereich politische Analyse.

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 77 78-593
Fax: (02 11) 77 78-283
E-Mail: Michaela-Kuhnhenne@boeckler.de
Redaktion: Dr. Michaela Kuhnhenne, Leiterin des Referats 5 der
Abteilung Forschungsförderung
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, September 2010

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	6
Vorbemerkung	8
Kurzfassung	9
Politische und gewerkschaftliche Erfahrungen der Abgeordneten	9
Wege zum Mandat	11
Praxis im Bundestag	11
Verhältnis zwischen Fraktionen und Gewerkschaften	13
Gewerkschaftsblock und Arbeitnehmerlager	15
Vorschläge und Anregungen	16
Sozialdaten	16
Untersuchungskonzeption	18
1. Ziele der Studie	18
2. Ausgangslage	18
3. Zentrale Fragen	18
4. Methodik	19
4.1 Entwicklung des Erhebungsinstrumentes	19
4.2 Technik der Online-Erhebung	21
4.3 Grundgesamtheit	22
4.4 Durchführung der Erhebung	22
4.5 Rücklauf	23
4.6 Antwortverhalten	25
4.7 Auswertung	27
4.8 Repräsentativität	27
4.9 Darstellung der Ergebnisse	28
Ergebnisse im Detail – Tabellen und Text	29
1. Gewerkschaftsmitgliedschaft	29
2. Eintrittsjahr	30
3. Fraktionszugehörigkeit	31
4. Parteieintritt	34
5. Herkunftsland	35
6. Dauer der Parlamentszugehörigkeit	36
7. Direktmandate	37
8. Ausschussmitgliedschaft	38
9. Stellvertretung im Ausschuss	40
10. Politische Funktion	41
11. Parteiamt	42
12. Gewerkschaftsfunktionen	43

13.	Anstoß für Kandidatur	44
14.	Bedeutung der Gewerkschaftsmitgliedschaft.....	45
15.	Kandidaturberatung	46
16.	Konsultation Gewerkschaftsvorstand	47
17.	Rolle übergeordneter Gremien	48
18.	Bedeutung von Partei- und Gewerkschaftsarbeit	50
19.	Vereinbarkeit von Bundestagsmandat und Gewerkschaftsaktivitäten	51
20.	Eigenschaften aktiver Gewerkschafter	52
21.	Teilnahme am Gewerkschaftsleben	54
22.	Hinderungsgründe für aktive Gewerkschaftsarbeit	55
23.	Selbstverständnis.....	56
24.	Schwerpunkthemen der Parlamentsarbeit	57
25.	Vorerfahrung mit den Themen.....	62
26.	Nutzen der Gewerkschaftserfahrung	63
27.	Maßgaben für politisches Handeln	64
28.	Bedeutung gewerkschaftlicher Programme und Beschlüsse	65
29.	Verhältnis zwischen Fraktion und eigener Gewerkschaft	66
30.	Verhältnis zwischen Fraktion und DGB	67
31.	Informationspraxis des DGB	68
32.	Informationspraxis der Einzelgewerkschaften	69
33.	Übereinstimmung mit Gewerkschaften	70
34.	Übereinstimmung mit Gewerkschaften und Partei (Vergleich)	71
35.	Kooperation mit Einzelgewerkschaften	72
36.	Kooperation mit DGB	76
37.	Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft gegenüber Rot-Grün	80
38.	Verhältnis zwischen Fraktion und DGB gegenüber Rot-Grün	81
39.	Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft während der Großen Koalition	82
40.	Verhältnis zwischen Fraktion und DGB während der Großen Koalition	83
41.	Verhältnis der Einzelgewerkschaft zu den Kanzlern Merkel und Schröder	84
42.	Verhältnis des DGB zu Merkel und Schröder.....	85
43.	Verhältnis zum zuständigen Minister im Vergleich zu Rot-Grün	87
44.	Verhältnis zum zuständigen Minister in der Großen Koalition	88
45.	Verhältnis der DGB-Gewerkschafter in der Fraktion	89
46.	Verhältnis zu den Gewerkschaftern in anderen Fraktionen	90
47.	Gewerkschaftspolitische Gemeinsamkeiten.....	91
48.	Bedeutung der Gewerkschaften	92
49.	Gewerkschaftspräsenz im Bundestag	93
50.	Gewerkschaftsvorsitzende im Bundestag.....	94
51.	Gewerkschaftsblock	95

52.	Arbeitnehmerlager	96
53.	Vorschläge	97
54.	Schulbildung	100
55.	Berufsausbildung	101
56.	Berufstätigkeit.....	102
57.	Alter	103
58.	Geschlecht.....	104
Resümee		105
	Kandidaturen sind Parteiprojekte	105
	Differenzierte Selbstwahrnehmung und komplexe Praxis	106
	Im Blickfeld des gewerkschaftlichen Lobbyismus	107
	Weder Gewerkschaftsblock noch Arbeitnehmerlager.....	109
	Parlamentarier in kommunikativen Schlüsselpositionen	110
	Lager? Lager!	112
Anhang		117
	Fragebogen	118
Über die Hans-Böckler-Stiftung.....		137

Tabellenverzeichnis

Schaubild:	Ausschöpfungsquoten wissenschaftlicher Parlamentarierbefragungen ...	24
Tabelle 1:	Mitglieder in Einzelgewerkschaften	29
Tabelle 2:	Eintritt in die Gewerkschaft.....	30
Tabelle 3:	Fraktionszugehörigkeit	31
Tabelle 3a:	Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft	32
Tabelle 4:	Eintritt in die Partei	34
Tabelle 5:	Herkunftsland	35
Tabelle 6:	Wahlperioden im Deutschen Bundestag	36
Tabelle 7:	Direktmandat oder Landesliste	37
Tabelle 8:	Gewerkschafter in Ausschüssen des Bundestages	38
Tabelle 9:	Stellvertretung im Ausschuss.....	40
Tabelle 10:	Funktion in Fraktion, Parlament oder Regierung	41
Tabelle 11:	Höchstes Parteiamt	42
Tabelle 12:	Aktuelle und frühere gewerkschaftliche und betriebliche Funktionen	43
Tabelle 13:	Entscheidender Anstoß für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag ..	44
Tabelle 14:	Bedeutung der Gewerkschaftsmitgliedschaft für die Kandidatur	45
Tabelle 15:	Ratgeber in der Gewerkschaft	46
Tabelle 16:	Konsultation von Gewerkschaftsvorständen	47
Tabelle 17:	Unterstützung durch Gewerkschaftsgremien	48
Tabelle 18:	Bedeutung der Partei- und Gewerkschaftsarbeit für den Weg zum Mandat.....	50
Tabelle 19:	Vereinbarkeit von Bundestagsmandat und Gewerkschaftsaktivitäten.....	51
Tabelle 20:	Eigenschaften eines/r “aktiven” Gewerkschafter/in im Bundestag	52
Tabelle 21:	Aktive Teilnahme am Gewerkschaftsleben	54
Tabelle 22:	Hinderungsgründe für aktive Gewerkschaftsarbeit	55
Tabelle 23:	Selbstverständnis	56
Tabelle 24:	Schwerpunkthemen der Parlamentsarbeit.....	57
Tabelle 25:	Vorerfahrungen mit Themen der Bundestagsarbeit	62
Tabelle 26:	Nutzen der Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit	63
Tabelle 27:	Maßgaben für politisches Handeln im Bundestag	64
Tabelle 28:	Bedeutung gewerkschaftlicher Positionen für die Arbeit im Bundestag..	65
Tabelle 29:	Verhältnis zwischen der Fraktion und der eigenen Gewerkschaft	66
Tabelle 30:	Verhältnis zwischen Fraktion und DGB	67
Tabelle 30a:	Verhältnis zwischen Fraktion, eigener Gewerkschaft und DGB (Vergleich)	67
Tabelle 31:	Qualität der Information durch den DGB	68
Tabelle 32:	Qualität der Information durch die eigene Gewerkschaft	69

Tabelle 33: Politisch-inhaltliche Übereinstimmung mit Gewerkschaften	70
Tabelle 34: Politisch-inhaltliche Übereinstimmung mit Gewerkschaften und Partei (Vergleich)	71
Tabelle 35: Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft	72
Tabelle 35a: Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft: Vergleich SPD und Linkspartei	74
Tabelle 36: Zusammenarbeit mit dem DGB	76
Tabelle 36a: Zusammenarbeit mit dem DGB: Vergleich SPD und Linkspartei	78
Tabelle 37: Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft gegenüber Rot-Grün ..	80
Tabelle 38: Verhältnis zwischen Fraktion und DGB gegenüber Rot-Grün	81
Tabelle 39: Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft während der Großen Koalition	82
Tabelle 40: Verhältnis zwischen Fraktion und DGB während der Großen Koalition	83
Tabelle 41: Verhältnis der Gewerkschaft zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder	84
Tabelle 42: Verhältnis des DGB zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder	85
Tabelle 42a: Verhältnis des DGB und der Einzelgewerkschaften zu Angela Merkel und Gerhard Schröder (Vergleich)	86
Tabelle 43: Persönliches Verhältnis zum Minister im Vergleich zu Rot-Grün	87
Tabelle 44: Entwicklung des persönlichen Verhältnisses zum Minister im Verlauf der Großen Koalition	88
Tabelle 45: Persönliches Verhältnis der DGB-Gewerkschafter untereinander in der Fraktion	89
Tabelle 46: Persönliches Verhältnis zu DGB-Gewerkschaftern in anderen Fraktionen	90
Tabelle 47: Aufspaltung gewerkschaftlicher Gemeinsamkeiten	91
Tabelle 48: Bedeutung der Gewerkschaften	92
Tabelle 49: Bedeutung der Gewerkschaftspräsenz im Bundestag	93
Tabelle 50: Gewerkschaftsvorsitzende im Bundestag	94
Tabelle 51: Gewerkschaftsblock im Bundestag	95
Tabelle 52: Arbeitnehmerlager in der Großen Koalition	96
Tabelle 54: Höchster Schulabschluss	100
Tabelle 55: Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss	101
Tabelle 56: Letzte berufliche Tätigkeit vor dem Mandat	102
Tabelle 57: Geburtsjahr	103
Tabelle 58: Geschlecht	104

Vorbemerkung

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung der 221 gewerkschaftlich organisierten MdB, die in der 16. Wahlperiode – also während der großen Koalition – im Deutschen Bundestag saßen, werden zu Beginn der 17. Wahlperiode präsentiert. Die Lage hat sich aber mit der Bundestagswahl im September 2009 grundlegend geändert. Die Majorität der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten ist nicht mehr Teil der parlamentarischen Mehrheit und des Regierungslagers, so wie in der 14. und 15. Legislaturperiode während Rot-Grün und in der 16. Legislaturperiode während der großen Koalition. Sie gehört vielmehr der Opposition an. Nun sitzen zum zweiten Mal – wie im ersten Bundestag von 1949 bis 1953 – zwei konkurrierende Oppositionsfraktionen im Bundestag, die ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften als Parteien der Linken und mit Rekurs auf die Arbeiterbewegung definieren. Der Rollenwechsel der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten MdB fällt zusammen mit dem Verlust der Regierungsmacht für die SPD. Die Untersuchungsergebnisse resümieren gewissermaßen den Status quo am Ende einer Phase, um nicht zu sagen, einer Ära. Schlussfolgerungen lassen sich deshalb in zweierlei Hinsicht ziehen. Was war und was bleibt? Welche Konstellation wird den neuen MdB, die nur teilweise die alten sind, hinterlassen? Was wird an die nächste Wahlperiode weitergegeben? Die Schlussfolgerungen resümieren einerseits, prognostizieren andererseits respektive beschreiben Möglichkeiten. Ein Resümee wird insbesondere für die Wege der gewerkschaftlich organisierten MdB zum Mandat, für ihre Praxis im Bundestag und ihre Bedeutung für die gewerkschaftliche Lobbyarbeit unter den Bedingungen der Spaltung in Regierung und Opposition gezogen. Prognostisch wagt sich die Studie vor allem beim Thema *Gewerkschaftsblock* und *Arbeitnehmerlager* vor. Die Generalthese der Vorgängerstudie¹, so etwas wie ein Gewerkschaftsblock oder Arbeitnehmerlager existiere nicht nur nicht im deutschen Bundestag, sondern könne es wegen der Fülle fragmentierend wirkender Faktoren überhaupt nicht geben, behält auch im Lichte der Ergebnisse der quantitativen Erhebung ihre volle Gültigkeit. Doch fällt mit der Aufspaltung in Regierung und Opposition ein nicht unwesentlicher Faktor für diese Fragmentierung der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten weg. Für eine Block- und Lagerbildung gibt es nun durchaus andere Möglichkeiten, wenn sich die MdB gemeinsam in einer identischen parlamentarischen Rolle wiederfinden. Die steuernden Zugriffsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf „ihre“ MdB bleiben aber nach wie vor äußerst begrenzt. Eine Steuerung, wie sie die Formel vom Gewerkschaftsblock suggeriert, ist praktisch ausgeschlossen. In diesem prognostischen Versuch wird deshalb im Gegensatz zur Vorgängerstudie durchaus mit einem Lagerbegriff operiert, allerdings mit einem weichen und offenen. Dieser Lagerbegriff orientiert sich an Vorstellungen von Netzwerken, also Formationen ohne Zentren, aber mit mehr oder minder starken Knoten, ohne formale Abschließung, wie sie Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften eigen ist.

1 Hönigsberger, H. (2008): *Gewerkschafter im Bundestag – Zwischen politischer Logik und Interessenvertretung*, Berlin

Kurzfassung

Im Zeitraum von Mai bis September 2009 wurden alle 221 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten des Deutschen Bundestages online beziehungsweise mittels Fragebogen befragt. Geantwortet haben 93, das sind 42,1%.

Politische und gewerkschaftliche Erfahrungen der Abgeordneten

Der weitaus größte Teil der befragten Parlamentarier – knapp über 47% – ist Mitglied bei ver.di, gefolgt von den Mitgliedern der GEW, IG Metall und IG BCE. Die Mitglieder der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes überwiegen die Mitglieder der Industriegewerkschaften bei weitem. Die Prozentanteile der Mitglieder verschiedener Einzelgewerkschaften, die an der Befragung teilgenommen haben, weichen nur geringfügig von den Anteilen der Mitglieder verschiedener Einzelgewerkschaften an allen 221 gewerkschaftlich organisierten MdB ab.

Es haben prozentual etwas mehr Sozialdemokraten an der Befragung teilgenommen als es ihrem Anteil an allen gewerkschaftlich organisierten MdB entspricht. Dagegen haben anteilmäßig nur halb so viele Mitglieder der Unionsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Fragen beantwortet. Die MdB der SPD und der Linken – also der beiden Parteien mit besonderer Affinität und besonderen Beziehungen zu den Gewerkschaften – machen in der Grundgesamtheit 89% aus, in der Erhebung sogar fast 94%.

Die befragten MdB verfügen über ausgewiesene gewerkschaftliche und langjährige politische Erfahrungen. Sie kennen unterschiedliche Phasen des Verhältnisses von Politik und Gewerkschaften aus eigener Anschauung und persönlichem Erleben. Ihr parlamentarischer Erfahrungsschatz ist ebenfalls beträchtlich.

Um die 60% der Befragten sind sowohl in ihre Gewerkschaft als auch ihre Partei vor Beginn der Amtszeit Helmut Kohls eingetreten und knapp 90% vor Beginn der Amtszeit Gerhard Schröders. Während der Amtszeit Schröders sind weniger als 10% ihrer Gewerkschaft und ihrer Partei beigetreten.

86% der befragten und 84% aller gewerkschaftlich organisierten MdB sind eine bis vier Legislaturperioden im Bundestag. Die größte Gruppe stellen in der Befragung (27%) und in der Grundgesamtheit (25%) die Neulinge, die die erste Wahlperiode im Parlament sitzen. 42% der befragten und aller organisierten MdB haben die Ära Rot-Grün erlebt, die Hälfte davon saß während der ganzen Amtszeit Schröders im Parlament. Diese Abgeordneten haben zwei Kanzler erlebt und verfügen über entsprechende Vergleichsmöglichkeiten. Immerhin 17% kennen die Endphase der Amtszeit Kohls aus eigener Anschauung. Knapp 25% der befragten und 28% aller organisierten MdB haben Erfahrungen aus der Ära Kohl, 7% beziehungsweise 4% auch noch mit der Ära Schmidt. Sie haben drei oder sogar vier Kanzler erlebt.

Teilgenommen haben MdB aus Ländern mit starken gewerkschaftlichen Regionalorganisationen. In der Befragung sind MdB aus Nordrhein-Westfalen und Bayern überrepräsentiert. Zusammen kommen aus diesen beiden Ländern knapp 50% der MdB, die an der Befragung teilgenommen haben. In der Gesamtheit aller gewerkschaftlichen MdB sind es nur 38%. 73% der Befragten kommen aus den vier westdeutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, unter allen 221 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten sind es dagegen nur knapp 62%. 6,5% aller Befragten kommen aus den neuen Bundesländern, in der Grundgesamtheit sind es fast doppelt so viele.

An der Befragung hat praktisch derselbe Anteil von MdB teilgenommen, die über Landesliste in den Bundestag eingezogen sind oder ein Direktmandat erworben haben, wie er sich auch in der Grundgesamtheit aller 221 organisierten MdB findet.

In die Antworten sind die vielfältigen Erfahrungen aus der aktuellen Ausschussarbeit eingeflossen, insbesondere auch aus jenen Ausschüssen, die für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hohe Bedeutung haben. Überproportional haben die Gewerkschaftsmitglieder in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales, Bildung, Auswärtiges und Verteidigung mitgewirkt. Im Finanzausschuss sind prozentual am wenigsten Gewerkschafter vertreten (19,3%) aber fünf von sieben dieser MdB haben an der Befragung teilgenommen. Im Tourismusausschuss stellen Gewerkschafter 25% der Mitglieder, aber drei von vier dieser MdB haben sich an der Befragung beteiligt. Mehr als die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder hat außerdem aus den Ausschüssen für Wirtschaft, Entwicklung sowie Wahlprüfung respektive Wahlprüfung und Immunität teilgenommen. Unterproportional vertreten sind in der Befragung Mitglieder des Ausschusses für die Europäische Union, in dem der Anteil der Gewerkschafter an allen Ausschussmitgliedern am höchsten ist. Eine beträchtliche Anzahl der befragten MdB ist außerdem in relevanten Ausschüssen (Arbeit und Soziales, Gesundheit, Familie, Wirtschaft und Bildung) stellvertretendes Mitglied.

Die Untersuchung gewinnt durch die starke Beteiligung von wichtigen Funktionsträgern erheblich an politischem Gewicht. Es haben elf Mitglieder eines Fraktionsvorstandes, zwei Mitglieder einer Fraktionsgeschäftsführung, zwei parlamentarische Geschäftsführer und ein Mitglied einer parlamentarischen Geschäftsführung, 18 Arbeitsgruppenvorsitzende, fünf Ausschussvorsitzende und drei stellvertretende Vorsitzende, dazu ein Minister und fünf parlamentarische Staatssekretäre teilgenommen, darüber hinaus noch 30 MdB mit anderen Funktionen. 78 von 93 MdB (84%) haben eine Funktion in Fraktion, Parlament oder Regierung angegeben.

Die These vom erheblichen politischen Gewicht der Erhebung wird durch die Parteifunktionen der Befragten bestätigt. Immerhin zwei Drittel der Befragten gaben an, ein Parteiamt auf Bundesebene innezuhaben, 16% sind Mitglied des Bundesvorstandes ihrer Partei, 3% Mitglied des Präsidiums. Am häufigsten wurde die Funktion einer Delegierten oder eines Delegierten auf Bundesebene genannt. Dazu kommen zahlreiche Funktionen auf anderen Ebenen der jeweiligen politischen Parteien. Es überwiegen die

Funktionen auf den übergeordneten Ebenen der Parteien (Bund, Land) gegenüber den Funktionen auf den regionalen Ebenen (Bezirk, Kreis).

Keiner der Befragten hat Angaben zu fortdauernden betrieblichen Funktionen gemacht. Der Anteil der Befragten, die hauptamtlich tätig sind, ist gering. Niedrig sind auch die Anteile der ehrenamtlich oder in anderen Funktionen für ihre Gewerkschaft tätigen MdB. Dagegen war die Mehrheit der Befragten (54,8%) früher in gewerkschaftlichen oder betrieblichen Funktionen tätig. In die Befragung fließen also neben den skizzierten politischen Erfahrungen auch erhebliche Erfahrungen mit der Arbeitswelt ein.

Wege zum Mandat

Der entscheidende Anstoß für die Kandidatur kam nach Angaben von fast 80% der befragten Abgeordneten aus der Partei. Nur ca. 3% der Befragten rechnen den entscheidenden Anstoß übergeordneten Gewerkschaftsstellen, also den eventuell strategisch planenden Zentren zu.

Die Gewerkschaftsmitgliedschaft hat bei der Kandidatur nur eine Rolle neben anderen gespielt. Das sagt knapp die Hälfte der befragten Abgeordneten. Geringe bis gar keine Bedeutung hatte sie bei ca. 30% der Befragten, eine entscheidende oder erhebliche Bedeutung bei einer Minderheit von etwas über 25%.

Das gewerkschaftliche Umfeld hat im Vorfeld der Kandidatur nur bei einer Minderheit von knapp 40% als Ratgeber mitgewirkt. Dabei war das nähere betriebliche und gewerkschaftliche Umfeld bei etwas mehr als 25% der Befragten maßgeblicher als übergeordnete Stellen. Der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten MdB – knapp 50% – hatte andere Ratgeber. Keine Ratgeber hatten ein Drittel.

Regelrecht konsultiert wurden übergeordnete Gewerkschaftsvorstände im Vorfeld der Kandidatur nur von etwas über 10% der Befragten. Die Bundesebene wurde gerade mal von vier MdB um Rat gefragt. Zu berücksichtigen ist zudem, dass einige der Befragten Mitglieder dieser Gremien waren, also Kollegen konsultiert hat.

Die Bedeutung der Parteiarbeit ist für den Weg in den Deutschen Bundestag erheblich höher als die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit. Dies sagen fast 90% der Befragten.

Praxis im Bundestag

Über ein Drittel der befragten MdB hält das Bundestagsmandat mit Gewerkschaftsaktivitäten für gut vereinbar, 15% dagegen nicht. Dem größten Anteil der Befragten (42%) fällt die Vereinbarkeit der beiden Funktionen mitunter schwer.

Fast zwei Drittel der befragten gewerkschaftlich organisierten MdB halten für die wichtigste Eigenschaft eines aktiven Gewerkschafters im Bundestag, sich gewerkschaftlichen

Positionen verbunden zu fühlen. Für die Hälfte ist die wichtigste Aktivisteneigenschaft, den Kontakt zu den Vorständen der eigenen Organisation zu halten. Gewerkschaftliche Positionen im Bundestag tatsächlich zu vertreten, gilt dagegen nur einem Drittel als eine wichtige Eigenschaft. Basiskontakte werden für noch weniger bedeutend gehalten. Einem Viertel der Befragten ist es wichtig, regelmäßig Gewerkschaftsveranstaltungen zu besuchen, einem Fünftel Kontakt mit den Kollegen des (ehemaligen) Betriebs zu halten. Die Eigenschaften eines aktiven Gewerkschafters im Bundestag werden also vor allem auf der Ebene der Politik, der Programmatik und der politischen Beziehungen und weniger auf der Ebene der sozialen Beziehungen, des Kontaktes zur Basis angesiedelt.

Aktiv am Gewerkschaftsleben nimmt nur eine Minderheit der MdB (13%) teil. Als kaum bis nicht aktiv bezeichnen sich dagegen etwas über 50%. Als Gründe dafür geben die gewerkschaftlich organisierten MdB Zeitmangel und die volle Auslastung durch die Politik an. Knapp ein Drittel war auch vor der Zeit im Bundestag nicht aktiv.

Die Mehrheit der MdB – über 50% – deutet sich mehr als Parteipolitiker und nicht als Gewerkschafter. Knapp 40% halten beide Rollen für vereinbar. Nur vier MdB sehen sich selbst vor allem als Gewerkschafter. Aber auch nur drei Abgeordnete verstehen sich als reine Parteipolitiker.

Die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten befassen sich entsprechend ihrer Mitgliedschaft in bestimmten Bundestagsausschüssen mit vielfältigen Themen, die die breite Themenpalette der parlamentarischen Arbeit widerspiegeln. Sie verfügen über ein weit aufgefächertes Spektrum an fachlichen Kompetenzen. Allerdings beschäftigt sich nur eine Minderheit mit Themen, die unmittelbar für die Alltagspraxis der Gewerkschaften relevant sind. Sie werden vor allem im Ausschuss für Arbeit und Soziales behandelt. Einige MdB widmen sich insbesondere im Finanzausschuss der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Nur wenige MdB haben sich mit den drei wichtigsten Themen, die sie bearbeiten, auch schon in der Gewerkschaftsarbeit befasst. Ein Drittel aller MdB hatte dagegen bei keinem seiner drei wichtigsten Arbeitsfelder im Parlament Vorkenntnisse aus der Gewerkschaftsarbeit. Knapp ein Fünftel hat sich mit seinen Themen zumindest teilweise auch schon vorher beschäftigt.

Für die Ausübung des Mandats sind die Vorerfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit für ca. 30% der befragten MdB überwiegend oder mehrheitlich nützlich. Dagegen halten sie knapp 50% für nur manchmal oder wenig nützlich.

Die Parteiprogrammatik ist für fast 60% der gewerkschaftlich organisierten MdB wichtig, die Gewerkschaftsprogrammatik dagegen nur für knapp 13%. Fraktionsbeschlüsse (fast 40%) sind wichtiger als Koalitionsvereinbarungen (11%). Die Interessen der Wählerinnen und Wähler (fast 50%) und die Interessen des Wahlkreises (etwas über 30%) sind wichtiger als die Interessen von Kolleginnen und Kollegen (7%). Politische Verpflichtungen und Bindungen dominieren also gewerkschaftliche Verpflichtungen und Bindungen.

Gewerkschaftliche Programme und Beschlüsse sind für ca. 45% der befragten MdB maßgeblich oder spielen eine wichtige Rolle. Nur zwei Abgeordnete messen ihnen eine untergeordnete Rolle bei oder halten sie für nicht maßgeblich. Die Mehrheit (54%) berücksichtigt sie, wenn es geht.

Verhältnis zwischen Fraktionen und Gewerkschaften

Nur zwei von 93 MdB halten das Verhältnis zwischen ihrer Fraktion und ihrer Gewerkschaft für so schlecht, dass es stark verbessert werden muss. Kein einziger MdB spricht davon, dass es zerrüttet ist. Umgekehrt ist das Verhältnis auch nur für zwei MdB ausgezeichnet und könnte nicht besser sein. Immerhin halten etwas über 35% die Beziehungen für so gut, dass sie nicht verbesserungswürdig erscheinen. Aber fast 60% halten das Verhältnis zwischen ihrer Fraktion und ihrer Gewerkschaft für mittelmäßig. Es sollte deshalb verbessert werden.

Ebenfalls nur zwei MdB halten auch das Verhältnis ihrer Fraktion zum DGB für ausgezeichnet. Insgesamt etwas über 30% der Abgeordneten halten die Beziehungen für nicht verbesserungsbedürftig. Aber fast 70% wünschen sich bessere Beziehungen zwischen ihren Fraktionen und dem DGB. Insgesamt hält eine große Mehrheit der Abgeordneten das Verhältnis zwischen ihren Fraktionen und den Gewerkschaften nicht für optimal.

Die Mehrheit der MdB fühlt sich vom DGB gut bis ordentlich informiert. Schlechte Information beklagen weniger als 10% der Befragten. Darüber hinaus hält aber über ein Drittel den Informationsfluss für verbesserungswürdig.

Auch von den Einzelgewerkschaften werden die MdB gut informiert, wie die Mehrheit betont. Der Anteil der MdB, der sich von seiner Einzelgewerkschaft sehr gut informiert fühlt, ist dabei mit 15% mehr als doppelt so hoch als der Anteil der MdB, der mit der Informationspraxis des DGB sehr zufrieden ist. Dagegen beklagen auch doppelt so viele wie gegenüber dem DGB einen schlechten Informationsfluss. Außerdem wünschen sich knapp 30% Verbesserungen. Eine starke Minderheit von MdB – ca. ein Drittel – wünscht sich also sowohl vom DGB als auch von den Einzelgewerkschaften bessere Informationen.

Bei der Bearbeitung von zwei ihrer drei wichtigsten Themen stimmt die Mehrheit der MdB (um die 50%) politisch-inhaltlich mit den Gewerkschaften überein. Beim dritten Thema sind es etwas unter 50%, die Übereinstimmung feststellen. Dagegen haben bei allen drei Themen jeweils weniger als zehn Prozent einen deutlichen Dissens formuliert. Bei allen Themen überwiegt die politisch-inhaltliche Übereinstimmung die Gegensätze bei weitem.

Gleichzeitig überwiegt bei allen drei Themen die politisch-inhaltliche Übereinstimmung mit der eigenen Partei bei weitem die Übereinstimmung mit den Gewerkschaften. Überwiegende oder größere Übereinstimmung mit der Partei nennen beim ersten und

wichtigsten Thema an die 50%, Übereinstimmung mit den Gewerkschaften dagegen weniger als 10% der befragten MdB. Durchschnittlich stimmt allerdings fast ein Drittel der Abgeordneten bei allen Themen in gleichem Umfang mit ihrer Partei und ihrer Gewerkschaft überein.

Die MdB arbeiten mit den Gewerkschaften in vielfältiger Weise zusammen. Die wichtigste Form der Zusammenarbeit ist der Besuch von Gewerkschaftsveranstaltungen. Fast 50% der MdB stehen für Gewerkschaftsveranstaltungen zur Verfügung. 35% der MdB geben an, sich mit den Gewerkschaftsvorständen auf regionaler und lokaler Ebene zu treffen. Auch der Austausch mit Fachreferenten in Sachfragen – ebenfalls fast 35% – spielt in der Zusammenarbeit zwischen MdB und Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Treffen mit Mitarbeitern der parlamentarischen Verbindungsstellen und mit Vorständen auf Bundesebene nennen jeweils 17%. Dagegen bereiten nur etwas über 10% regelmäßig Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen, knapp 25% tun dies mitunter. Und nur 5% tragen die Anliegen der Gewerkschaften regelmäßig in ihrer Fraktion vor, ab und an tun dies etwas über 25%. Auf insgesamt ein knappes Drittel der befragten MdB können sich die Gewerkschaften also als Sprachrohr verlassen.

Auch in der Zusammenarbeit mit dem DGB wird der Besuch von Veranstaltungen von etwas über 30% am häufigsten genannt. Eine beträchtliche Rolle spielt auch der Austausch mit Fachreferenten über Sachfragen, den 25% der MdB als wichtige Form der Zusammenarbeit betonen. Wie bei der Zusammenarbeit mit den Einzelgewerkschaften sind die MdB sehr zurückhaltend beim Transfer von gewerkschaftlichen Anliegen in den parlamentarischen Prozess. Diese Form der Zusammenarbeit nennen weniger als 10% der Abgeordneten. Im Gegensatz zur Kooperation mit den Einzelgewerkschaften spielen Treffen mit Vorständen des DGB auf lokaler und regionaler Ebene nur eine geringe Rolle. Während 35% der MdB sich mit den Vorständen ihrer Einzelgewerkschaften treffen, sagen nur 7%, dass es zu solchen Treffen mit DGB-Vertretern kommt.

Nur 4% der MdB sind der Meinung, dass sich das Verhältnis zwischen ihrer Fraktion und ihrer Gewerkschaft gegenüber der Regierungszeit von Rot-Grün verschlechtert hat. Fast zwei Drittel sind dagegen der Meinung, dass sich das Verhältnis verbessert hat. Dass sich das Verhältnis zwischen der jeweiligen Fraktion und dem DGB nach Rot-Grün verbessert hat, meinen 70%.

Im Verlauf der großen Koalition hat sich das Verhältnis zwischen der jeweiligen Fraktion und der Gewerkschaft, in der die MdB Mitglied sind, ebenfalls verbessert. Dieser Meinung sind knapp 70% der MdB. Dass sich das Verhältnis zwischen Fraktion und DGB während der großen Koalition verbessert hat, meinen über 75% der Abgeordneten. Eine Verschlechterung sehen ebenfalls nur 4%. Es wird also von der überwiegenden Mehrheit nicht nur eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Fraktionen gegenüber Rot-Grün, sondern auch während der großen Koalition konstatiert.

Dagegen ist das Verhältnis der jeweiligen Einzelgewerkschaft zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder schlechter geworden. 40% der MdB sind der Meinung, die Beziehungen zu Merkel seien schlechter als zu Schröder und weniger als 10% halten sie für besser. Die Einschätzung der Beziehungen des DGB zu Merkel und Schröder weicht von der Beurteilung der Beziehungen der Einzelgewerkschaften zu den beiden Kanzlern nur leicht ab. Etwas weniger als 40% der MdB sind der Meinung, sie seien schlechter geworden und etwas über 10% glauben, sie seien besser geworden.

Die Beurteilung des persönlichen Verhältnisses zum amtierenden Minister der großen Koalition in den drei wichtigsten Arbeitsfeldern der MdB fällt im Vergleich zu Rot-Grün ambivalent aus. Durchschnittlich 36% der MdB sind der Meinung, das Verhältnis sei gleich geblieben. Durchschnittlich etwas über 19% halten es für besser und knapp 19% für schlechter. Ähnlich ambivalent fällt das Urteil darüber aus, wie sich das Verhältnis zum für den Arbeitsbereich der MdB zuständigen Minister während der großen Koalition entwickelt hat. Durchschnittlich fast 40% schätzen es als gleich geblieben ein. Durchschnittlich etwas über 10% halten es für besser, 7% für schlechter.

Gewerkschaftsblock und Arbeitnehmerlager

Das Verhältnis der DGB-Gewerkschafter untereinander in ihren Fraktionen beurteilen die MdB als gut (über 60%) oder sogar sehr gut (weit über 10%), zusammen fast 75% der befragten MdB. Niemand beurteilt es als schlecht.

Die Parlamentarier der SPD schätzen ihr Verhältnis zu den Kollegen von den Grünen am besten (über 25%) und am wenigsten schlecht (weniger als 10%) ein. Ihr Verhältnis zu den wenigen Gewerkschaftern in der Union schätzen die SPD-Abgeordneten weder besonders gut (13%) noch besonders schlecht (8%) ein. Anders beurteilen sie ihr Verhältnis zu den Gewerkschaftern in der Linksfraktion. Über 20% der SPDler beurteilen dieses Verhältnis als gut, aber 28% als schlecht. Das ist der höchste Anteil von MdB, die ihre Beziehungen zu den Gewerkschaftern in anderen Fraktionen als schlecht charakterisieren. Umgekehrt beurteilen die MdB der Linken ihr Verhältnis zu den Kollegen in der SPD etwas anders. Zwar sehen hier 20% der Linken – also praktisch derselbe Anteil wie in der SPD – gute Beziehungen. Aber als schlecht werden die Beziehungen nur von einem einzigen MdB bewertet. Die große Mehrheit der Linken (66,7%) schätzt ihre Beziehungen zu den SPD-Kollegen als mittelmäßig ein.

Dass gewerkschaftliche Gemeinsamkeiten wegen der Zugehörigkeit zu den Regierungsfractionen oder der Opposition kaum oder überhaupt nicht aufgesprengt werden, glauben 30% der MdB. Dass sie völlig oder beträchtlich aufgesprengt werden, glauben dagegen 25%. 40% gehen davon aus, dass sie zumindest teilweise aufgesprengt werden.

75% der befragten MdB halten die Gewerkschaften für die Durchsetzung der Politik, die die eigene Fraktion verfolgt für unverzichtbar oder sehr wichtig. Für nicht so wichtig halten sie nur zwei Abgeordnete. Für überflüssig hält sie niemand.

Ähnlich eindeutig wie die allgemeine Bedeutung der Gewerkschaften beurteilen die MdB die parlamentarische Repräsentanz von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft. Fast 75% halten sie für unverzichtbar oder sehr wichtig. Für nicht so wichtig nur ein einziger MdB, für überflüssig niemand.

Dagegen sind die gewerkschaftlich organisierten MdB praktisch unentschieden, ob wieder mehr Gewerkschaftsvorsitzende in den Bundestag einziehen sollten. 44% sind dafür, 50% – also eine leichte Mehrheit – dagegen.

Einen Gewerkschaftsblock im Bundestag, der auch über Fraktionsgrenzen hinweg weitgehend politisch übereinstimmt und politisch kooperiert, gibt es nach Meinung der MdB als Dauerinstitution nicht. Nach Einschätzung der Mehrheit (über 50%) gibt es einen derartigen Block allenfalls selten und in Einzelfällen. Immerhin etwas mehr als 25% sehen diesen Block bei Gelegenheit am Werk.

Auch ein Arbeitnehmerlager in der großen Koalition, in dem die Mitglieder verschiedener Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerorganisation kooperieren, gibt es allenfalls nur selten und in Einzelfällen (ebenfalls etwas über 50%) oder bei Gelegenheit (25%). Immerhin glauben 5% MdB, es gäbe dieses Arbeitnehmerlager häufig.

Vorschläge und Anregungen

Persönliche Statements haben 29 MdB geliefert (fast ein Drittel). Die Statements enthalten einige kritische Anmerkungen zum Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Fraktionen. Vor allem aber werden Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation gemacht. Verlangt werden mehr offene Fachdiskussionen und Kontakte in Fachgebieten, ein intensiverer Dialog, die Vernetzung zum Zweck eines effektiveren Austausches, frühzeitige Abstimmung, häufigere Kontakte und ein offener Umgang, häufigere Arbeitstreffen und Gesprächsrunden, regelmäßige Konsultationen. Neben diesem Wunsch nach mehr Austausch wird vor allem darauf abgehoben, wechselseitig die unterschiedlichen Rollen anzuerkennen.

Sozialdaten

Die befragten gewerkschaftlich organisierten MdB zählen zu den „gebildeten Ständen“. Über 80% haben die Fachhochschul- oder Hochschulreife erlangt.

Über drei Viertel haben einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

Es überwiegen Angestellte (27%), leitende Angestellte (22%) und Beamte im höheren Dienst (22%). Als Arbeiter bezeichnen sich drei MdB.

Unter den befragten MdB überwiegen die über 50-Jährigen (Jahrgänge 1940 bis 1955). Sie machen 60% der Befragten aus.

Frauen (37%) und Männer (63%) haben fast proportional zur Grundgesamt aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB an der Befragung teilgenommen.

Untersuchungskonzeption

1. Ziele der Studie

Die Studie vertieft und arrondierte Erkenntnisse, die durch die Vorläuferstudie „Gewerkschafter im Bundestag“ über gewerkschaftliche Interessenvertretung im Bundestag gewonnen wurden. Bereits die Interviews mit hauptamtlichen Gewerkschaftern, die in der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode geführt werden konnten, ließen die Deutung zu, dass die immer wieder von interessierter Seite lancierte These vom „Gewerkschaftslager“ im Bundestag als unrealistisch anzusehen ist. Andererseits hat die Vorläuferstudie deutlich gemacht, vor welchen realen Problemen gewerkschaftliche Interessenvertretung im politischen Raum tatsächlich steht. Zu beiden Aspekten liefert die Befragung der 221 gewerkschaftlich organisierten MdB am Ende der 16. Wahlperiode weitere Hinweise. Aussagen über die Praxis der Gewerkschafter im Bundestag werden auf quantitative Daten gestützt, die bisher nicht vorlagen.

2. Ausgangslage

Für die Vorläuferstudie wurden drei Ausgangspunkte und Anlässe genannt:

- die parlamentarische Konstellation mit Gewerkschaftern in Regierung und Opposition;
- die spürbare Zerrüttung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und regierender Sozialdemokratie während der Amtszeit von Gerhard Schröder;
- die Veränderungen der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen, die tarifpolitische und betriebliche Interventionen erschwert und deshalb das Interesse der Gewerkschaften an politischen Interventionen bestärkt haben.

Für die vorliegende Studie kamen weitere hinzu:

- die Veränderungen des Verhältnisses zwischen Parteien, Fraktionen und Gewerkschaften während der großen Koalition;
- die Gelegenheit, den Fragen- und Problemkatalog gewissermaßen abschließend am Ende einer Legislaturperiode abhandeln zu können;
- die begrenzte Datenbasis der Vorläuferstudie, die sich auf Interviews mit 29 hauptamtlichen Gewerkschaftern beschränken musste.

3. Zentrale Fragen

Die Studie greift die Ergebnisse der Vorgängerstudie auf und übersetzt sie in Fragen an die MdB. Die Fragen gliedern sich in sechs Blöcke, die sich in der Vorgängerstudie auf Basis von 29 Interviews mit gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten als relevant erwiesen haben:

- *Politische und gewerkschaftliche Erfahrungen (soziopolitisches Profil der gewerkschaftlich organisierten MdB),*
- *Wege zum Mandat,*
- *Praxis und Kooperationsbeziehungen im Bundestag,*
- *Verhältnis von Politik (Fraktionen, Parteien) und Gewerkschaften,*
- *Gewerkschaftsblock und Arbeitnehmerlager,*
- *Sozialstatistik.*

Mittels der Fragen zu den *politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungen* wurde zu erfassen versucht, welcher Typus von gewerkschaftlich organisierten MdB an der Befragung teilgenommen hat sowie welches politische Gewicht und welchen sachlichen Gehalt die Antworten haben.

Mit den Fragen nach den *Wegen zum Mandat* wurde untersucht, welche Bedeutung die Gewerkschaftsmitgliedschaft für die Kandidatur hatte und welche Rolle gewerkschaftliche Gremien dabei spielten.

Block zur *Praxis im Bundestag* wurde nach der Selbstdeutung der Abgeordnetenrolle zwischen politischer Logik und Interessenvertretung gefragt, um die Ergebnisse der Vorgängerstudie zu vertiefen.

Mit dem nächsten Frageblock wurde geprüft, ob und in welcher Richtung sich das angeschlagene *Verhältnis zwischen Politik und Gewerkschaften* – so ein Ergebnis der Vorgängerstudie – verändert hat.

Ob im Deutschen Bundestag ein *Gewerkschaftsblock und/oder ein Arbeitnehmerlager* existiert, war eine der zentralen Ausgangsfragen für das gesamte Projekt. In der Studie wurden die MdB nach ihrer Einschätzung befragt.

Ein *Standardsatz sozialstatistischer Fragen* wurde schließlich gestellt, um die Repräsentativität der Befragung anhand verschiedener Merkmal zu überprüfen.

4. Methodik

Die Studie konzentriert sich auf die quantitative Auswertung der Daten aus der Online-Befragung respektive schriftlichen Befragung aller 221 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten (Totalerhebung).

4.1 Entwicklung des Erhebungsinstrumentes

In einem *ersten Schritt* wurde ein Frageraster entwickelt, das Online-Erhebungsinstrument erstellt und mehrfach getestet (Version 1). Um den Zusammenhang zwischen quantitativer und qualitativer Analyse sicherzustellen, schloss das Frageraster an den

Leitfaden an, der für die Interviews mit gewerkschaftlich organisierten MdB im Rahmen der Vorläuferstudie benutzt wurde.

In einem *zweiten Schritt* wurde die bereits avancierte, technisch funktionsfähige Version 1 von Fachkollegen einer methodischen Prüfung (insbesondere Festlegung der Skalen) unterzogen und getestet (Version 2).

Anschließend wurde das Ergebnis in einem *dritten Schritt* mit der fördernden *Hans-Böckler-Stiftung* abgestimmt (Version 3).

In einem *vierten Schritt* wurde Version 3 des Erhebungsinstrumentes den Repräsentanten der acht gewerkschaftlichen Verbindungsstellen zum Deutschen Bundestag sowie der DGB-Verbindungsstelle vorgelegt und deren Zustimmung eingeholt. Insbesondere wurde das Erhebungsinstrument in dieser Phase darauf abgeklopft, ob es die Gewerkschaftsterminologie korrekt benutzt (z.B. die richtigen Bezeichnungen für die diversen Organisationsebenen etc.) und ob es gewerkschaftlichen Informationsbedürfnissen genügt (Version 4). Mit diesem Schritt sollte auch sichergestellt werden, dass das Erhebungsinstrument sich in die Kommunikationsprozesse zwischen Gewerkschaften und Fraktionen einfügt.

In einem *fünften Schritt* wurde ein Pretest mit zehn gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten (5% der Grundgesamtheit) durchgeführt. In dieser Phase wurde das Erhebungsinstrument darauf getestet, ob die Fragen sachlich und inhaltlich von MdB beantwortet werden können und ob es Fragen enthält, die zu beantworten Abgeordnete nicht bereit sein könnten. Des Weiteren wurde geprüft, wie lange die Beantwortung dauert und ob der erforderliche Zeitraum mit den Zeitbudgets der MdB kompatibel ist. Besonderen Wert wurde auf die Klärung von Datenschutzfragen gelegt. Die Tester sollten deshalb insbesondere die Erklärung zum Datenschutz prüfen, die der Erhebung vorangestellt wurde. In dieser Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass es sich zwar um eine anonyme Umfrage handelt, es jedoch möglich sei, anhand einiger Antworten und mittels Datenabgleich mit dem Kürschner den jeweiligen MdB zu identifizieren. Betont wurde jedoch, dass dies nicht Untersuchungsziel sei, dass lediglich statistisch ausgewertet werden sollte und nur aggregierte Daten präsentiert würden. Die Datenschutzerklärung wurde von den am Pretest beteiligten MdB für unbedenklich erklärt. Der Tenor war, dass die MdB entweder der fördernden Hans-Böckler-Stiftung und deren Auftragnehmer vertrauen würden oder aber ohnehin nicht an der Untersuchung teilnehmen wollten.

Im Einzelnen wurden schließlich 58 Fragen zu folgenden Teilbereichen gestellt (Version 5):

- den Wegen der gewerkschaftlich organisierten MdB zum Mandat,
- der Bedeutung von Kontakten zu den Gewerkschaften für die Kandidaturentscheidung,
- den politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungen der Erfahrungen der MdB

- zum Bezug der aktuellen Tätigkeiten als Abgeordnete zu gewerkschaftlichen Zielen und Forderungen,
- ihren Bindungen, Kontakte und Kooperationsbeziehungen zu ihren Organisationen auf lokaler und regionaler Ebene sowie auf der Berliner Bühne,
- ihre politische Positionierung zwischen Partei, Fraktion und Gewerkschaft,
- dem Urteil der Abgeordneten über die Informationsleistungen der Gewerkschaften,
- ihrer Einschätzungen zur Existenz eines Gewerkschaftsblocks, Arbeitnehmerlagers etc.,
- ihrer Kooperation untereinander (in der eigenen Fraktion und über die Fraktionsgrenzen hinweg),
- ihrer Einschätzung des aktuellen Verhältnisses von Parteien und Gewerkschaften,
- den Vorstellungen der MdB zur Verbesserung der Kooperation zwischen MdB und Gewerkschaften.
- ihrer Ausbildung,
- ihrer beruflichen Qualifikation und Erfahrung.

Im Laufe der Instrumentenentwicklung wurde zirka die doppelte Anzahl von Fragen getestet. Die Entscheidung für das vorliegende Instrumentarium ist Ergebnis intensiver Abstimmungsprozesse. Die Begrenzung der Anzahl der Fragen hat aufgrund der Erkenntnisse des Pretests insbesondere das Zeitbudget der Abgeordneten in Rechnung gestellt.

4.2 Technik der Online-Erhebung

Die Online-Umfrage wurde mit Hilfe der Open-Source-Software LimeSurvey programmiert und durchgeführt. Das Programm ermöglicht die webbasierte Erstellung und grafische Aufbereitung eines Fragebogens. Eine Exportfunktion kann den erstellten Fragebogen jederzeit in einem ausdruckbaren Format zur Verfügung stellen (PDF-Dokument). Die Daten der Probanden (Namen, eMail etc.) können innerhalb der Software verwaltet werden. Das erleichtert den Prozess der Einladung zur Teilnahme und der Erinnerung an die Umfrage per eMail. Jedem Probanden wurden eindeutige Zugangsschlüssel zugewiesen. Folgende Operationen können gesteuert werden:

- Einladungsmail an alle Abgeordneten;
- Erinnerungsmail an diejenigen MdB, die noch nicht geantwortet haben;
- Überblick, wer bereits an der Umfrage teilgenommen hat und wer nicht;
- Sicherstellen, dass nur Personen an der Umfrage teilnehmen, die über einen gültigen Zugangsschlüssel verfügen;
- Verwaltung der Daten.

Um die Anonymität zu gewährleisten, wurden die Daten aus der Umfrage und der Zugangsschlüssel in getrennten Datenbanken gespeichert. Es gibt keinen Weg, Daten und Zugangsschlüssel zusammenzuführen.

Die Fragen und Antworten der Umfrage wurden in einer Datenbank gespeichert. Die Software bietet zudem die Möglichkeit die Daten im Excel- oder SPSS-Format zu exportieren. Damit ist eine komplexere statistische Auswertung der Daten möglich. Einfache Häufigkeitsverteilungen können schon innerhalb des Programms angezeigt werden.

4.3 Grundgesamtheit

Die gewerkschaftlich organisierten MdB können als weitgehend identifiziert gelten, die Zahl von 221 Abgeordneten, die für den Beginn der 16. Legislaturperiode im Rahmen der Vorgängerstudie ermittelt wurde, erwies sich als sehr realistisch. Lediglich ein MdB hat auf die Anfrage im Vorfeld der Erhebung reagiert und seine Gewerkschaftsmitgliedschaft dementiert. Drei MdB sind aus dem Bundestag ausgeschieden, eine Abgeordnete ist verstorben. Von den in der Vorläuferstudie aufgelisteten Namen bleiben also 216 gültig. Die vier MdB, die für die ausgeschiedenen MdB nachgerückt sind, sind ihrerseits alle gewerkschaftlich organisiert. Die „amtliche“ Zahl der Gewerkschafts-MdB am Ende der 16. Legislaturperiode ist also 220, gegenüber 221 nach der Vorgängerstudie. Für Vergleichszwecke wurde an den 221 der Vorgängerstudie festgehalten, da sich prozentual nur unerhebliche Veränderungen ergeben und sich eine vollständige Korrektur als zu aufwendig gemessen am Ertrag erwiesen hätte.²

4.4 Durchführung der Erhebung

Die MdB wurden in einem ersten Anschreiben am 11. Februar 2009 frühzeitig über die beabsichtigte Erhebung vorinformiert. Dabei wurden die hauptamtlichen Gewerkschafter, die bereits für die Vorgängerstudie interviewt worden waren, die MdB, die im Kürschner ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft explizit angegeben hatten, und die MdB, deren Gewerkschaftsmitgliedschaft in der Vorgängerstudie aus anderen Quellen recherchiert worden und deshalb nicht hundertprozentig sicher war, mit drei unterschiedlichen Textversionen angeschrieben.

Zum Start der Erhebung am 4. Mai 2009 wurden alle 221 MdB in einem persönlichen Anschreiben des Geschäftsführers der Hans-Böckler-Stiftung über die Erhebung informiert und um Beteiligung gebeten. Parallel ging den MdB eine eMail der Projektleitung mit Detailinformationen, der Webadresse für die Online-Erhebung sowie mit dem schriftlichen Fragebogen als Anhang zu. Auch hier wurden drei unterschiedliche Versionen benutzt.

Die Erhebung fand von 4. Mai bis 1. September 2009 statt, also über einen Zeitraum von knapp vier Monaten. Da die ersten vier Schritte – Entwicklung des Erhebungsinstrumentes, methodische Prüfung, Abstimmung mit den gewerkschaftlichen Verbin-

² Bei einer Grundgesamtheit von 221 machen 100 MdB 45,24% aus, bei einer Grundgesamtheit von 220 45,45%. Die Differenz beträgt 0,21% spielt also teilweise nur im Rundungsbereich eine Rolle.

dungsstellen, Pretest mit MdB – länger dauerten als im Zeitplan vorgesehen, fiel der Erhebungszeitraum in die Endphase der 16. Legislaturperiode, den Vorwahlkampf beziehungsweise die Parlamentsferien. Dies hat sich dann durchaus als produktiv erwiesen. Einige MdB, die nicht mehr zu einer Wiederwahl antraten und aus dem Bundestag ausschieden, haben die Befragung als Gelegenheit für eine abschließende Klärung ihrer Rolle als gewerkschaftlich organisierte MdB genutzt und ihr politisches Vermächtnis zum Verhältnis von Partei und Gewerkschaft hinterlassen.

Die Erhebung wurde sowohl online als auch mit einem Fragebogen durchgeführt. Von den 93 MdB, die sich an der Erhebung beteiligt haben, nahmen 72 (77,4%) an der Online-Erhebung teil, 21 (22,6%) bestanden auf der Beantwortung mittels Fragebogen. In drei Fällen wünschten die MdB, den Fragebogen gemeinsam mit einem Interviewer auszufüllen. Von den schriftlich ausgefüllten und per Post zugestellten Fragebögen gingen 5 anonym ein. 16 Abgeordnete antworteten unter Angabe ihrer Namen. Von den 29 hauptamtlichen Gewerkschaftern, die in der Vorstudie interviewt worden waren, haben 17 an der Umfrage teilgenommen.

Um den Rücklauf zu steigern wurden am 8. Juni und 07. Juli 2009 zwei Erinnerungsschreiben formuliert sowie in einem abschließenden dritten Schreiben (letzter Aufruf, 20. Juli 2009) über den Abschlusstermin informiert. Da mehrere MdB um Geduld gebeten und darauf hingewiesen hatten, erst in den Parlamentsferien Zeit zu finden, wurde als Abschlusstermin der Erhebung der 1. September angeboten.

4.5 Rücklauf

Die aufwändige kommunikative Begleitung der Erhebung hat sich letztlich gelohnt. Die Erhebung hat die höchste Rücklaufquote aller Abgeordnetenbefragungen seit dem Jahr 2000 (vgl. Schaubild). Als Grundgesamtheit wurden die 221 MdB angenommen, die in der Vorgängerstudie ermittelt worden waren. 93 MdB haben an der Befragung teilgenommen. Bezogen auf die Grundgesamtheit waren dies 42,1%.

Schaubild: Ausschöpfungsquoten wissenschaftlicher Parlamentarierbefragungen

Titel der Umfrage	Erscheinungen	Institution	Autor(en)	Art der Erhebung	Grundgesamtheit der MdB	Realisierte Interviews	Ausschöpfungsquote in %
Deutsche Abgeordnetenbefragung 2003/2004	2004	Friedrich-Schiller-Universität Jena Sonderforschungsbereich 580	Heinrich Best, Karl Schmitt, Michael Edinger, Stefan Jahr	Computer- gestützte Telefoninterviews	603	156	25,9
Abgeordnetenbefragung 2003	2005	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	Bernhard Wessels	Schriftlich	603	205	34,1
Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung 2007	2007	Friedrich-Schiller-Universität Jena Sonderforschungsbereich 580	Heinrich Best, Karl Schmitt, Michael Edinger, Lars Vogel	Computer- gestützte Telefoninterviews	613	172	8,1
Befragung der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten	2009	Hans-Böckler-Stiftung	Herbert Hönigsberger Andreas Kolbe Sven Osterberg	Online-Erhebung Schriftlich	221	93	42,1

Zur Interpretation der Rücklaufquote sind einige Hinweise erforderlich. Im Gegensatz zu den anderen Abgeordnetenbefragungen wurde hier nur eine Teilgruppe von MdB befragt: die gewerkschaftlich Organisierten. Die Befragung wurde von einer wissenschaftlich renommierten Institution in Auftrag gegeben, aber nicht von einer Hochschule durchgeführt. Die beauftragende Institution ist vielmehr im gewerkschaftlichen Umfeld angesiedelt und genießt als Thinktank des DGB Reputation. Die Befragung stand also von vornherein auch in einem politisch-organisatorischen Zusammenhang, der sie von den anderen Abgeordnetenbefragungen unterscheidet. Dieser Kontext hat sich auf die Rücklaufquote ambivalent ausgewirkt. Zum einen war er hilfreich, um bei MdB durchaus vorhandene Vorbehalte gegenüber dem Wissenschaftssystem zu überwinden. Es haben gewiss MdB an der Befragung teilgenommen, die sich allgemeinen Abgeordnetenbefragungen wegen dieser Vorbehalte verweigern. Der Organisationsbezug hat also einerseits dazu beigetragen, die Rücklaufquote zu steigern. Andererseits wurde in den Begleitschreiben explizit darauf hingewiesen, dass die Befragung mit gewerkschaftlichen Instanzen abgestimmt ist und auch dem gewerkschaftlichen Informationsbedürfnis dient. Dies kann insbesondere pro-Forma-Gewerkschafter oder MdB, die zwar Gewerkschaftsmitglied sind, sich aber ihren Organisationen aufgrund der politischen Konflikte der letzten Jahre entfremdet haben, davon abgehalten haben, an der Befragung mitzuwirken. Dies kann dazu beigetragen haben, die Mitwirkungsneigung und den Rücklauf zu reduzieren. Allerdings hat der gewerkschaftliche Kontext die Rücklaufquote schlussendlich nicht negativ beeinflusst. Wesentlich für die vergleichsweise hohe Rücklaufquote dürften vor allem das leicht handhabbare Instrument der Online-Erhebung, das persönliche Anschreiben der Stiftungsspitze und der hohe kommunikative Aufwand gewesen sein. Die Hauptamtlichen, die in der Vorläuferstudie interviewt worden waren, haben außerdem allesamt von der Hans-Böckler-Stiftung die Buchpublikation "Gewerkschafter im Bundestag" erhalten. Auch dies dürfte die Motivation zur Mitwirkung gesteigert haben.

4.6 Antwortverhalten

Die 16 MdB, die den ausgefüllten Fragebogen mit MdB-Stempel und Adressangabe zurückschickten, verzichteten von sich aus und offenkundig bewusst auf Anonymität. Die fünf Abgeordneten, die den Fragebogen ohne Namen und Adresse zurückschickten, vertrauten dagegen offenbar der Anonymisierung ihrer Daten durch dieses Verfahren mehr als durch die Verschlüsselung der Online-Erhebung. Als Reaktion wurden alle MdB daran erinnert, dass zwar der Anonymisierungswunsch verständlich, aber bei anonymer Rücksendung keine Rücklaufkontrolle wie bei der Online-Erhebung möglich sei und es deshalb zu überflüssigen Erinnerungsschreiben kommen könnte. In einem einzigen Fall weigerte sich ein MdB aus Datenschutzgründen, an der Erhebung teilzunehmen. Die Projektleitung hat sich telefonisch und schriftlich bemüht, die Bedenken zu erstreuen. Doch blieb dies erfolglos. Da es sich um einen der hauptamtlichen Gewerkschafter handelte, der bereits an der Interviewreihe teilgenommen hatte, mit dem Verfahren der anonymisierten Informationspräsentation vertraut und auch gegen die

anonymisierte Verwendung von Zitaten aus seinem Interview für die Vorgängerstudie keine Einwände hatten, dürften die Gründe eher in prinzipiellen Erwägungen gelegen haben. In die fragliche Zeit fiel eine allgemeine Datenschutzdebatte. Doch hatten die Einwände des MdB erkennbar keinen Einfluss auf die allgemeine Antwortbereitschaft in seiner Fraktion.

Eine Reihe von MdB hat den Fragebogen abgerufen, bearbeitet und den ausgefüllten Fragebogen dann Mitarbeitern zur endgültigen Eingabe in das online-Formular überlassen. Dieses durchaus zeitaufwendige Verfahren und der Anteil der postalisch zugestellten Fragebogen lassen vermuten, dass in einigen Abgeordnetenbüros gewisse Zweifel an der Anonymisierung der Daten, also ein Misstrauen gegenüber der verwendeten Technik herrschten, oder allgemein eine geringere Affinität zu neuen Medien besteht. Fragen zur Erhebung entstanden größtenteils durch „Überlesen“ von Angaben und Verweisen auf die Adressen im Internet, unter denen der Fragebogen in ausdrucksfähigen Formaten zur Verfügung stand.

13 MdB haben schriftlich mitgeteilt, an der Befragung nicht mitwirken zu wollen. Dabei wurden bis auf die genannte eine Ablehnung aufgrund der Anonymisierungsproblematik ausschließlich zwei Gründe vorgebracht: Zeitmangel und eine generelle Weigerung, an Umfragen teilzunehmen. Gegen die generelle Ablehnung von Umfragen hat die Projektleitung in mehreren Schreiben auf den Unterschied von x-beliebigen Befragungen und einer Befragung aus dem Umfeld einer Organisation, der man selbst angehört, verwiesen. Dies hat längst nicht in allen, aber doch in einigen Fällen ein Umdenken stimuliert. Aus einem MdB-Büro hat die Projektleitung ein Schreiben mit der Behauptung erreicht, Abgeordnete würden täglich mit mehreren Umfragen (!) überschüttet. Die Projektleitung hat sich erlaubt, dies aufgrund eigener Erfahrungen als Übertreibung zurückzuweisen. Da es sich bei Abgeordneten um eine zwar kurz angebundene, gleichwohl hochkommunikative Personengruppe handelt, wurden sämtliche Schreiben beantwortet, auch sämtliche Absagen. Vereinzelt, wie im Fall der anonymen Zusendung von Fragebogen, wurde die Antwort als allgemeiner Hinweis an alle MdB formuliert und die Gelegenheit genutzt, auf diese Weise an die Erhebung zu erinnern.

Besondere Aufmerksamkeit verdient das Phänomen der *social desirability*: Interviewte können Gründe haben, sich in ihrem Antwortverhalten den vermuteten Erwartungen der Interviewer anzupassen oder taktisch zu antworten. Es ist davon auszugehen, dass dieses Phänomen in der Untersuchung praktisch keine Rolle gespielt hat und die Untersuchung verlässliche Daten erbracht hat. Erstes Indiz liefert die Plausibilität der Antworten. Sie können mit den Interviewergebnissen der Vorgängerstudie abgeglichen werden. Ihre Deutung fügt sich zu einem plausiblen Satz von Thesen, die mit den Interviewergebnissen kompatibel sind. Zweites Indiz liefern die geringen Anteile der nicht beantworteten Fragen (in den Tabellen keine Antwort). Das Erhebungsinstrument wurde akzeptiert. Einige wenige sozialdemokratische MdB sind bei politischen Einschätzungsfragen ausgestiegen, die MdB der Linken haben fast alle Fragen durchgängig beantwortet. Das dritte Argument stützt sich auf allgemeine Hypothesen über das Antwortverhalten von

Politikern. Politiker sind gewohnt, taktisch zu kommunizieren, taktisch zu antworten. Sie verfolgen mit ihren öffentlichen Argumentationen politische Zwecke und kommunizieren nach Okkasion und Opportunität. Für die MdB der Linksfraktion bestand in der Erhebung keinerlei Veranlassung, mit ihren gewerkschaftsfreundlichen Aussagen, die sie ohnehin öffentlich vertreten, hinter dem Berg zuhalten. Dasselbe gilt für jenen Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich trotz aller Konflikte eine positive Einstellung zu den Gewerkschaften bewahrt haben. MdB in der Fraktion der SPD, die sich ohnehin öffentlich kritisch zu den Gewerkschaften äußern, konnten dies auch in der Erhebung. MdB, die sich öffentlich weniger kritisch äußern als in nicht-öffentlichen Diskussionszusammenhängen, bot die Erhebung die Gelegenheit, ihre Denk- und Verhaltensmuster nach Opportunität zu reproduzieren. Analoge Überlegungen gelten auch für die Abgeordneten der anderen Fraktionen. Die Erhebungssituation hat keine Sondersituation generiert, die Abgeordnete zu einem anderen Antwortverhalten als in der politischen Kommunikation bewegen haben könnte.

4.7 Auswertung

Die gewonnenen Daten wurden mit dem bewährten statistischen Auswertungsprogramm SPSS bearbeitet. Im Abschnitt, der im Folgenden die Detailergebnisse dokumentiert, werden einfache Häufigkeitstabellen präsentiert. Mit einer Ausnahme wurde auf die Darstellung von kompletten Kreuztabellen verzichtet, da die Fallzahlen in den einzelnen Zellen der Tabellen in vielen Fällen für eine substantielle Deutung zu gering sind. Gleichwohl werden einzelne Ergebnisse aus der Variablenkreuzung präsentiert, wo dies für eine Deutung ertragreich erscheint. Generell zeigt die Variablenkreuzung eine geringe Bedeutung respektive einen geringen Einfluss der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gewerkschaft, wohl aber einen Einfluss der Parteizugehörigkeit. Wo dies relevant und ausdeutbar ist, wird deshalb insbesondere auf Unterschiede zwischen SPD und Linkspartei hingewiesen. Die Fallzahlen für die anderen Parteien sind zu gering.

4.8 Repräsentativität

Zahlreiche Merkmale (Geschlecht, Alter, Schul- und Berufsausbildung, Datum des Parteieintritts, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Mitgliedschaft in Ausschüssen, Direktmandat oder Einzug über die Landesliste, parlamentarischer Erfahrungsschatz) sind in der Erhebung praktisch genauso prozentual ausgeprägt wie in der Grundgesamtheit der 221 gewerkschaftlich organisierten MdB. Dies ist ein Hinweis auf Repräsentativität. Andere Merkmale (Parteimitgliedschaft, regionale Herkunft, Funktionen in Regierung, Parlament und Partei) legen jedoch die Vermutung nahe, dass die Befragung selektiv gewirkt hat. Es haben vor allem aktive oder ehemals aktive Gewerkschafter teilgenommen, neben den 17 Hauptamtlichen, die bereits interviewt wurden, die „zweite Linie“ der Aktiven, MdB, für die die Gewerkschaftsmitgliedschaft eine persönliche und politische Bedeutung hat. 84% haben eine Funktion in Fraktion, Parlament oder Regierung ange-

geben. Zahlreiche MdB haben Funktionen auf den übergeordneten Ebenen der Parteien (Bund, Land) und auch auf der regionalen Ebene (Bezirk, Kreis). Während sich diese MdB auf die Einzelgewerkschaften fast gleich verteilen, ist dieser Typus in der SPD-Fraktion, die insgesamt leicht überrepräsentiert ist, besonders häufig vertreten. Die regionalen Verzerrungen bestätigen die Teilnahme aktiver Gewerkschafter. Teilgenommen haben MdB aus Ländern mit starken Regionalorganisationen. Nur 30% der Befragten gaben andererseits an, nie gewerkschaftlich aktiv gewesen zu sein. Die Untersuchung ist also nicht repräsentativ für alle 221 gewerkschaftlich organisierten MdB. Aber sie dürfte die Meinungen und Einschätzungen aktiver Gewerkschaftsmitglieder und eines gewerkschaftlich organisierten Personenkreises widerspiegeln, der sich stark für die Beziehungen zwischen Parteien, Fraktionen und Gewerkschaften interessiert. Die Beteiligung an der Erhebung ist selbst ein Indiz für ein höheres Aktivitätsniveau. Es haben sich insbesondere jene Abgeordnete beteiligt, die aufgrund ihrer politischen Position für gewerkschaftliche Lobbyarbeit durchaus von Interesse sind. Insofern gewinnen die Untersuchungsergebnisse an politischem Gewicht.

4.9 Darstellung der Ergebnisse

Die Ergebnisse werden in zwei Teilen präsentiert: Im ersten Teil werden die Ergebnisse tabellarisch in einer Reihenfolge dargestellt, die den Ablauf des Erhebungsinstrumentes nachzeichnet. Erst wird die Frage genannt, es folgt die Tabelle und anschließend ein Resümee der tabellarischen Darstellung. Im Resümee werden die Ergebnisse systematisch zusammengefasst.

Ergebnisse im Detail – Tabellen und Text

1. Gewerkschaftsmitgliedschaft

Frage 1

Bitte geben Sie an, in welcher Einzelgewerkschaft Sie Mitglied sind?

Tabelle 1: Mitglieder in Einzelgewerkschaften

	Gesamt	% *	alle**	% alle ***
Ver.di	44	47,3	108	48,9
GEW	15	16,1	34	15,4
IG Metall	14	15,0	30	13,6
IG BCE	13	14,0	29	13,1
IG BAU	4	4,3	11	5,0
TRANSNET	1	1,1	5	2,3
GdP	1	1,1	1	0,5
NGG	0	0	1	0,5
keine Antwort	1	1,1	2	0,9
	93	100,1	221	100,2

Der weitaus größte Teil der befragten Parlamentarier ist Mitglied bei ver.di (47,3%), gefolgt von den Mitgliedern der GEW, IG Metall und IG BCE.

Die Prozentanteile der Mitglieder verschiedener Einzelgewerkschaften, die an der Befragung teilgenommen haben, weichen nur geringfügig von den Anteilen der Mitglieder verschiedener Einzelgewerkschaften an allen 221 gewerkschaftlich organisierten MdB ab. Die Erhebung bildet also die Verteilung der gewerkschaftlich organisierten MdB auf die Einzelgewerkschaften im wesentlichen ab.

Hinweis

- * Die Zahlen in der Spalte **%** in dieser und in einer Reihe der folgenden Tabellen summieren sich aufgrund von Rundungsfehlern nicht zu 100.
- ** **alle** meint in dieser Tabelle und in den folgenden Tabellen immer die **Grundgesamtheit** aller **221** gewerkschaftlich organisierten MdB.
- *** **% alle** meint immer die **Prozentanteile** an der **Grundgesamtheit** aller **221** gewerkschaftlich organisierten MdB.

2. Eintrittsjahr

Frage 2

Wann sind Sie in Ihre Gewerkschaft eingetreten? Bitte geben Sie das Eintrittsjahr an.

Tabelle 2: Eintritt in die Gewerkschaft

	Gesamt	%		Gesamt	%	Cum %
1956 – 1960	1	1,1	1956 – 1969 Adenauer/Erhard, Kiesinger	14	15,1	15,1
1961 – 1965	5	5,4				
1966 – 1970	11	11,8				
1971 – 1975	15	16,1	1970 – 1983 Brandt/Schmidt	44	47,3	62,4
1976 – 1980	19	20,4				
1981 – 1985	11	11,8	1984 – 1998 Kohl	24	25,8	88,2
1986 – 1990	6	6,5				
1991 – 1995	10	10,8				
1996 – 2000	6	6,5				
2001 – 2005	4	4,3	1999 – 2005 Schröder	6	6,5	94,7
keine Antwort	5	5,4		5	5,4	
	93			93	100,1	100,1

- Etwas über 60% der Befragten sind vor Beginn der Amtszeit Helmut Kohls in ihre Gewerkschaft eingetreten,
- knapp 90% vor Beginn der Amtszeit Gerhard Schröders.
- Während der Amtszeit Schröders sind 6,5% ihrer Gewerkschaft beigetreten,
- in der sozialliberalen Ära 46,3%.

Die befragten MdB verfügen über ausgewiesene gewerkschaftliche Erfahrungen und kennen unterschiedliche Phasen des Verhältnisses von Politik und Gewerkschaften aus eigener Anschauung und persönlichem Erleben.

3. Fraktionszugehörigkeit

Frage 3

Welcher Fraktion im Deutschen Bundestag gehören Sie an?

Tabelle 3: Fraktionszugehörigkeit

	Gesamt	%	Alle	% alle
SPD	72	77,4	161	72,9
DIE LINKE	15	16,1	35	15,8
Bündnis 90/Grüne	3	3,2	14	6,3
CDU/CSU	2	2,2	10	4,5
FDP	1	1,1	1	0,5
	93	100	221	100

Es haben prozentual etwas mehr Sozialdemokraten an der Befragung teilgenommen als es ihrem Anteil an allen gewerkschaftlich organisierten MdB entspricht. Dagegen haben anteilmäßig nur halb so viele Mitglieder der Unionsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Fragen beantwortet. Die MdB der SPD und der Linken – also der beiden Parteien, mit besonderer Affinität und besonderen Beziehungen zu den Gewerkschaften – machen in der Grundgesamtheit 89% aus, in der Erhebung sogar 93,5%.

Tabelle 3a: Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft *

		SPD			DIE LINKE			Andere			Gesamt		
		Gesamt	%	% alle	Gesamt	%	% alle	Gesamt	%	% alle	Gesamt	%	% alle
ver.di	Gesamt	33			9			2			44		
	%	75,0	46,5		20,5	60,0		4,5	33,3		100	47,3	
	% alle	70,3		47,2	19,4		60,0	10,2		44,0	100		48,9
GEW	Gesamt	11			3			1			15		
	%	73,3	15,5		20,0	20,0		6,7	16,7		100	16,1	
	% alle	67,6		14,3	14,7		14,3	17,6		24,0	100		15,4
IG BCE	Gesamt	12						1			13		
	%	92,3	16,9					7,7	16,7		100	14,0	
	% alle	93,3		17,4				6,7		8,0	100		13,6
IG Metall	Gesamt	10			3			1			14		
	%	71,4	14,1		21,4	20,0		7,2	16,7		100	15,0	
	% alle	69,0		12,4	24,1		20,0	6,9		8,0	100		13,1
IG BAU	Gesamt	4									4		
	%	100	5,3								100	4,3	
	% alle	81,8		5,6	9,1		2,9	9,1		4,0	100		5,0
GdP	Gesamt							1			1		
	%							100	16,7		100	1,1	
	% alle	40,0		1,2				60,0		12,0	100		2,3
TRANSNET	Gesamt	1									1		
	%	100	1,4								100	1,1	
	% alle	100		0,6							100		0,5
NGG	Gesamt										0		
	%										0		
	% alle	100		0,6							100		
Keine Antwort	Gesamt	1									1		
	%	100	1,4								100	1,1	
	% alle	50		0,6	50		2,9				100		1,0
Gesamt	Gesamt	72			15			6			93		
	%	77,4	100		16,1	100		6,5	100		100	100	
	% alle	72,9		100	15,8		100	6,3		100	100		100

*

Gesamt:	In allen Zeilen und Spalten Gesamtzahl der befragten MdB einer Partei beziehungsweise einer Gewerkschaft.
Zeile %:	Anteil der MdB einer Partei an den jeweils befragten Gewerkschaftsmitgliedern.
Zeile % alle:	In allen Zeilen Anteil der MdB einer Partei an der Grundgesamtheit aller 221 gewerkschaftliche organisierten MdB.
Spalte %:	Anteil der MdB einer Gewerkschaft an den 72 befragten gewerkschaftlich organisierten MdB der SPD.
Spalte % alle:	Anteil aller gewerkschaftlich organisierten MdB der SPD an der Grundgesamtheit aller 161 gewerkschaftlich organisierten MdB der SPD.
Spalte %:	Anteil der MdB einer Gewerkschaft an den 15 befragten gewerkschaftlich organisierten MdB der Linken.
Spalte % alle:	Anteil aller gewerkschaftlich organisierten MdB der Linken an der Grundgesamtheit aller 35 gewerkschaftlich organisierten MdB der Linken.
Spalte %:	Anteil der MdB einer Gewerkschaft an den 6 befragten gewerkschaftlich organisierten MdB von Union, FDP und Grünen.
Spalte % alle:	Anteil aller gewerkschaftlich organisierten MdB von Union, FDP und Grünen an der Grundgesamtheit aller 25 gewerkschaftlich organisierten MdB von Union, FDP und Grünen.
Spalte %:	Anteil der befragten MdB einer Gewerkschaft an den 93 insgesamt befragten gewerkschaftlich organisierten MdB im Bundestag.
Spalte % alle:	Anteil der MdB einer Gewerkschaft an der Grundgesamtheit aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB im Bundestag.

Die Anteile der befragten Abgeordneten bilden die Anteile der verschiedenen Gewerkschafter in SPD-Fraktion und der Linken fast exakt ab, lediglich die Abgeordneten mit Mitgliedsbuch der GEW sind bei den MdB der Linken in der Befragung überrepräsentiert.

Geht man von der Gewerkschaftszugehörigkeit aus, zeigt sich unter den befragten MdB, die in ver.di, der GEW und der IG Bau organisiert sind, eine leichte Überrepräsentation der SPD-Abgeordneten. Dagegen entspricht deren Anteil an den befragten Mitgliedern von GdP und NGG nicht ihrem Anteil an der Gesamtheit aller gewerkschaftlich Abgeordneten. Unter den befragten GEW- und IG-Metall-Mitgliedern sind auch die Abgeordneten der Linken überrepräsentiert.

4. Parteieintritt

Frage 4

Wann sind Sie in Ihre Partei eingetreten? Bitte geben Sie das Eintrittsjahr an.

Tabelle 4: Eintritt in die Partei

	Gesamt	%	% alle ³		Gesamt	%	Cum %
1961 – 1965	4	4,3	5,4	1961 – 1969 Adenauer/Erhard/ Kiesinger	17	18,3	18,3
1966 – 1970	15	16,1	14,9				
1971 – 1975	19	20,4	19,5	1970 – 1983 Brandt/Schmidt	38	40,9	59,2
1976 – 1980	8	8,6	7,7				
1981 – 1985	15	16,1	15,4	1984 – 1998 Kohl	27	29,0	88,2
1986 – 1990	15	16,1	14,9				
1991 – 1995	5	5,4	6,8				
1996 – 2000	3	3,2	4,5	1999 – 2005 Schröder	9	9,7	97,9
2001 – 2005	6	6,5	6,8				
nach 2005	2	2,2	1,4	nach 2005 Merkel	2	2,2	100,1
keine Antwort	1	1,1	2,7				
Gesamt	93	100	100		93	100,1	

- Knapp 60% der befragten gewerkschaftlich organisierten MdB sind bereits vor der Amtszeit Helmut Kohls in ihre Partei eingetreten, fast 90% vor der Ära Schröder.
- Während der Zeit von Rot-Grün sind nur 9,7% ihrer Partei beigetreten,
- immerhin 29% während der sozialliberalen Ära.

Es handelt sich bei den Befragten um MdB mit überwiegend langjährigen parteipolitischen Erfahrungen. In die Antworten fließen also ausgewiesene politische und gewerkschaftliche Lebenserfahrungen ein.

Der Vergleich der Befragten mit der Grundgesamtheit aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB zeigt eine erstaunliche Übereinstimmung der Prozentanteile der verschiedenen Kohorten.

3 Die Vergleichszahlen der Grundgesamtheit zum Parteieintritt wurden ebenso wie die Vergleichszahlen zur Schul- und Berufsausbildung (Tabellen 54 und 55), der letzten Berufsposition (Tabelle 56) und Alter respektive Geburtsjahr (Tabelle 57) eigens anhand einer Durchsicht des *Kürschners* neu ermittelt. Sie ergänzen die statistischen Gesamtdarstellungen der Vorstudie, die diese Daten nicht enthält. Andere Daten – z. B. zum Gewerkschaftseintritt und parteipolitischen Funktionen – wurden ebenfalls ermittelt, doch sind die Anhaben im *Kürschner* für einen Vergleich zu lückenhaft. Die Angaben zu Funktionen in Parlament und Regierung müssen über die Webseiten ermittelt werden, wechseln aber öfters.

5. Herkunftsland

Frage 5

Aus welchem Bundesland kommen Sie?

Tabelle 5: Herkunftsland

	Gesamt	%	% alle
Nordrhein-Westfalen	30	32,3	26,2
Bayern	16	17,2	11,3
Baden-Württemberg	12	12,9	11,3
Niedersachsen	10	10,8	12,7
Hessen	4	4,3	6,3
Rheinland-Pfalz	4	4,3	5,9
Berlin	3	3,2	4,1
Hamburg	3	3,2	3,3
Saarland	3	3,2	1,8
Sachsen-Anhalt	3	3,2	4,1
Brandenburg	1	1,1	2,3
Bremen	1	1,1	1,3
Sachsen	1	1,1	2,7
Schleswig-Holstein	1	1,1	3,6
Thüringen	1	1,1	2,7
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0,5
	93	100,1	100,1

- In der Befragung sind MdB aus Nordrhein-Westfalen und Bayern überrepräsentiert. Zusammen kommen aus diesen beiden Ländern knapp 50% der MdB, die an der Befragung teilgenommen haben. In der Gesamtheit aller gewerkschaftlichen MdB sind es nur 38%.
- 73,2% der Befragten kommen aus den vier westdeutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, unter allen 221 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten sind es dagegen nur 61,5%.
- 6,5% aller Befragten kommen aus den neuen Bundesländern, in der Grundgesamtheit sind es fast doppelt so viele (12,3%).

Es gibt also regionale Verzerrungen, die ein Indiz für die Beteiligung aktiver Gewerkschafter liefern: Teilgenommen haben MdB aus Ländern mit starken gewerkschaftliche Regionalorganisationen.

6. Dauer der Parlamentszugehörigkeit

Frage 6

Wie viele Wahlperioden sind Sie Mitglied im Deutschen Bundestag?

Tabelle 6: Wahlperioden im Deutschen Bundestag

	Gesamt	%	% alle	Politische Perioden
1	25	26,9	25	Merkel
2	20	21,5	20	Schröder
3	19	20,4	22	
4	16	17,2	17	Kohl
5	1	1,1	5	
6	5	5,4	5	
7	1	1,1	1	
8	4	4,3	3	Schmidt
9	2	2,2	1	
	93	100,1	99	

- 86% der befragten und 84% aller gewerkschaftlich organisierten MdB sind eine bis vier Legislaturperioden im Bundestag.
- Die größte Gruppe stellen in der Befragung (26,9%) und in der Grundgesamtheit (25%) die Neulinge, die die erste Wahlperiode im Parlament sitzen.
- 42 % der Befragten und der Grundgesamtheiten haben die Ära Rot-Grün erlebt, die Hälfte davon saß während der ganzen Amtszeit Schröders im Parlament. Sie haben zwei Kanzler erlebt und verfügen über entsprechende Vergleichsmöglichkeiten.
- Immerhin 17% kennen die Endphase der Amtszeit Kohls aus eigener Anschauung.
- Knapp 25% der befragten und 28% aller organisierten MdB haben Erfahrungen aus der Ära Kohl, 6,5% beziehungsweise 4% sogar aus der Ära Schmidt. Sie haben drei oder sogar vier Kanzler erlebt.

Der parlamentarische Erfahrungsschatz der gewerkschaftlichen MdB ist also ebenfalls beträchtlich. Die befragten MdB bilden ihn prozentual fast exakt ab. Von substantiellen Verzerrungen ist beim Merkmal „Erfahrungshorizont“ nicht auszugehen.

7. Direktmandate

Frage 7

Haben Sie ein Direktmandat oder sind Sie über eine Landesliste in den Deutschen Bundestag eingezogen?

Tabelle 7: Direktmandat oder Landesliste

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%	% alle
Direktmandat	44	47,3	42	58,3	1	6,7	48
Landesliste	49	52,7	30	41,7	14	93,3	52
	93	100	72	100	15	100	100

An der Befragung hat praktisch derselbe Anteil von MdB teilgenommen, die über Landesliste in den Bundestag gekommen sind oder ein Direktmandat erworben haben, wie er sich auch in der Grundgesamtheit aller 221 organisierten MdB findet.

8. Ausschussmitgliedschaft

Frage 8

In welchen Bundestagsausschüssen sind Sie ordentliches Mitglied?

Tabelle 8: Gewerkschafter in Ausschüssen des Bundestages

		Mitglieder gesamt	davon Gewerkschafter		davon befragt	
			Gesamt	% **	Gesamt	% ***
1.	Europa *	33	16	48,5	5	31,3
2.	Bildung	31	14	45,2	8	57,1
3.	Wahlprüfung	9	4	44,5	2	50,0
4.	Arbeit und Soziales	36	16	44,4	9	56,2
5.	Wirtschaft und Technologie	36	15	41,7	6	40,0
6.	Verteidigung	30	12	40,0	6	50,0
7.	Auswärtiges	36	14	38,9	7	50,0
Gewerkschafter im gesamten Bundestag 36 %						
8.	Gesundheit	31	11	35,5	5	45,4
9.	Inneres	36	12	33,3	5	41,7
10.	Ernährung, Landwirtschaft. ...	31	10	32,3	4	40,0
11.	Familie, Senioren, Frauen ...	31	10	32,3	4	40,0
12.	Umwelt	31	10	32,3	4	40,0
13.	Menschenrechte	16	5	31,3	0	0
14.	Sport	16	5	31,3	1	20,0
15.	Wahlprüfung und Immunität	13	4	30,8	2	50,0
16.	Verkehr	36	11	30,6	1	9,1
17.	Entwicklung	22	6	27,3	3	50,0
18.	Kultur	20	5	25,0	2	40,0
19.	Tourismus	16	4	25,0	3	75,0
20.	Haushalt	41	10	24,4	4	40,0
21.	Petitionen	25	6	24,0	1	16,7
22.	Recht	31	7	22,6	3	42,9
23.	Finanzen	36	7	19,4	5	71,4

* Sortiert nach den höchsten Anteilen von Gewerkschaftern unter den Ausschussmitgliedern

** Anteil der gewerkschaftlich organisierten MdB an allen Ausschussmitgliedern

*** Anteil der gewerkschaftlich organisierte MdB, die an der Erhebung teilgenommen haben, an allen Gewerkschaftern in den verschiedenen Ausschüssen.

Die Anteile der Mitglieder in den verschiedenen Bundestagsausschüssen, die an der Befragung teilgenommen haben, und an allen gewerkschaftlich organisierten MdB weichen teilweise voneinander ab.

- Betrachtet man die sieben Ausschüsse mit den meisten Gewerkschaftsmitgliedern⁴, dann sind in der Befragung überproportional im Vergleich zur Grundgesamtheit der 221 gewerkschaftlich organisierten MdB insbesondere die Mitglieder der Ausschüsse für Arbeit und Soziales, Bildung, Auswärtiges und Verteidigung vertreten.
- Im Finanzausschuss sind prozentual am wenigsten Gewerkschafter Mitglieder (19,3%) aber 71,4% dieser MdB haben an der Befragung teilgenommen (fünf von sieben).
- Ähnliches gilt für den Tourismusausschuss: Gewerkschafter sind 25% der Ausschussmitglieder. Davon haben 75% an der Befragung mitgewirkt (drei von vier).
- Von den gewerkschaftlich organisierten MdB in den Ausschüssen haben Mehr als die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder außerdem aus den Ausschüssen für Wirtschaft, Entwicklung sowie Wahlprüfung respektive Wahlprüfung und Immunität teilgenommen.
- Unterproportional vertreten sind in der Befragung Mitglieder des Ausschusses für die Europäische Union, in dem der Anteil der Gewerkschafter an allen Ausschussmitgliedern am höchsten ist.
- Allein aus dem Menschenrechtsausschuss hat sich kein MdB beteiligt.

In die Erhebung sind also die vielfältigen Erfahrungen aus der aktuellen Ausschussarbeit eingeflossen, insbesondere auch aus jenen Ausschüssen, die für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hohe Bedeutung haben (Ausschuss für Arbeit und Soziales, Bildungsausschuss und Finanzausschuss).

⁴ Es sind dies die Ausschüsse, in denen Gewerkschaftsmitglieder überproportional im Vergleich zum Anteil der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten an allen MdB vertreten sind. Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten MdB beträgt 36%.

9. Stellvertretung im Ausschuss

Frage 9

In welchen Bundestagsausschüssen sind Sie stellvertretendes Mitglied?

Tabelle 9: Stellvertretung im Ausschuss

	Gesamt	%
Arbeit und Soziales	10	10,8
Auswärtiges	9	9,7
Gesundheit	9	9,7
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9	9,7
Inneres	8	8,6
Wirtschaft und Technologie	7	7,5
Sport	6	6,5
Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	5	5,4
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5	5,4
Europäische Union	5	5,4
Finanzen	5	5,4
Haushalt	5	5,4
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5	5,4
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4	4,3
Verteidigung	4	4,3
Gemeinsamer Ausschuss	4	4,3
Menschenrechte und humanitäre Hilfe	3	3,2
Recht	3	3,2
Richterwahl	3	3,2
Kultur und Medien	2	2,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	2	2,2
Petitionen	1	1,1
Tourismus	1	1,1
Wahlprüfung	1	1,1
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	1	1,1
Vermittlungsausschuss	1	1,1

Eine beträchtliche Anzahl der befragten gewerkschaftlich organisierten MdB ist in Ausschüssen, die für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind (Arbeit und Soziales, Gesundheit, Familie, Wirtschaft und Bildung), auch stellvertretendes Mitglied. Allein 20,4% der befragten gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten sind entweder ordentliches oder stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

10. Politische Funktion

Frage 10

Welche Funktion haben Sie in Fraktion, Parlament oder Regierung?**Tabelle 10: Funktion in Fraktion, Parlament oder Regierung**

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
Stellvertreter/in im Fraktionsvorstand	11	11,8	6	8,3	4	26,7
Mitglied der Fraktionsgeschäftsführung	2	2,2	1	1,4	1	6,7
Arbeitsgruppenvorsitzende/r, -sprecher/in	18	19,4	12	16,7	4	26,7
Parlamentarische/r Geschäftsführer/in	2	2,2	2	2,8	0	0
Mitglied der parlamentarischen Geschäftsführung	1	1,1	0	0	1	6,7
Ausschussvorsitzende/r	5	5,4	5	6,9	0	0
Stellvertretende/r Ausschussvorsitzende/r	3	3,2	1	1,4	1	6,7
Parlamentarische/r Staatssekretär/in	5	5,3	5	6,9	0	0
Minister/in	1	1,1	1	1,4	0	0
Anderes/Sonstiges	30	32,3	24	33,3	5	33,3

An der Untersuchung haben teilgenommen:

- 11 Mitglieder eines Fraktionsvorstandes,
- zwei Mitglieder einer Fraktionsgeschäftsführung,
- zwei parlamentarische Geschäftsführer und ein Mitglied einer parlamentarischen Geschäftsführung,
- 18 Arbeitsgruppenvorsitzende,
- fünf Ausschussvorsitzende und drei stellvertretende Vorsitzende,
- dazu ein Minister und fünf parlamentarische Staatssekretäre,
- darüber hinaus noch 30 MdB mit anderen Funktionen.

78 von 93 MdB (83,9%) haben eine Funktion in Fraktion, Parlament oder Regierung angegeben.

Insofern ist die Untersuchung nicht für die Grundgesamtheit aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB repräsentativ. Sie gewinnt aber durch die starke Beteiligung von wichtigen Funktionsträgern erheblich an politischem Gewicht.

Die SPD-Fraktion stellt naturgemäß sämtliche MdB mit Regierungsämtern. Auffällig sind die höheren Prozentanteile von Mitgliedern der Fraktionsführung und der fraktionsinternen Arbeitsgruppen bei der Linken. Dagegen sind alle 5 Ausschussvorsitzenden, die an der Befragung teilgenommen haben, Sozialdemokraten.

11. Parteiamt

Frage 11

Welche Funktion haben Sie in Ihrer Partei? Geben Sie bitte jeweils die höchste Funktion an.

Tabelle 11: Höchstes Parteiamt

	Bund		Land		Bezirk		Kreis	
	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%
Vorstandsmitglied	15	16,1	11	11,8	11	11,8	10	10,8
SPD	12	16,7	11	15,3	10	13,9	8	11,2
Linke	2	13,3	0	0	1	6,7	2	13,3
Präsidiumsmitglied	3	3,2	9	9,7	2	2,2	3	3,2
SPD	2	2,8	8	11,2	2	2,8	3	4,2
Linke	1	6,7	1	6,7	0	0	0	0
Delegierte/r	38	40,9	30	32,3	15	16,1	23	24,7
SPD	31	43,0	23	31,9	14	19,4	22	30,6
Linke	4	26,7	5	33,3	0	0	0	0
Andere Funktion/en	6	6,5	5	5,4	6	6,5	7	7,5
SPD	5	6,9	4	5,6	6	8,3	6	8,3
Linke	1	6,7	0	0	0	0	0	0

Die These vom erheblichen politischen Gewicht der Erhebung wird durch die Parteifunktionen der Befragten bestätigt.

- Immerhin zwei Drittel der Befragten gaben an, ein Parteiamt auf Bundesebene innezuhaben.
- 16% sind Mitglied des Bundesvorstandes ihrer Partei, 3% Mitglied des Präsidiums.
- Am häufigsten wurde die Funktion einer Delegierten oder eines Delegierten auf Bundesebene genannt.
- Dazu kommen zahlreiche Funktionen auf anderen Ebenen der jeweiligen politischen Parteien.

Es überwiegen Funktionen auf den übergeordneten Ebenen der Parteien (Bund, Land) gegenüber den Funktionen auf den regionalen Ebenen (Bezirk, Kreis).

Die Abgeordneten der SPD haben praktisch auf allen Ebenen anteilig mehr Funktionen als die MdB der Linken. Einzige Ausnahme: Das eine Präsidiumsmitglied der Linken auf Bundesebene fällt prozentual stärker ins Gewicht als die zwei Präsidiumsmitglieder der SPD.

12. Gewerkschaftsfunktionen

Frage 12

Machen Sie bitte Angaben zu Ihrer aktuellen und früheren gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktion.

Tabelle 12: Aktuelle und frühere gewerkschaftliche und betriebliche Funktionen

	Derzeit	%	Früher	%
Ehrenamtlich tätig	5	5,4	16	17,2
SPD	3	4,2	12	16,7
Die Linke	2	13,3	3	20,0
Hauptamtlich tätig	4	4,3	10	10,8
SPD	3	4,2	8	11,1
Die Linke	1	6,7	2	13,3
Betriebs- oder Personalrat/rätin	0	0	15	16,1
SPD	0	0	11	15,2
Die Linke	0	0	3	20,0
Vertrauensmann/-frau	0	0	7	7,5
SPD	0	0	7	9,7
Die Linke	0	0	0	0
Eine andere Funktion	4	5,6	3	3,2
SPD	2	2,8	3	4,2
Die Linke	2	13,3	0	0
Funktion	13	14,0	51	54,8
SPD	8	11,1	41	56,9
Die Linke	5	33,3	8	53,3
keine Funktion	36	38,7	39	41,9
SPD	26	36,1	32	44,4
Die Linke	3	20,0	4	26,7

Keiner der Befragten hat Angaben zu fortdauernden betrieblichen Funktionen gemacht.

- Der Anteil der Befragten, die noch hauptamtlich tätig sind, ist gering.
- Niedrig sind auch die Anteile der noch ehrenamtlich oder in anderen Funktionen für ihre Gewerkschaft tätigen MdB.
- Dagegen war die Mehrheit der Befragten (54,8%) früher in gewerkschaftlichen oder betrieblichen Funktionen tätig.

In die Befragung fließen also neben den skizzierten politischen Erfahrungen auch erhebliche Erfahrungen mit der Arbeitswelt ein.

Der Anteil der MdB der Linken, die zum Zeitpunkt der Befragung – also am Ende der Legislaturperiode – noch eine Funktion inne hatten, war mit 33,3% wesentlich höher als der entsprechende Anteil der sozialdemokratischen MdB (11,1%). Insbesondere waren anteilig noch mehr MdB der Linken ehrenamtlich tätig oder hatten eine andere Funktion inne (jeweils 13,3%) als sozialdemokratische Abgeordnete (4,2% bzw. 4,6%).

13. Anstoß für Kandidatur

Frage 13

Was war der entscheidende Anstoß für Ihre Kandidatur zum Deutschen Bundestag?

Tabelle 13: Entscheidender Anstoß für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
Partei	73	78,5	59	72,2	12	80,0
Gewerkschaftskollegen/innen	6	6,5	6	7,3	0	0
Übergeordnete Gewerkschaftsstellen	3	3,2	2	2,8	0	0
Lokale Gewerkschaftsstellen	2	2,2	2	2,8	0	0
Kollegen/innen im Betrieb	1	1,1	1	1,4	0	0
Niemand	5	5,4	4	4,9	0	0
Anderes/Sonstiges	19	20,4	13	15,9	3	20,0

- Der entscheidende Anstoß für die Kandidatur kam nach Angaben von fast 80% der befragten Abgeordneten aus der Partei.
- XXNur 3,2% der Befragten rechnen den entscheidenden Impuls übergeordneten Gewerkschaftsstellen, also den eventuell strategisch planenden Zentren zu.
- Der Anteil der MdB, bei denen der entscheidende Anstoß zur Kandidatur aus der Partei kam, ist bei der Linken mit 89% noch höher als bei der SPD (72,2%).
- Entscheidende Impulse aus den Gewerkschaften zur Kandidatur kamen überhaupt nur bei Sozialdemokraten.

14. Bedeutung der Gewerkschaftsmitgliedschaft

Frage 14

Wie wichtig war die Gewerkschaftsmitgliedschaft für Ihre Kandidatur?

Tabelle 14: Bedeutung der Gewerkschaftsmitgliedschaft für die Kandidatur

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
war entscheidend	1	1,1	1	1,4	0	0
hat sehr geholfen	20	21,5	18	25,0	2	13,3
hat eine Rollen eben anderen gespielt	43	46,2	33	45,8	9	60,0
hat nicht geschadet	8	8,6	7	9,7	0	0
war völlig egal	19	20,4	11	15,3	4	26,7
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100	72	100	15	100

- Die Gewerkschaftsmitgliedschaft hat bei der Kandidatur von knapp der Hälfte der MdB nur eine Rolle neben anderen gespielt (46,2%).
- Geringe bis gar keine Bedeutung hatte sie bei 29% der Befragten,
- eine entscheidende oder erhebliche Bedeutung bei einer Minderheit von 22,6%.

Es fällt auf,

- dass die Gewerkschaftsmitgliedschaft doppelt so vielen Abgeordneten der SPD bei der Kandidatur geholfen hat (25,0%) als MdB der Linken (13,3%),
- während sie nur bei 15,3% der SPD-MdB völlig egal war, aber bei 26,7% der linken Abgeordneten.
- Auch der Anteil der linken MdB, bei denen die Gewerkschaftsmitgliedschaft als ein die Kandidatur befördernder Faktor nur eine Rolle neben anderen gespielt hat, ist mit 60% deutlich höher als bei den SPD-Abgeordneten.

15. Kandidaturberatung

Frage 15

Wen haben Sie im Vorfeld der Kandidatur in Ihrer Gewerkschaft um Rat gefragt?

Tabelle 15: Ratgeber in der Gewerkschaft

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
Gewerkschaftskollegen/innen	13	14,0	12	16,7	1	6,7
Kollegen/innen am Arbeitsplatz	8	8,6	6	8,3	1	6,7
Gewerkschaftsvorstand	6	6,5	6	8,3	0	0
Übergeordnete Gewerkschafts-gremien	6	6,5	4	5,6	2	13,3
Gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb	3	3,2	2	2,4	1	6,7
Anderes/Sonstiges	36	48,7	30	41,7	5	33,3
Niemand	31	33,3	20	27,8	7	46,7

- Das gewerkschaftliche Umfeld hat im Vorfeld der Kandidatur nur bei einer Minderheit (38,8%) als Ratgeber eine Rolle gespielt.
- Dabei war das nähere betriebliche und gewerkschaftliche Umfeld bei etwas mehr als 25% der Befragten maßgeblicher als übergeordnete Stellen (13%).
- Der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten MdB (46,7%) hatte andere Ratgeber.
- Keine Ratgeber hatten 33,3%.
- Für die sozialdemokratischen Abgeordneten (41,3%) spielten die gewerkschaftlichen Ratgeber eine größere Rolle als für die MdB der Linken (33,4%).
- Dabei rekurrten die MdB der SPD auch mehr auf das betriebliche Umfeld (27,4%) als die Abgeordneten der Linken (20,0%).

16. Konsultation Gewerkschaftsvorstand

Frage 16:

Auf welcher Ebene haben Sie den Gewerkschaftsvorstand konsultiert?

Tabelle 16: Konsultation von Gewerkschaftsvorständen

	Gesamt	%
Bund	4	4,3
Bezirk	2	2,2
Region/Verwaltungsstelle	5	5,4

- Regelrecht konsultiert wurden übergeordnete Gewerkschaftsvorstände im Vorfeld der Kandidatur nur von 11,9% der Befragten.
- Die Bundesebene wurde von vier MdB konsultiert.

Zu berücksichtigen ist, dass einige der Befragten Mitglieder dieser Gremien waren, also Kollegen konsultiert hat.

Übergeordnete Gewerkschaftsvorstände wurden ausschließlich von sozialdemokratischen Abgeordneten konsultiert.

17. Rolle übergeordneter Gremien

Frage 17

Welche Rolle haben bei Ihrer Kandidatur übergeordnete Gremien Ihrer Gewerkschaft gespielt?

Tabelle 17: Unterstützung durch Gewerkschaftsgremien

	Bund		Bezirk		Region/ Verwaltungsstelle	
	Ge- samt	%	Ge- samt	%	Ge- samt	%
Man hat mich sehr unterstützt.	2	2,2	6	6,5	11	11,8
SPD	2	2,8	4	5,6	8	11,1
Die Linke	0	0	2	13,3	2	13,3
Man hat mich unterstützt.	10	10,8	16	17,2	26	28,0
SPD	8	11,1	16	22,2	26	36,1
Die Linke	1	6,7	0	0	0	0
Man hat es zur Kenntnis genommen.	18	19,4	19	20,4	20	21,5
SPD	15	20,8	14	19,4	13	18,1
Die Linke	1	6,7	3	20,0	5	33,3
Man stand dem gleichgültig gegenüber.	9	9,7	6	6,5	9	9,7
SPD	6	8,3	4	5,6	7	9,7
Die Linke	3	20,0	2	13,3	2	13,3
Man war dagegen.	0	0	2	2,2	1	1,1
SPD	0	0	1	1,4	0	0
Die Linke	0	0	1	6,7	0	0
Man hat nichts davon gewusst.	30	32,3	21	22,6	12	12,9
SPD	24	33,3	16	22,2	6	8,3
Die Linke	5	33,3	4	26,7	5	33,3

Auf allen Ebenen der Gewerkschaft überwiegt die distanzierte bis gleichgültige Haltung der Gremien gegenüber den Kandidaturambitionen von Mitgliedern. Dabei ist die Unterstützung auf regionalen Ebenen höher als auf zentralen.

- Immerhin 40% der Befragten berichten von Unterstützung auf regionaler Ebene,
- 23,7% wurden auf Bezirksebene unterstützt,
- aber nur 13% auf Bundesebene.

Die Unterstützung ist für die MdB der Linken insgesamt viel geringer als für die SPD.

- Zwar erfuhren auf der Ebene des Bezirkes und der Region jeweils 13,3% der Abgeordneten starke Unterstützung durch Gewerkschaftsgremien, auf Bezirksebene ist der Anteil doppelt so hoch wie bei der SPD (5,6%).
- Aber ansonsten wurden auf Bundesebene 11,1%, auf Bezirksebene 22,2% und auf regionaler Ebene 28,0% der MdB der SPD unterstützt, während ein einziger MdB der Linken von Unterstützung berichtet.

- Besonders fällt auf, dass gerade auf der regionalen Ebene die Anteile der MdB der Linken, deren Kandidatur lediglich zur Kenntnis genommen wurde (33,3%), auf gleichgültige Reaktionen stieß (13,3%) oder überhaupt nicht bekannt war (33,3%), jeweils weitaus höher sind als die entsprechenden Anteile bei den sozialdemokratischen MdB.

18. Bedeutung von Partei- und Gewerkschaftsarbeit

Frage 18

Welche Bedeutung hatten Ihre Partei- und Gewerkschaftsarbeit für Ihren Weg in den Deutschen Bundestag?

Tabelle 18: Bedeutung der Partei- und Gewerkschaftsarbeit für den Weg zum Mandat

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
vor allem Parteiarbeit entscheidend	61	65,6	47	65,2	8	53,3
Parteiarbeit wichtiger	16	17,2	15	20,8	1	6,7
Partei- und Gewerkschaftsarbeit gleich wichtig	10	10,8	7	9,7	3	20,0
Gewerkschaftsarbeit wichtiger	2	2,2	2	2,8	0	0
vor allem Gewerkschaftsarbeit entscheidend	1	1,1	0	0	1	6,7
keine Antwort	3	3,2	1	1,4	2	13,3
	93	100,1	72	99,9	15	

Die Bedeutung der Parteiarbeit ist für den Weg in den Deutschen Bundestag erheblich höher als die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit. Dies sagen 82,7% der Befragten.

- Summa summarum war die Parteiarbeit für die Abgeordneten der SPD noch wichtiger (86%) als für die MdB der Linken (60%).
- Ein einziger Abgeordneter der Linken hält für seine Kandidatur vor allem die Gewerkschaftsarbeit für entscheidend.

19. Vereinbarkeit von Bundestagsmandat und Gewerkschaftsaktivitäten

Frage 19

Kann man ein Bundestagsmandat wahrnehmen und gleichzeitig noch ein/e aktive/r Gewerkschafter/in sein?

Tabelle 19: Vereinbarkeit von Bundestagsmandat und Gewerkschaftsaktivitäten

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
ja unbedingt	5	5,4	2	2,8	3	20,0
ja kein Problem	27	29,0	22	30,6	3	20,0
es geht, fällt mitunter schwer	39	41,9	31	43,1	5	33,3
nein, Funktionen widersprechen sich zu sehr	2	2,2	1	1,4	0	0
nein, man kann nur das eine oder andere sein	12	12,9	8	11,1	4	26,7
keine Antwort	8	8,6	8	11,1	0	0
	93	100	72	100,1	15	100

Über ein Drittel der befragten MdB (34,4%) hält das Bundestagsmandat mit Gewerkschaftsaktivitäten für gut vereinbar, 15,1% dagegen nicht. Dem größten Anteil der Befragten (41,9%) fällt die Vereinbarkeit der beiden Funktionen mitunter schwer.

Die Meinungen zu dieser Frage gehen innerhalb der Linken weitaus stärker auseinander als bei der SPD, sind aber auch entschiedener.

- Während insgesamt 33,4% der sozialdemokratischen Abgeordneten von einer Vereinbarkeit von Bundestagsmandat und Gewerkschaftsaktivitäten ausgeht, sind es bei den MdB der Linken sogar 40%.
- Dafür halten 26,7% der linken MdB beide Funktionen für unvereinbar, während es bei der SPD nur 12,6% sind.
- Nur 33% der linken MdB fällt – in der Opposition – die Vereinbarkeit mitunter schwer, aber 43,1% ihrer sozialdemokratischen Kollegen im Regierungslager.

20. Eigenschaften aktiver Gewerkschafter

Frage 20

Welche Eigenschaften kann man einem/einer “aktiven” Gewerkschafter/in im Bundestag zuschreiben?

Tabelle 20: Eigenschaften eines/r “aktiven” Gewerkschafter/in im Bundestag

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
fühlt sich gewerkschaftlichen Positionen verbunden	60	64,5	44	61,1	11	73,3
hält Kontakt mit den Vorständen seiner Organisation	47	50,5	40	55,6	3	20,0
lädt Gewerkschafter/innen und Betriebsräte/innen und Personalräte/innen in den Bundestag ein	35	37,6	25	34,7	9	60,0
vertritt gewerkschaftliche Positionen im Deutschen Bundestag	32	34,4	20	27,8	11	73,3
besucht regelmäßig Gewerkschaftsveranstaltungen	24	25,8	20	27,8	3	20,0
hält Kontakt mit den Kollegen/Kolleginnen seines Betriebs	19	20,4	14	19,4	4	26,7
liest regelmäßig die Gewerkschaftspresse	18	19,4	15	20,8	3	20,0
hat noch gewerkschaftliche Ämter und Funktionen inne	8	8,6	7	9,7	1	6,7
Anderes/Sonstiges	2	2,2	2	2,8	0	0

- 64,5% der befragten gewerkschaftlich organisierten MdB halten für die wichtigste Eigenschaft eines aktiven Gewerkschafters, sich gewerkschaftlichen Positionen verbunden zu fühlen.
- Für 50,5% ist die wichtigste Aktivisteneigenschaft, den Kontakt zu den Vorständen der eigenen Organisation zu halten.
- Gewerkschaftliche Positionen im Bundestag tatsächlich zu vertreten, gilt dagegen 34,4% als eine wichtige Eigenschaft.
- Basiskontakte werden für noch weniger bedeutend gehalten: 25,8% der Befragten ist es wichtig, regelmäßig Gewerkschaftsveranstaltungen zu besuchen, 20,4% Kontakt mit den Kollegen des (ehemaligen) Betriebs zu halten.

Die Eigenschaften eines aktiven Gewerkschafters im Bundestag werden also vor allem auf der Ebene der Politik, der Programmatik und der politischen Beziehungen angesiedelt und weniger auf der Ebene der soziale Beziehungen, des Kontaktes zur Basis.

Die Abgeordneten der SPD und der Linken schreiben Gewerkschaftern im Bundestag durchaus unterschiedliche Aktivitätsprofile zu.

- Mehr als die Sozialdemokraten (61,1%) betonen die MdB der Linken (73,3%) die Verbundenheit mit gewerkschaftlichen Positionen.
- Noch mehr halten die linken MdB (73,3%) es für eine wichtige Eigenschaft, gewerkschaftliche Positionen im Bundestag zu vertreten. Dagegen sehen das nur 27,8% der sozialdemokratischen MdB so.
- Einladungen an Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte halten 34,7% der SPD-MdB für wichtig, dagegen 60% der MdB der Linken.
- Umgekehrt sind 55,6% der Sozialdemokraten aber nur 20,0% der MdB der Linken der Meinung, es gehöre zu den wichtigen Eigenschaften von Gewerkschaftern im Bundestag, Kontakt zu den Vorständen der eigenen Organisation zu halten.

21. Teilnahme am Gewerkschaftsleben

Frage 21

Nehmen Sie noch aktiv am Gewerkschaftsleben teil?

Tabelle 21: Aktive Teilnahme am Gewerkschaftsleben

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
ja, sehr aktiv	5	5,4	4	5,6	1	6,7
aktiv	7	7,5	5	6,9	2	13,3
gelegentlich aktiv	34	36,6	28	38,9	5	33,3
kaum aktiv	32	34,4	24	33,3	4	26,7
nein, überhaupt nicht aktiv	15	16,1	11	15,3	3	20,0
	93	100	72	100	15	100

- Aktiv am Gewerkschaftsleben nimmt nur eine Minderheit der MdB (12,9%) teil.
- Als kaum bis nicht aktiv bezeichnen sich dagegen etwas über 50%.

Auffällig ist die überproportionale Beteiligung der MdB der Linkspartei.

- 20% gaben an, noch besonders aktiv zu sein, gegenüber 12,5% der SPD-Abgeordneten.
- Andererseits unterscheiden sich die Anteile der inaktiven MdB mit 48,6% bei der SPD-Fraktion und 46,7% bei der Fraktion der Linken kaum.

22. Hinderungsgründe für aktive Gewerkschaftsarbeit

Frage 22

Was hindert Abgeordnete an aktiver Gewerkschaftsarbeit?

Tabelle 22: Hinderungsgründe für aktive Gewerkschaftsarbeit

	Gesamt	%
Zeitmangel	49	52,7
mit Politik voll ausgelastet	47	50,6
nicht mehr Interessenvertreter/in	5	5,4
es gibt nur ein entweder/oder	4	4,3
Kontaktverlust	2	2,2
politische Differenzen	0	0
nie aktiv gewesen	28	30,1

Als Gründe dafür geben die gewerkschaftlich organisierten MdB

- Zeitmangel (52,7%) an und die
- volle Auslastung durch die Politik (50,6%).
- 30,1% waren auch vorher nicht aktiv.

23. Selbstverständnis

Frage 23

Wie deuten Sie sich und ihre Rolle im Bundestag?

Tabelle 23: Selbstverständnis

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
vor allem Gewerkschafter/in	4	4,3	2	2,8	2	13,3
mehr Gewerkschafter/in als Parteipolitiker/in	0	0	0	0	0	0
keine Probleme, beide Rollen zu vereinbaren	36	38,7	28	38,9	8	53,3
mehr Parteipolitiker/in als Gewerkschafter/in	47	50,4	37	51,4	4	26,7
vor allem Parteipolitiker/in	3	3,2	2	2,8	1	6,7
keine Antwort	3	3,2	3	4,2	0	0
	93	99,8	72	100,1	15	100

- Die Mehrheit der MdB (53,6%) deutet sich mehr als Parteipolitiker und nicht als Gewerkschafter. 38,7% halten beide Rollen für vereinbar.
- Nur vier MdB (4,3%) sehen sich selbst vor allem als Gewerkschafter.
- Aber auch nur drei Abgeordnete (3,2%) verstehen sich als reine Parteipolitiker.

Doch haben die Abgeordneten der SPD und der Linken durchaus ein unterschiedliches Selbstverständnis und deuten die Abgeordnetenrolle unterschiedlich aus.

- Bei der Linken hat eine Mehrheit (53,3%) keine Probleme, beide Rollen zu vereinbaren. Das kann bei der SPD – wie unter den Abgeordneten generell – nur eine Minderheit (38,9%).
- Die Mehrheit der Sozialdemokraten (54,2%) sieht sich mehr oder vor allem als Parteipolitiker. Bei der Linken sieht sich dagegen so nur eine Minderheit (33,4%).
- Von den MdB, die sich vor allem als Gewerkschafter verstehen, kommen zwei von der SPD und zwei von der Linken.
- Und von den Abgeordneten, die sich vor allem als Parteipolitiker sehen, sind zwei in der SPD-Fraktion und einer in der Linksfraktion.

24. Schwerpunktthemen der Parlamentsarbeit

Frage 24

Was sind die wichtigsten Einzelthemen, die Sie derzeit im Bundestag bearbeiten?⁵

Tabelle 24: Schwerpunktthemen der Parlamentsarbeit

Thema 1	Thema 2	Thema 3
Öffentlichkeitsarbeit	1 Öffentlich finanzierte Beschäftigung	1 Östliche Partnerschaft
Afghanistan	3 Abrüstung	2 Abfallwirtschaft
Antikrisenpolitik – Industriepolitik	1 Agrarmarketing	1 Access Blocking
Arbeit und Soziales	1 Übergang Schule/Beruf	1 Überschuldung
Arbeitsrecht	1 Arbeit im ländlichen Raum	1 Arbeit & Umwelt
Atomausstieg	1 Arbeitnehmerdatenschutz	1 Arbeitnehmerdatenschutz
Außen und Sicherheitspolitik	1 Arbeitsmarktpolitik	1 Arbeitnehmerfreizügigkeit
Außenpolitik	1 Arbeitsplätze	1 Arbeitsmarkt
Ausbildungsplatzsituation	1 Arbeitsplatzsicherung	1 Arbeitsmarktpolitik
Auslandseinsätze der Bundeswehr	1 Argon	1 Arbeitsmigration
Bahn	1 Armut/Reichtum	1 Ausbildungsfragen
Baupolitik	1 Außenpolitik (vor allem Maghreb/Naher Osten)	1 auswärtige Kulturpolitik
Berufliche Bildung	1 Außenwirtschaftspolitik	1 Bahnlärmsanierung
Beschäftigungspolitik	1 Ausbau des Tourismus und der Wirtschaftskontakte zu Taiwan	1 Beschäftigungspolitik
Bevölkerungs-Katastrophenschutz	1 Bürgerschaftliches Engagement	1 Bombodrom
Bildung	2 Beamtenrecht	1 CCS
Bildung und Forschung	1 Bekämpfung Schwarzarbeit	1 Energie

5 In der Online-Erhebung hatten die Abgeordneten drei Felder zur Verfügung, die sie ohne Antwortvorgaben ausfüllen konnten. Die Antworten wurden gespeichert, in späteren Fragen wieder aufgegriffen und den MdB zur Erinnerung eingeblendet (Fragen 25, 33, 34). Um die vielfältige Fachkompetenz der gewerkschaftlich organisierten MdB und die Breite ihrer Themenpalette zu dokumentieren, werden die Themen in Tabelle 24 nicht weiter zusammengefasst. Kriterien für die sachgerechte Bündelung der Themen liefern beispielsweise die Aufgabenbereiche der Ausschüsse. Doch reproduziert dies im Wesentlichen auf thematischer Ebene nur die Verteilung der MdB auf die Ausschüsse. Hingewiesen wird auf klassische **Gewerkschaftsthemen** und **aktuelle Themen der Finanz- und Wirtschaftskrise**.

Thema 1	Thema 2	Thema 3
Bildung/Ausbildung	1 Bildung	1 Energieaußenpolitik
Bundeswehr im Ausland	1 Bildungspolitik international	1 Entsendezgesetz
Bundeswehreinsätze	1 China	1 Erneuerbare Energien
Datenschutz	2 Datenschutz	1 Europäische Themen
Energiepolitik	2 Demokratie in der Wirtschaft; Mitbestimmung in Europa	1 Finanzkrise
Entwicklung in Osteuropa	1 Energie	1 Finanzmarktregulierung
Erbchaftsteuer	1 Entgeltdiskriminierung	1 Frauen und Jugend
Europäische Einigung	1 Ernährung	1 Gesundheit
Europapolitik	2 Erwachsenen- und Weiterbildung	1 Gesundheitspolitik
Existenzsichernde Arbeit in der Landwirtschaft	1 Erwerbsminderung	1 Haushalt
Föderalismusreform II	1 EU-Beitrittsverhandlungen Türkei	1 ILO-Vereinbarungen/Umsetzung
Familie	2 Europa	1 Infrastruktur (Straße, Breitband)
Finanzielle Sicherung der sozialen Systeme	1 Föderalismus II	1 Innere Angelegenheiten des Parlaments
Finanzkrise	1 Föderalismuskommission II	1 Innere Sicherheit
Finanzmarkt	1 Finanzen	2 Internationale Wirtschaftspolitik/Globalisierung
Finanzmarktkrise	1 Finanzkrise	1 Jugendschutz
Finanzmarktregulierung	1 Finanzmarktkrise	1 Katastrophenschutz
Finanzmarktstabilisierung	1 Forschung	2 Kinder und Familien
Folgen von Liberalisierung und Privatisierung in Netzwirtschaften	1 gerechte Bildungschancen	1 Kontrolle Geheimdienst
Forschung	1 Gesundheit	1 Korrektur Rente mit 67
Forschungsförderung/Wissenszugang	1 Gesundheitspolitik	1 Krisenbekämpfung
Frauen- und Gleichstellungspolitik	1 Gremienbesetzung	1 Lärmschutz

Thema 1		Thema 2		Thema 3	
Gesundheit	1	Haushalt	2	Lebensmittelkennzeichnung - Gentechnik	1
Gesundheitliche Prävention	1	Humane Arbeitswelt	1	Lissabon-Strategie	1
Gesundheitsfonds	1	Humanisierung von Arbeitsplätzen	1	Migration	1
Gesundheitspolitik	1	Illegale Beschäftigung	1	Mindestlöhne	1
Grenzüberschreitende Dienstleistung	1	Innere Sicherheit	1	Mindestlöhne (tariflich)	1
Hartz IV/Erwerbslosenversicherung	1	Kinderrechte in die Verfassung	1	Mindestlohn	1
Haushalt Entwicklungspolitik	1	Klimaschutz	1	Mitbestimmung	1
Haushalts- und Finanzpolitik	1	Krisenprävention	1	Nachhaltigkeit	1
Haushaltspolitik	1	Kritik an Auslandseinsätzen der Bundeswehr	1	Neue Medien/Informationstechnologien	1
Hochschulpolitik	1	Landesfragen NRW	1	Pakistan	1
JLE-Bypass	1	Lateinamerika	1	Patientenverfügung	1
Kinder- und Jugendpolitik	1	Leiharbeit	1	Programmatische Weiterentwicklung meiner Partei	1
Kinderarmut	1	Lobbyismus	1	Rüstungsexportkontrolle	1
Klima	1	Mandate der Bundeswehr	1	Rechtsextremismus	1
Klimaschutz	1	Medienpolitik	1	Rehabilitierung Kriegsverräter	1
Kommunalpolitik	1	Mindestlohn	4	Rente	1
Konjunktur/Beschäftigung	1	Mutterschutz-Richtlinie	1	Rentenreform	1
Konjunkturpakete	1	Nachwuchsförderung	1	Seniorenpolitik	1
Kritik an Aufrüstung	1	Naher und Mittlerer Osten	1	Sicherung von Arbeitsplätzen	1
Managergehälter begrenzen	1	NATO-Strategie	1	Soziale Sicherung international /Gestaltung Globalisierung	1
Mindestlöhne	1	Pflege	1	Sport	1
Mindestlohn	3	Rechnungsprüfung – Ausschussvorsitzender	1	Steuerpolitik	2
Mindestlohn in der Ernährungswirtschaft	1	Regulierung der Finanzmärkte/"bad banks"	1	Technologie	1

Thema 1		Thema 2		Thema 3	
Naher Osten	1	Renteneintrittsalter	1	Transatlantisches Verhältnis	1
Neuorganisation der Flugsicherung	1	Ressourceneffizienz	1	Unfallversicherungsschutz	1
Pflegeversicherung	1	Senioren	1	Verbraucherschutz	1
Reform der Geheimdienstkontrolle	1	Sozial- und Arbeitnehmerpolitik	1	Verteilungsfragen	1
Reformationsjubiläum 2017	1	Stärkung des Vorhabens "Qualität der Arbeit"	1	Waffenrecht	1
Regionale Strukturpolitik	1	Steuerhinterziehung	1	Weiterbildung	1
Rente	1	Transatlantische Beziehungen	1	Wirtschaft	1
Rentenpolitik	1	Verbraucherpolitik	1	Zivile Friedensförderung	1
Schuldenbremse/Bund-Länder-Finanzbeziehungen	1	Verkehr und Umwelt	1	Zivile Konfliktbearbeitung	1
Schwangerschaftskonfliktberatung	1	Verkehrspolitik	1	Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates	1
Sicherheits- und Abrüstungspolitik	1	Verkehrsprojekte allgemein	1		
Soziale Gestaltung der Globalisierung	1	Wahlrecht und Einbürgerung	1		
Soziales Europa	1	Weiterbildung	1		
Soziales Europa; einheitliche Sozialstandards	1	Wirtschaftskrise und Gegenmaßnahmen	1		
Steuern	1	Zukunftsinvestitionsprogramm	1		
Verbraucherschutz	1				
Verkehrspolitik, Bau- und Stadtentwicklung	1				
Verteidigungs- und Sicherheitspolitik	1				
Wirtschaftskrise	1				
Keine Antwort	3	Keine Antwort	9	Keine Antwort	16
Gesamt	93	Gesamt	93	Gesamt	93

Die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten befassen sich entsprechend ihrer Mitgliedschaft in bestimmten Bundestagsausschüssen mit vielfältigen Themen, die die breite Themenpalette der parlamentarischen Arbeit widerspiegeln. Sie verfügen über ein weit aufgefächertes Spektrum an fachlichen Kompetenzen. Allerdings beschäftigt sich nur eine Minderheit mit den Themen, die unmittelbar für die Alltagspraxis der Gewerkschaften relevant sind. Sie werden vor allem im Ausschuss für Arbeit und Soziales behandelt. Einige MdB widmen sich insbesondere im Finanzausschuss der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Von den 254 unterschiedlichen Themen, die genannt wurden, sind 56 (22%) gewerkschaftlich relevante Themen im engeren Sinne. 13 Themen (5,1%) haben Bezug zur Finanzkrise. Siebenmal (5,1%) wird das Thema Mindestlöhne als Gegenstand der parlamentarischen Arbeit von MdB genannt. Ein einziges MdB beschäftigt sich mit der Mitbestimmung, das es als drittes Thema aufgeführt hat. Mit Fragen der Betriebsverfassung hat sich in der 16. Legislaturperiode niemand beschäftigt.

25. Vorerfahrung mit den Themen

Frage 25

Haben Sie sich mit den genannten Themen, die Sie als MdB bearbeiten, auch schon in Ihrer Gewerkschaftsarbeit befasst?

Tabelle 25: Vorerfahrungen mit Themen der Bundestagsarbeit

	Thema 1		Thema 2		Thema 3	
	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%
überwiegend	8	8,6	3	3,2	5	5,4
mehrheitlich	12	12,9	15	16,1	9	9,7
teilweise	19	20,4	19	20,4	16	17,2
manchmal	14	15,1	14	15,1	9	9,7
überhaupt nicht	30	32,3	28	30,1	34	36,6
keine Antwort	10	10,8	14	15,1	20	21,5
	93	100,1	93	100	93	100,1

- Durchschnittlich nur 5,7% der MdB haben sich mit den drei wichtigsten Themen, die sie bearbeiten, überwiegend auch schon in der Gewerkschaftsarbeit befasst.
- 19,4% aller MdB hatten im Durchschnitt bei ihren drei Themen teilweise Vorerfahrungen.
- Durchschnittlich 30,6% aller befragten MdB hatten bei keinem ihrer Themen irgendeine Vorerfahrung.

26. Nutzen der Gewerkschaftserfahrung

Frage 26

Helfen Ihnen Ihre Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit bei der Ausübung des Mandats?

Tabelle 26: Nutzen der Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit

	Gesamt	%
überwiegend nützlich	15	16,1
mehrheitlich	12	12,9
teilweise	15	16,1
manchmal	18	19,4
wenig nützlich	26	28,0
keine Antwort	7	7,5
	93	100

- Für die Ausübung des Mandats sind die Vorerfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit für 29% der befragten MdB überwiegend oder mehrheitlich nützlich.
- Dagegen halten sie 47,4% für nur manchmal oder wenig nützlich.

27. Maßgaben für politisches Handeln

Frage 27

Abgeordnete sind ihrem Gewissen verantwortlich. Was ist für Ihr politisches Handeln maßgeblich?

Tabelle 27: Maßgaben für politisches Handeln im Bundestag

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
Parteiprogramm	53	57,0	43	59,7	7	46,7
Interessen der Wählerinnen und Wähler	44	47,3	33	45,8	8	53,3
Fraktionsbeschlüsse	36	38,7	34	47,2	1	6,7
Interessen des Wahlkreises	29	31,2	26	36,1	2	13,3
Wissenschaftliche Analysen	23	24,7	14	19,4	8	53,3
Positionen von Sozialverbänden	13	14,0	11	15,3	1	6,7
Gewerkschaftsprogramm	12	12,9	8	11,1	4	26,7
Koalitionsvereinbarungen	10	10,8	10	13,9	0	0
Interessen von Kolleginnen und Kollegen	6	6,5	5	6,9	1	6,7
Positionen von Wirtschaftsverbänden	1	1,1	0	0	0	0
Positionen der Kirchen	0	0	0	0	0	0
Anderes/Sonstiges	15	16,1	8	11,1	5	33,3

Die Parteiprogrammatik ist für 57% der gewerkschaftlich organisierten MdB wichtig, die Gewerkschaftsprogramm dagegen nur für 12,9%.

- Fraktionsbeschlüsse (38,7) sind wichtiger als Koalitionsvereinbarungen (10,8%).
- Die Interessen der Wählerinnen und Wähler (47,3%) und die Interessen des Wahlkreises (31,2%) sind wichtiger als die Interessen von Kolleginnen und Kollegen (6,5%).

Politische Verpflichtungen und Bindungen dominieren also gewerkschaftliche Verpflichtungen und Bindungen.

Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen SPD und Linkspartei.

- Auch bei der Linkspartei ist die Parteiprogrammatik wichtiger als die Gewerkschaftsbeschlüsse. Doch erklären immerhin 26,7% die Gewerkschaftsprogramm für handlungsleitend, aber nur 46,7% die Parteiprogrammatik.
- Die Mehrheit der MdB der Linken erklärt die Interessen der Wählerinnen und Wähler sogar noch für wichtiger als die Parteiprogrammatik.
- Da die Linken über weitaus weniger Wahlkreise verfügen als die Sozialdemokraten, sind ihnen dagegen auch die Interessen des Wahlkreises weniger wichtig.
- Besonders auffällig ist die ungleich stärkere Orientierung der MdB der Linken an wissenschaftlichen Analysen. 53,3% erklären derartige Analysen für maßgeblich, dagegen nur 19,4% der Sozialdemokraten.

28. Bedeutung gewerkschaftlicher Programme und Beschlüsse

Frage 28

Welche Rolle spielen für Sie in Ihrer Arbeit im Bundestag gewerkschaftliche Positionen (Programme, Beschlüsse)?

Tabelle 28: Bedeutung gewerkschaftlicher Positionen für die Arbeit im Bundestag

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
sind maßgeblich	1	1,1	1	1,4	0	0
spielen wichtige Rolle	40	43,0	28	38,9	12	80,0
werden berücksichtigt, wenn es geht	50	53,8	42	58,3	3	20,0
spielen untergeordnete Rolle	1	1,1	1	1,4	0	0
sind nicht maßgeblich	1	1,1	0	0	0	0
	93	100,1	72	100	15	100

- Gewerkschaftliche Programme und Beschlüsse sind für 44,1% der befragten MdB maßgeblich oder spielen eine wichtige Rolle.
- Nur zwei Abgeordnete messen ihnen eine untergeordnete Rolle bei oder halten sie für nicht maßgeblich.
- Die Mehrheit (53,8%) berücksichtigt sie, wenn es geht.
- Für die MdB der Linken haben gewerkschaftliche Beschlüsse eine erheblich höhere Bedeutung als für die Abgeordneten der SPD. Für 80% der MdB der Linken spielen gewerkschaftliche Beschlüsse eine wichtige Rolle, dagegen nur für 38,9% der sozialdemokratischen Abgeordneten.
- Nur für einen einzigen MdB der SPD spielen gewerkschaftliche Positionen nur eine untergeordnete Rolle.

29. Verhältnis zwischen Fraktion und eigener Gewerkschaft

Frage 29

Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und Ihrer Gewerkschaft

Tabelle 29: Verhältnis zwischen der Fraktion und der eigenen Gewerkschaft

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
ausgezeichnet, könnte nicht besser sein	2	2,2	2	2,8	0	0
gut, muss nicht verbessert werden	34	36,6	27	37,5	6	40,0
mittelmäßig, sollte verbessert werden	55	59,1	43	58,3	8	53,3
schlecht, muss stark verbessert werden	2	2,2	1	1,4	1	6,7
zerrüttet	0	0	0	0	0	0
	93	100,1	72	100	15	100

- Nur zwei von 93 MdB halten das Verhältnis zwischen ihrer Fraktion ihrer Gewerkschaft für so schlecht, dass es stark verbessert werden muss.
- Kein einziger MdB spricht davon, dass es zerrüttet ist.
- Umgekehrt ist das Verhältnis auch nur für zwei MdB ausgezeichnet und könnte nicht besser sein. Immerhin halten 36,6% die Beziehungen für so gut, dass sie nicht verbesserungswürdig erscheinen. Aber 59,1% halten das Verhältnis zwischen ihrer Fraktion und ihrer Gewerkschaft für mittelmäßig. Es sollte deshalb verbessert werden.

Hier sind die Unterschiede zwischen SPD und Linkspartei eher geringfügig:

- 37,5% der MdB der SPD und 40% der Linken halten das Verhältnis zwischen ihrer Fraktion und der eigenen Gewerkschaft für so gut, dass es nicht verbessert werden muss.
- 58,3% der SPD-MdB und 53,3% der Abgeordneten der Linken halten das Verhältnis dagegen für verbesserungswürdig.

30. Verhältnis zwischen Fraktion und DGB

Frage 30

Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und dem DGB?

Tabelle 30: Verhältnis zwischen Fraktion und DGB

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
ausgezeichnet, könnte nicht besser sein	2	2,2	2	2,8	0	0
gut, muss nicht verbessert werden	27	29,0	25	34,7	1	6,7
mittelmäßig, sollte verbessert werden	60	64,5	43	59,7	12	80,0
schlecht, muss stark verbessert werden	3	3,2	1	1,4	2	13,3
zerrüttet	0	0	0	0	0	0
keine Antwort	1	1,1	1	1,4	0	0
	93	100	72	100	15	100

- Ebenfalls nur zwei MdB halten auch das Verhältnis ihrer Fraktion zum DGB für ausgezeichnet.
- Insgesamt 31,1% halten die Beziehungen für nicht verbesserungsbedürftig.
- Aber 67,7% wünschen sich eine Verbesserung.

Die Beziehungen ihrer Fraktion zum DGB schätzen SPD und Linke durchaus verschieden ein:

- 34,7% der SPD-MdB bezeichnen diese Beziehungen als gut, dagegen nur ein einziger MdB der Linken.
- 60,6% der SPD-MdB halten Verbesserungen für notwendig, aber sogar 80% der Abgeordneten der Linken.

Tabelle 30a: Verhältnis zwischen Fraktion, eigener Gewerkschaft und DGB (Vergleich)

	Eigene Gewerkschaft		DGB	
	% SPD	% Linke	% SPD	% Linke
ausgezeichnet, könnte nicht besser sein	2,8	0	2,8	0
gut, muss nicht verbessert werden	37,5	40,0	34,7	6,7
mittelmäßig, sollte verbessert werden	58,3	53,3	59,7	80,0
schlecht, muss stark verbessert werden	1,4	6,7	1,4	13,3
zerrüttet	0	0	0	0
keine Antwort	0	0	1,4	0
	100	100	100	100

Die Abgeordneten der Linken gehen von einem weitaus besseren Verhältnis zu ihrer Einzelgewerkschaft als zum DGB aus. Sie schätzen ihre Beziehungen zu ihren Einzelgewerkschaften so positiv ein als die sozialdemokratischen Abgeordneten, ihre Beziehungen zum DGB dagegen als schlechter. Die sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen beurteilen die Beziehungen zu ihrer Einzelgewerkschaft und zum DGB als gleich gut.

31. Informationspraxis des DGB

Frage 31

Werden Sie vom DGB gut informiert?

Tabelle 31: Qualität der Information durch den DGB

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
sehr gut	7	7,5	7	9,7	0	0
gut	42	45,2	32	44,4	6	40,0
es geht	34	36,6	26	36,1	6	40,0
schlecht	6	6,5	5	6,9	1	6,7
sehr schlecht	2	2,2	0	0	2	13,3
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100,2	72	99,9	15	100

- Insgesamt fühlt sich die Mehrheit (52,7%) der MdB vom DGB gut bis ordentlich informiert.
- Schlechte Information beklagen lediglich 8,7% der Befragten.
- Darüber hinaus halten aber 36,6% den Informationsfluss für verbesserungswürdig.
- 20% der linken MdB fühlen sich schlecht informiert und 40% gut,
- während nur 6,9% der sozialdemokratischen Abgeordneten mangelhafte Information monieren, aber 54,1% zufrieden sind.

32. Informationspraxis der Einzelgewerkschaften

Frage 32

Werden Sie von Ihrer Gewerkschaft gut informiert?

Tabelle 32: Qualität der Information durch die eigene Gewerkschaft

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
sehr gut	14	15,1	11	15,3	2	13,3
gut	35	37,6	23	31,9	8	53,3
es geht	27	29,0	23	31,9	3	20,0
schlecht	12	12,9	10	13,9	2	13,3
sehr schlecht	3	3,2	3	4,2	0	0
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100	72	100	15	99,9

- Auch von den Einzelgewerkschaften werden die MdB gut informiert, wie die Mehrheit (52,7%) betont. Der Anteil der MdB, der sich von seiner Einzelgewerkschaft sehr gut informiert fühlt, ist dabei mit 15,1% mehr als doppelt so hoch als der Anteil der MdB, der mit der Informationspraxis des DGB sehr zufrieden ist.
- Dagegen beklagen immerhin 16,1% einen schlechten Informationsfluss, also doppelt so viele wie gegenüber dem DGB.
- Außerdem wünschen sich 29% Verbesserungen.

Eine starke Minderheit von MdB wünscht sich also sowohl vom DGB als auch von den Einzelgewerkschaften bessere Informationen.

- Besonders hoch ist der Anteil der linken MdB, die mit der Informationspraxis ihrer Gewerkschaft zufrieden sind, immerhin 66,6%.
- Bei der SPD-Fraktion sind es nur 46,4%.
- Einen schlechten Informationsfluss beklagen 18,1% der Sozialdemokraten, aber nur 13,1% der Linken.

Fast die Hälfte aller sozialdemokratischen MdB hält eine Verbesserung der Informationspraxis ihrer Gewerkschaft für erforderlich. Im Vergleich halten vor allem die MdB der Linken die Informationspraxis des DGB für erheblich mehr verbesserungsbedürftig als die ihrer Einzelgewerkschaft.

33. Übereinstimmung mit Gewerkschaften

Frage 33

In welchem Ihrer Themen stimmen Sie mit Ihrer Gewerkschaft überein?

Tabelle 33: Politisch-inhaltliche Übereinstimmung mit Gewerkschaften

	Thema 1		Thema 2		Thema 3	
	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%
vollständig	19	20,4	21	22,6	19	20,4
mehrheitlich	38	40,9	32	34,4	24	25,8
teilweise	15	16,1	18	19,4	19	20,4
kaum	7	7,5	6	6,5	5	5,4
überhaupt nicht	1	1,1	2	2,2	3	3,2
keine Antwort	13	14,0	14	15,1	23	24,7
	93	100	93	100,2	93	99,9

- Bei der Bearbeitung von zwei ihrer drei wichtigsten Themen stimmt die Mehrheit der MdB (61,3% bzw. 57%) politisch-inhaltlich mit den Gewerkschaften überein.
- Beim dritten Thema sind es immerhin 46,2%, die Übereinstimmung feststellen.
- Dagegen wird bei allen drei Themen jeweils von weniger als zehn Prozent ein deutlicher Dissens formuliert.

Bei allen Themen überwiegt die politisch-inhaltliche Übereinstimmung die Gegensätze.

34. Übereinstimmung mit Gewerkschaften und Partei (Vergleich)

Frage 34

Stimmen Sie in diesen Politikfeldern mehr mit Ihrer Partei oder mehr mit Ihrer Gewerkschaft überein?

Tabelle 34: Politisch-inhaltliche Übereinstimmung mit Gewerkschaften und Partei (Vergleich)

	Thema 1		Thema 2		Thema 3	
	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%
überwiegend mit Partei	23	24,7	17	18,3	16	17,2
mehr mit Partei	20	21,5	19	20,4	21	22,6
etwa gleich	29	31,2	32	34,4	26	28,0
mehr mit Gewerkschaft	3	3,2	2	2,3	2	2,2
überwiegend mit Gewerkschaft	4	4,3	4	4,3	3	3,2
keine Antwort	14	15,1	19	20,4	25	26,9
	93	100	93	100,1	93	100,1

Gleichzeitig überwiegt bei allen drei Themen die politisch-inhaltliche Übereinstimmung mit der eigenen Partei bei weitem die Übereinstimmung mit den Gewerkschaften.

- Übereinstimmung mit der Partei nennen beim ersten und wichtigsten Thema 46,2%, der höchste Wert überhaupt,
- Übereinstimmung mit den Gewerkschaften nur 7,5% der befragten MdB.
- Durchschnittlich 31,2% der MdB stimmen bei allen Themen in gleichem Umfang mit ihrer Partei und ihrer Gewerkschaft überein.

35. Kooperation mit Einzelgewerkschaften

Frage 35

Wie arbeiten Sie mit Ihrer Gewerkschaft zusammen?

Tabelle 35: Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft

	ständig		häufig		mitunter		selten		nie		keine Antwort	
	Ge-samt	%	Ge-samt	%	Ge-samt	%	Ge-samt	%	Ge-samt	%	Ge-samt	%
Ich treffe mich mit Vorständen auf regionaler und lokaler Ebene	4	4,3	29	31,2	37	39,8	7	7,5	5	5,4	11	11,8
Ich stehe für Veranstaltungen zur Verfügung	15	16,1	29	31,2	32	34,4	6	6,5	0	0	11	11,8
Ich tausche mich mit Fachreferenten über Sachfragen aus	1	1,1	22	23,7	31	33,3	12	12,9	4	4,3	23	24,7
Ich nehme an den Frühstücken für MdB teil	4	4,3	21	22,6	24	25,9	10	10,8	10	10,8	25	26,9
Ich spreche mit meinen Kollegen/innen im Betrieb	5	5,4	19	20,4	16	17,2	10	10,8	13	14,0	30	32,3
Ich gebe Informationen aus dem Parlament weiter	5	5,4	16	17,2	31	33,3	14	15,1	4	4,3	23	24,7
Ich treffe Mitarbeiter der parlamentarischen Verbindungsstelle	2	2,2	14	15,1	29	31,2	20	21,5	6	6,5	22	23,7
Ich treffe mich mit Vorständen auf Bundesebene	2	2,2	14	15,1	35	37,6	18	19,4	6	6,5	18	19,4
Ich bereite Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen	1	1,1	9	9,7	22	23,7	15	16,2	14	15,1	32	34,1
Ich trage Anliegen meiner Gewerkschaft in der Fraktion vor	1	1,1	4	4,4	25	26,9	18	19,4	12	12,9	33	35,5
Anderes/Sonstiges	3	3,2	9	9,7	6	6,5	4	4,3	4	4,3	67	72,0
Ich arbeite mit/mit der Gewerkschaft nicht zusammen	0	0	1	1,1	4	4,3	3	3,2	20	21,5	65	69,9

Die MdB arbeiten mit den Gewerkschaften in vielfältiger Weise zusammen.

- Die wichtigste Form der Zusammenarbeit ist der Besuch von Gewerkschaftsveranstaltungen. Immerhin 47,3% der MdB stehen für Gewerkschaftsveranstaltungen zur Verfügung.
- 35% der MdB geben an, sich mit den Gewerkschaftsvorständen auf regionaler und lokaler Ebene zu treffen.
- Auch der Austausch mit Fachreferenten in Sachfragen (34,8%) spielt in der Zusammenarbeit zwischen MdB und Gewerkschaften eine wichtige Rolle.
- Treffen mit Mitarbeitern der parlamentarischen Verbindungsstelle und mit Vorständen auf Bundesebene nennen jeweils 17,3%.
- Dagegen bereiten nur etwas über 10% regelmäßig Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen. 23,7% tun dies mitunter.
- Und nur 5,5% MdB tragen die Anliegen der Gewerkschaften regelmäßig in ihrer Fraktion vor. Allerdings tun dies 26,9% mitunter.
- Auf ein knappes Drittel der MdB können sich die Gewerkschaften also als Sprachrohr verlassen.

Tabelle 35a: Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft: Vergleich SPD und Linkspartei

	SPD				Die Linke					
	ständig	häufig	mitunter	selten	nie	ständig	häufig	mitunter	selten	nie
Ich treffe mich mit Vorständen auf regionaler und lokaler Ebene	4,2	36,1	38,3	6,9	2,8	6,7	20,0	33,3	13,3	3
Ich stehe für Veranstaltungen zur Verfügung	13,9	33,3	30,6	8,3	0	33,3	26,7	33,3	0	0
Ich tausche mich mit Fachreferenten über Sachfragen aus	1,4	19,4	33,3	12,5	5,6	0	40,0	33,3	20,0	0
Ich nehme an den Frühstückchen für MdB teil	5,6	26,4	26,4	11,1	6,9	0	13,3	26,7	6,7	26,7
Ich spreche mit meinen Kollegen/innen im Betrieb	4,2	22,2	18,1	12,5	11,1	6,7	20,0	13,3	0	26,7
Ich gebe Informationen aus dem Parlament weiter	6,9	16,7	30,6	15,3	5,6	0	20,0	46,7	13,3	0
Ich treffe Mitarbeiter der parlamentarischen Verbindungsstelle	2,8	16,7	33,3	16,7	6,9	0	6,7	20,0	46,7	6,7
Ich treffe mich mit Vorständen auf Bundesebene	2,8	16,7	36,1	18,1	6,9	0	6,7	46,7	26,7	6,7
Ich bereite Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen	0	2,8	22,2	19,4	18,1	6,7	33,3	33,3	6,7	6,7
Ich trage Anliegen meiner Gewerkschaft in der Fraktion vor	0	4,2	29,2	18,1	16,7	6,7	6,7	20,0	33,3	0
Anderes/Sonstiges	4,2	8,3	6,9	4,2	4,2	0	20,0	6,7	6,7	0

* Die Farbmarkierungen machen auf besonders deutliche Unterschiede – mindestens 10% – zwischen MdB der SPD und der Linken in den einzelnen Spalten aufmerksam. Vergleichbar sind **ständig**, **häufig**, **mitunter**, **selten**, **nie**

Summa summarum macht die Tabelle durchaus unterschiedliches Kooperationsprofile von SPD und Linkspartei deutlich. Konzentriert man sich auf die Kooperationsmuster mit 20% bzw. 10% Unterschied dann fällt folgendes auf:

- Die sozialdemokratischen MdB treffen sich wesentlich häufiger mit den Vorständen auf den verschiedenen Ebenen (Bund, regional und lokal)
- Sie treffen sich häufiger mit den Mitarbeitern der parlamentarischen Verbindungsstellen und nehmen häufiger an semioffiziellen Veranstaltungen wie an den Frühstücksrunden des DGB für Abgeordnete teil.
- Auffallend selten bereiten die MdB der SPD Anträge vor, die gewerkschaftliche Positionen aufgreifen.
- Die Abgeordneten der Linken stehen häufiger für Veranstaltungen zur Verfügung und sie tauschen sich mehr mit den Fachreferenten der Einzelgewerkschaften aus
- Insbesondere bereiten sie wesentlich häufiger Anträge vor, die gewerkschaftliche Positionen aufgreifen
- Auffallend selten treffen sich die MdB der Linken mit den Mitarbeitern der parlamentarischen Verbindungsstellen.

36. Kooperation mit DGB

Frage 36

36. Wie arbeiten Sie mit dem DGB zusammen?

Tabelle 36: Zusammenarbeit mit dem DGB

	ständig		häufig		mitunter		selten		nie		keine Antwort	
	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%
Ich stehe für Veranstaltungen zur Verfügung	7	7,5	23	24,7	32	34,3	9	9,7	2	2,2	20	21,5
Ich tausche mich mit Fachreferenten über Sachfragen aus	3	3,2	21	22,6	32	34,1	14	15,1	4	4,3	12	12,9
Ich gebe Informationen aus dem Parlament weiter	3	3,2	17	18,3	26	28,0	14	15,1	8	8,6	25	26,9
Ich nehme an den Frühstückstücken für MdB teil	4	4,3	15	16,1	25	26,9	10	10,8	11	11,8	28	30,1
Ich treffe Mitarbeiter der parlamentarischen Verbindungsstelle	2	2,2	15	16,1	19	20,4	18	19,4	11	11,8	28	30,1
Ich treffe mich mit Vorständen auf Bundesebene	3	3,2	13	14,0	32	34,1	21	22,6	7	7,5	17	18,3
Ich bereite Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen	2	2,2	7	7,5	27	29,0	17	18,3	12	12,9	28	30,1
Ich trage Anliegen des DGB in der Fraktion vor	2	2,2	7	7,5	24	25,8	18	19,4	11	11,8	31	33,3
Ich treffe mich mit Vorständen auf regionaler und lokaler Ebene	3	3,2	3	3,2	31	33,3	14	15,1	2	2,2	7	7,5
Anderes/Sonstiges	2	2,2	6	6,5	8	8,6	2	2,2	9	9,7	66	71,0

- Auch in der Zusammenarbeit mit dem DGB wird der Besuch von Veranstaltungen am häufigsten genannt (32,2%).
- Eine beträchtliche Rolle spielt auch der Austausch mit Fachreferenten über Sachfragen, den 25,8% der MdB als wichtige Form der Zusammenarbeit betonen. Wie bei der Zusammenarbeit mit den Einzelgewerkschaften sind die MdB sehr zurückhaltend beim Transfer von gewerkschaftlichen Anliegen in den parlamentarischen Prozess. Diese Form der Zusammenarbeit nennen weniger als 10% der Abgeordneten.
- Im Gegensatz zur Kooperation mit den Einzelgewerkschaften spielen Treffen mit Vorständen des DGB auf lokaler und regionaler Ebene nur eine geringe Rolle. Während 35% der MdB sich mit den Vorständen ihrer Einzelgewerkschaften treffen, sagen nur 6,5%, dass es zu solchen Treffen mit DGB-Vertretern kommt.

Tabelle 36a: Zusammenarbeit mit dem DGB: Vergleich SPD und Linkspartei *

	SPD					Die Linke				
	ständig	häufig	mitunter	selten	nie	ständig	häufig	mitunter	selten	nie
Ich treffe mich mit Vorständen auf regionaler und lokaler Ebene	2,8	37,5	34,7	13,9	0	6,7	33,3	20,0	26,7	13,3
Ich stehe für Veranstaltungen zur Verfügung	8,3	26,4	31,9	11,1	0	6,7	20,0	33,3	6,7	13,3
Ich tausche mich mit Fachreferenten über Sachfragen aus	2,8	23,6	33,3	11,1	5,6	6,7	13,3	40,0	33,3	0
Ich nehme an den Frühstücken für MdB teil	5,6	20,8	30,6	9,7	8,3	0	0	20,0	6,7	33,3
Ich gebe Informationen aus dem Parlament weiter	4,2	19,4	30,6	11,1	9,7	0	20,0	20,0	26,7	6,7
Ich treffe Mitarbeiter der parlamentarischen Verbindungsstelle	1,4	18,1	23,6	16,7	9,7	6,7	0	13,3	40,0	20,0
Ich treffe mich mit Vorständen auf Bundesebene	4,2	13,9	37,5	19,4	8,3	0	6,7	26,7	40,0	13,3
Ich bereite Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen	1,4	5,6	26,4	20,8	13,9	6,7	13,3	46,7	13,3	6,7
Ich trage Anliegen des DGB in der Fraktion vor	1,4	6,9	25,0	19,4	13,9	6,7	13,3	33,3	20,0	6,7
Anderes/Sonstiges	2,8	5,6	9,7	2,8	9,7	0	13,3	6,7	0	6,7

* Die Farbmarkierungen machen auf besonders deutliche Unterschiede – mindestens 10% – zwischen MdB der SPD und der Linken in den einzelnen Spalten aufmerksam. Vergleichbar sind häufig, mitunter, selten, nie.

Wieder wird das Augenmerk auf die Kooperationsmuster gelegt, die 20% bzw. 10% voneinander abweichen:

- Die Abgeordneten der SPD tauschen sich häufiger mit Fachreferenten und über Sachfragen aus und treffen häufiger Mitarbeiter der parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB.
- Sie treffen sich häufiger mit den Vorständen auf allen Ebenen und nehmen häufiger an semi-offiziellen Veranstaltungen (Frühstück) teil. Die Abgeordneten der Linken tragen häufiger Anliegen des DGB in der Fraktion vor und bereiten häufiger Anträge vor, die gewerkschaftliche Anliegen aufgreifen.
- Für Veranstaltungen des DGB stehen die MdB beider Fraktionen gleichermaßen zur Verfügung.

Ein wesentlicher Unterschied in den Kontakten zu DGB und Einzelgewerkschaften scheint insbesondere auf der Ebene des fachlichen Austausches zu liegen. Während die MdB der Linken sich fachlich intensiv mit den Referenten der Einzelgewerkschaften austauschen ist das beim DGB weniger der Fall.

37. Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft gegenüber Rot-Grün

Frage 37

Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und Ihrer Gewerkschaft in der 16. Wahlperiode im Vergleich zur Zeit von Rot-Grün verändert?

Tabelle 37: Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft gegenüber Rot-Grün

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
viel besser geworden	15	16,1	10	13,9	5	33,3
etwas besser geworden	46	49,5	34	47,2	7	46,7
gleich geblieben	22	23,6	21	29,2	0	0
etwas schlechter geworden	5	5,4	5	6,9	0	0
viel schlechter geworden	0	0	0	0	0	0
keine Antwort	5	5,4	2	2,8	3	20,0
	93	100	72	100	15	100

- Nur 5,4% der MdB sind der Meinung, dass sich das Verhältnis zwischen ihrer Fraktion und ihrer Gewerkschaft gegenüber der Regierungszeit von Rot-Grün verschlechtert hat.
- 65,6% sind dagegen der Meinung, dass sich das Verhältnis verbessert hat.
- In der SPD wird diese Meinung von 61,2% der Abgeordneten vertreten, also von weniger MdB als im Durchschnitt.
- Bei der Linken sind dies dagegen 80%.

38. Verhältnis zwischen Fraktion und DGB gegenüber Rot-Grün

Frage 38

38. Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und dem DGB in der 16.Wahlperiode im Vergleich zur Zeit von Rot-Grün verändert?

Tabelle 38: Verhältnis zwischen Fraktion und DGB gegenüber Rot-Grün

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
viel besser geworden	19	20,4	15	20,8	4	26,7
etwas besser geworden	47	50,5	34	47,2	7	46,7
gleich geblieben	18	19,4	16	22,2	3	20,0
etwas schlechter geworden	3	3,2	3	4,2	0	0
viel schlechter geworden	2	2,2	2	2,8	0	0
keine Antwort	4	4,3	2	2,8	1	6,7
	93	100	72	100	15	100,1

- Dass sich das Verhältnis zwischen der jeweiligen Fraktion und dem DGB verbessert hat, meinen 70,7%.

SPD-Abgeordnete und MdB der Linken unterscheiden sich mit ihrer Einschätzung nicht signifikant.

- Bei der SPD meinen das 68% der Abgeordneten, bei der Linken 73,3%

39. Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft während der Großen Koalition

Frage 39

Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und Ihrer Gewerkschaft im Verlauf der Großen Koalition bzw. in der 16. Wahlperiode verändert?

Tabelle 39: Verhältnis zwischen Fraktion und Gewerkschaft während der Großen Koalition

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
viel besser geworden	12	12,9	8	11,1	4	26,7
etwas besser geworden	52	55,9	36	50,0	10	66,7
gleich geblieben	23	24,7	22	30,6	1	6,7
etwas schlechter geworden	4	4,3	4	5,6	0	0
viel schlechter geworden	0	0	0	0	0	0
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100	72	100,1	15	100,1

Im Verlauf der Großen Koalition hat sich das Verhältnis zwischen der jeweiligen Fraktion und der Gewerkschaft, in der die MdB Mitglied sind, verbessert.

- Dieser Meinung sind 68,8% der MdB
- Bei der SPD haben allerdings nur 61,1% der MdB diese Einschätzung, in der Fraktion der Linken sind es dagegen 92,4%!
- Eine leichte Verschlechterung konstatieren nur 4,3%

40. Verhältnis zwischen Fraktion und DGB während der Großen Koalition

Frage 40

Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und dem DGB im Verlauf der Großen Koalition bzw. in der 16. Wahlperiode verändert?

Tabelle 40: Verhältnis zwischen Fraktion und DGB während der Großen Koalition

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
viel besser geworden	16	17,2	14	19,4	2	13,3
etwas besser geworden	55	59,2	39	54,2	10	66,7
gleich geblieben	16	17,2	13	18,1	3	20,0
etwas schlechter geworden	3	3,2	3	4,2	0	0
viel schlechter geworden	1	1,1	1	1,4	0	0
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100,1	72	100,1	15	100

- Dass sich das Verhältnis zwischen Fraktion und DGB während der Großen Koalition verbessert hat, meinen 76,4% der Abgeordneten.
- Eine Verschlechterung kann nur eine kleine Minderheit von 4,3% konstatieren.
- Bei den Sozialdemokraten sind es mit 73,6% etwas weniger, bei der Linken mit 89% erheblich mehr, die von einer Verbesserung der Beziehungen ausgehen.

Während bei der SPD mehr MdB eine Verbesserung des Verhältnisses zum DGB als zu den Einzelgewerkschaften erkennen ist es bei der Linken umgekehrt. Sie sind der Meinung, ihr Verhältnis zu den Einzelgewerkschaften habe sich noch erheblich mehr verbessert als zum DGB.

Insgesamt sehen sie die Entwicklung zwischen Fraktion und Gewerkschaften noch positiver als die SPD-MdB.

41. Verhältnis der Einzelgewerkschaft zu den Kanzlern Merkel und Schröder

Frage 41

Wie beurteilen Sie das Verhältnis Ihrer Gewerkschaft zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder?

Tabelle 41: Verhältnis der Gewerkschaft zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
viel besser geworden	1	1,1	1	1,4	0	0
etwas besser geworden	7	7,5	5	6,9	0	0
gleich geblieben	43	46,2	37	51,4	5	33,3
etwas schlechter geworden	30	32,3	22	30,6	6	40,0
viel schlechter geworden	7	7,6	3	4,2	4	26,7
keine Antwort	5	5,4	4	5,6	0	0
	93	100,1	72	100,1	15	100

Dagegen ist das Verhältnis der jeweiligen Einzelgewerkschaft zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder schlechter geworden.

- 39,9% der MdB sind der Meinung, die Beziehungen zu Merkel seien schlechter als zu Schröder und nur 8,6% halten sie für besser.
- Während nur 34,8% der sozialdemokratischen Abgeordneten davon ausgehen, die Beziehungen ihrer Gewerkschaft haben sich zu Merkel im Vergleich zu Schröder verschlechtert, sind das bei der Linkspartei sogar 66,7%.
- Und niemand bei der Linkspartei geht von einer Verbesserung der Beziehungen aus.

42. Verhältnis des DGB zu Merkel und Schröder

Frage 42

Wie beurteilen Sie das Verhältnis des DGB zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder?

Tabelle 42: Verhältnis des DGB zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
viel besser geworden	1	1,1	1	1,4	0	0
etwas besser geworden	10	10,8	7	9,7	1	6,7
gleich geblieben	41	44,1	34	47,2	5	33,3
etwas schlechter geworden	28	30,1	21	29,2	6	40,0
viel schlechter geworden	7	7,5	4	5,6	3	20,0
keine Antwort	6	6,5	5	6,9	0	0
	93	100,1	72	100	15	100

Die Einschätzung der Beziehungen des DGB zu Merkel und Schröder weicht von der Beurteilung der Beziehungen der Einzelgewerkschaften zu den beiden Kanzlern nur unerheblich ab.

- 37,6% der MdB sind Meinung, sie seien schlechter geworden und nur 11,9% glauben, sie seien besser geworden.

Es ergibt sich beim Parteienvergleich ein ähnliches Bild wie bei der Beurteilung der Beziehungen der Einzelgewerkschaften zu den beiden Kanzlern.

- 34,8% der SPD-Abgeordneten glauben an eine Verschlechterung der Beziehungen des DGB zu Merkel im Vergleich zu Schröder.
- Der Anteil der MdB in der Linksfraktion, der dies glaubt, ist mit 60% erheblich höher.

Tabelle 42 a: Verhältnis des DGB und der Einzelgewerkschaften zu Angela Merkel und Gerhard Schröder (Vergleich)

	Eigene Gewerkschaft		DGB	
	% SPD	% Linke	% SPD	% Linke
viel besser geworden	1,4	0	1,4	0
etwas besser geworden	6,9	0	9,7	6,7
gleich geblieben	51,4	33,3	47,2	33,3
etwas schlechter geworden	30,6	40,0	29,2	40,0
viel schlechter geworden	4,2	26,7	5,6	20,0
keine Antwort	5,6	0	6,9	0
	100,1	100	100	100

Die Abgeordneten der beiden Parteien sehen keine wesentlichen, aber doch ausdeutbare Unterschiede, wie sich die Beziehungen ihrer Gewerkschaften und des DGB zu den beiden Kanzlern verändert haben.

- 8,3% der Abgeordneten der SPD gehen davon aus, dass sich das Verhältnis ihrer Gewerkschaft zur Kanzlerin verbessert hat, etwas mehr, nämlich 11,1% sehen verbesserte Beziehungen des DGB.
- Die Abgeordneten der Linken sind pessimistischer. Dass das Verhältnis ihrer Gewerkschaft zur Kanzlerin besser geworden ist, sieht niemand, aber 6,7% (ein MdB) sehen immerhin ein besseres Verhältnis zwischen DGB und Kanzlerin.
- Dass sich das Verhältnis der Gewerkschaft und des DGB zur Kanzlerin verschlechtert hat, sehen jeweils gleich viele sozialdemokratische Abgeordnete (34,8%).
- Die MdB der Linke gehen jeweils zu einem erheblich höheren Prozentsatz von einer Verschlechterung der Beziehungen aus. Die meisten (66,7%) halten die Beziehungen der Einzelgewerkschaft zur Kanzlerin für schlechter als zu Gerhard Schröder.

43. Verhältnis zum zuständigen Minister im Vergleich zu Rot-Grün

Frage 43

Wie beurteilen Sie Ihr persönliches Verhältnis zum/zur amtierenden Minister/in in Ihren Arbeitsfeldern im Vergleich zu Rot-Grün?

Tabelle 43: Persönliches Verhältnis zum Minister im Vergleich zu Rot-Grün

	Thema 1		Thema 2		Thema 3	
	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%
viel besser geworden	12	12,9	9	9,7	8	8,6
etwas besser geworden	12	12,9	10	10,8	11	11,8
gleich geblieben	35	37,6	35	37,6	30	32,3
etwas schlechter geworden	10	10,8	12	12,9	11	11,8
viel schlechter geworden	9	9,7	6	6,5	6	6,5
keine Antwort	15	16,1	21	22,6	27	29,0
	93	100	93	100,1	93	100

Die Beurteilung des persönlichen Verhältnisses zum amtierenden Minister der großen Koalition in den drei wichtigsten Arbeitsfeldern der MdB fällt im Vergleich zu Rot-Grün ambivalent aus.

- Durchschnittlich 35,8% der MdB sind der Meinung, das Verhältnis sei gleich geblieben.
- Durchschnittlich 11,1% halten es für besser und 9,7% für schlechter.

44. Verhältnis zum zuständigen Minister in der Großen Koalition

Frage 44:

Wie hat sich Ihr persönliches Verhältnis zum/zur amtierenden Minister/in in Ihren Arbeitsfeldern in der Großen Koalition bzw. 16. Wahlperiode entwickelt?

Tabelle 44: Entwicklung des persönlichen Verhältnisses zum Minister im Verlauf der Großen Koalition

	Thema 1		Thema 2		Thema 3	
	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt	%
viel besser geworden	12	12,9	8	8,6	9	9,7
etwas besser geworden	10	10,8	10	10,8	11	11,8
gleich geblieben	39	41,9	39	41,9	32	34,4
etwas schlechter geworden	9	9,7	9	9,7	5	5,4
viel schlechter geworden	7	7,5	5	5,4	6	6,5
keine Antwort	16	17,2	22	23,7	30	32,3
	93	100	93	100,1	93	100,1

Ähnlich ambivalent fällt das Urteil darüber aus, wie sich das Verhältnis zum für den Arbeitsbereich der MdB zuständigen Minister während der Großen Koalition entwickelt hat.

- Durchschnittlich 39,4% der MdB schätzen es als gleich geblieben ein.
- Durchschnittlich 10,8% halten es für besser, 7,4% für schlechter.

45. Verhältnis der DGB-Gewerkschafter in der Fraktion

Frage 45

Wie beurteilen Sie das Verhältnis der DGB-Gewerkschafter untereinander in Ihrer Fraktion?

Tabelle 45: Persönliches Verhältnis der DGB-Gewerkschafter untereinander in der Fraktion

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
sehr gut	11	11,8	7	9,7	4	26,7
gut	57	61,3	44	61,1	10	66,7
mittelmäßig	23	24,7	19	26,4	1	6,7
schlecht	0	0	0	0	0	0
sehr schlecht	0	0	0	0	0	0
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100	72	100	15	100,1

- Das Verhältnis der DGB-Gewerkschafter untereinander in ihren Fraktionen beurteilen die MdB als gut (61,3%) oder sogar sehr gut (11,8%), zusammen 73,1%.
- Niemand beurteilt es als schlecht.
- Die Abgeordnete der Linken beurteilen das Verhältnis summa summarum noch erheblich besser: 93,4% halten es für gut bis sehr gut.
- Bei der SPD sind es immerhin auch 70,1%.

46. Verhältnis zu den Gewerkschaftern in anderen Fraktionen

Frage 46

Wie beurteilen Sie Ihr persönliches Verhältnis zu den DGB-Gewerkschaftern in anderen Fraktionen?⁶

Tabelle 46: Persönliches Verhältnis zu DGB-Gewerkschaftern in anderen Fraktionen

	SPD/Linke		Linke/SPD		SPD/Union		SPD/Grüne	
	Gesamt	%	Gesamt	%	gesamt	%	Gesamt	%
sehr gut	0	0	1	6,7	1	1,4	0	0
gut	15	20,8	2	13,3	8	11,1	20	27,8
mittelmäßig	17	23,6	10	66,7	37	51,3	25	34,7
schlecht	14	19,4	1	6,7	4	5,6	3	4,2
sehr schlecht	6	8,3	0	0	2	2,8	2	2,8
keine Antwort	20	27,8	1	6,7	20	27,8	222	30,6
	72	99,9	15	100,1	72	100	72	100,1

- Die Parlamentarier der SPD schätzen ihr Verhältnis zu den Kollegen von den Grünen am besten (27,8%) und am wenigsten schlecht (7%) ein.
- Ihr Verhältnis zu den wenigen Gewerkschaftern in der Union schätzen die SPD-Abgeordneten weder besonders gut (12,5%) noch besonders schlecht (8,4%) ein.
- Anders beurteilen sie ihr Verhältnis zu den Gewerkschaftern in der Linksfraktion. Immerhin 20,8% der SPDler beurteilen dieses Verhältnis als gut, aber 27,7% als schlecht. Das ist der höchste Anteil von MdB, die ihre Beziehungen zu den Gewerkschaftern in anderen Fraktionen als schlecht charakterisieren.
- Umgekehrt beurteilen die MdB der Linken ihr Verhältnis zu den Kollegen in der SPD etwas anders. Zwar sehen hier 20% der Linken – also praktisch derselbe Anteil wie in der SPD – gute Beziehungen. Aber als schlecht werden die Beziehungen nur von einem einzigen MdB bewertet.
- Die große Mehrheit der Linken (66,7%) schätzt ihre Beziehungen zu den SPD-Kollegen als mittelmäßig an.

⁶ Frage 46 ist die einzige, bei der zahlreiche SPD-Abgeordnete „ausgestiegen“ sind. In keiner anderen Frage ist der Anteil der Kategorie keine Antwort so hoch wie in dieser, er ist außerdem der höchste Anteil in dieser Frage überhaupt. Da kein politischer Grund für dieses Antwortverhalten erkennbar ist, müssen wir dieses Ergebnis auf eine unzulängliche Konstruktion des Instruments zurückführen.

47. Gewerkschaftspolitische Gemeinsamkeiten

Frage 47

Die GewerkschafterInnen im Bundestag verteilen sich auf Regierungsfractionen und Opposition. Sprengt das die gewerkschaftspolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Ihnen und Ihren Kollegen/innen auf?

Tabelle 47: Aufspaltung gewerkschaftlicher Gemeinsamkeiten

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
ja, völlig	5	5,4	2	2,8	3	20,0
beträchtlich	17	18,3	11	15,3	5	33,3
teilweise	37	39,8	29	40,3	6	40,0
kaum	22	23,7	18	25,0	1	6,7
überhaupt nicht	6	6,5	6	8,3	0	0
keine Antwort	6	6,5	6	8,3	0	0
	93	100,2	72	100	15	100

- Dass gewerkschaftliche Gemeinsamkeiten wegen der Zugehörigkeit zu den Regierungsfractionen oder der Opposition aufgesprengt werden, glauben 30,2% der MdB kaum oder überhaupt nicht.
- Dass sie völlig oder beträchtlich aufgesprengt werden glauben dagegen 24,7%.
- 39,8% gehen davon aus, dass sie zumindest teilweise aufgesprengt werden.

In dieser Frage weichen die Einschätzungen in der SPD und der Linkspartei besonders stark voneinander ab:

- Auf Seiten der Linke glauben wesentlich mehr MdB (53,3%) an die sprengende Wirkung der Aufspaltung der gewerkschaftlichen Abgeordneten auf Regierungslager und Opposition als Sozialdemokraten (18,1%).
- Nur 6,7% der MdB aus der Linksfraction glauben, dass die Konstellation gewerkschaftliche Gemeinsamkeiten kaum aufsprenge.

48. Bedeutung der Gewerkschaften

Frage 48

Wie wichtig sind die Gewerkschaften für die Durchsetzung der Politik, wie sie Ihre Fraktion verfolgt?

Tabelle 48: Bedeutung der Gewerkschaften

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
unverzichtbar	18	19,4	12	16,7	5	33,3
sehr wichtig	52	55,9	42	58,3	10	66,7
teilweise wichtig	20	21,5	17	23,6	0	0
nicht so wichtig	2	2,2	0	0	0	0
überflüssig	0	0	0	0	0	0
keine Antwort	1	1,1	1	1,4	0	0
	93	100,1	72	100	15	100

- 75,3% der befragten MdB halten die Gewerkschaften für die Durchsetzung der Politik, die die eigene Fraktion verfolgt für unverzichtbar oder sehr wichtig.
- Für nicht so wichtig halten sie nur 2,2%.
- Für überflüssig hält sie niemand.
- Die MdB der Linksfraktion erklären die Gewerkschaften zu 100% für unverzichtbar respektive sehr wichtig,
- die SPDler immerhin zu 75%.
- Immerhin ein Viertel der SPD-Abgeordneten erklärt sie für nur teilweise wichtig.

49. Gewerkschaftspräsenz im Bundestag

Frage 49

Welche Rolle spielt die parlamentarische Repräsentanz von Gewerkschaftern/innen für die Interessenvertretung von Arbeitnehmern?

Tabelle 49: Bedeutung der Gewerkschaftspräsenz im Bundestag

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
unverzichtbar	20	21,5	15	20,8	4	26,7
sehr wichtig	47	50,5	38	52,8	7	46,7
teilweise wichtig	23	24,7	17	23,6	4	26,7
nicht so wichtig	1	1,1	0	0	0	0
überflüssig	0	0	0	0	0	0
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100	72	100	15	100,1

Ähnlich eindeutig wie die allgemeine Bedeutung der Gewerkschaften beurteilen die MdB die parlamentarische Repräsentanz von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft.

- 72% halten sie für unverzichtbar oder sehr wichtig.
- Für nicht so wichtig hält sie nur ein einziger MdB,
- für überflüssig niemand.
- Parlamentarier der SPD (73,6%) und der Linken (73,4%) halten die gewerkschaftliche Präsenz im Bundestag für gleich wichtig.

50. Gewerkschaftsvorsitzende im Bundestag

Frage 50

In der 15. Wahlperiode saßen noch zwei Gewerkschaftsvorsitzende im Bundestag. Jetzt keine mehr. Sollten Ihrer Meinung nach wieder mehr Gewerkschaftsvorsitzende in den Bundestag, um Arbeitnehmerinteressen besser zu vertreten?

Tabelle 50: Gewerkschaftsvorsitzende im Bundestag

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
JA	41	44,1	37	51,4	3	20,0
NEIN	46	49,5	30	41,7	11	73,3
keine Antwort	6	6,5	5	6,9	1	6,7
	93	100,1	72	100	15	100

Dagegen sind die gewerkschaftlich organisierten MdB praktisch unentschieden, ob wieder mehr Gewerkschaftsvorsitzende in den Bundestag einziehen sollten.

- 44,1% sind dafür, 49,5% – also eine leichte Mehrheit – dagegen.

Im Parteienvergleich sind dagegen die Mehrheiten eindeutig:

- Die große Mehrheit der MdB aus der Linksfraktion (73,3%) ist dagegen, die Mehrheit der SPD-Abgeordneten (51,4%) dafür.

51. Gewerkschaftsblock

Frage 51

Gibt es im Bundestag einen Gewerkschaftsblock? (“Gewerkschaftsblock” meint weitgehende politische Übereinstimmung der DGB-Gewerkschafter/innen über Fraktionsgrenzen hinweg, die sich auch in Vorbereitung gemeinsamer Positionen, Anträge, Abstimmungen etc. niederschlagen kann.)

Tabelle 51: Gewerkschaftsblock im Bundestag

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
ja, ständig	0	0	0	0	0	0
häufig	0	0	0	0	0	0
bei Gelegenheit	24	25,8	21	29,2	2	13,3
selten, in Einzelfällen	48	51,6	41	56,9	4	26,7
nein, nie	19	20,4	8	11,1	9	60,0
keine Antwort	2	2,2	2	2,8	0	0
	93	100	72	100	15	100

Einen Gewerkschaftsblock im Bundestag, der auch über Fraktionsgrenzen hinweg weitgehend politisch übereinstimmt und politisch kooperiert, gibt es nach Meinung der MdB als Dauerinstitution nicht.

- Nach Einschätzung der Mehrheit (51,6%) gibt es einen derartigen Block allenfalls selten und in Einzelfällen.
- Immerhin 25,8% der MdB sehen diesen Block bei Gelegenheit am Werk.

Der Parteienvergleich offenbart divergierende Einschätzungen.

- Knapp 39% der Abgeordneten der SPD registrieren bei Gelegenheit durchaus einen Gewerkschaftsblock, die Abgeordneten der Linken dagegen nur zu 13,3%.
- Nur 11,1% der sozialdemokratischen Parlamentarier, also eine kleine Minderheit, aber 60% der MdB der Linken, also eine starke Mehrheit, verneinen die Existenz eines Gewerkschaftsblocks völlig.

52. Arbeitnehmerlager

Frage 52

Gibt es ein Arbeitnehmerlager in der Großen Koalition? („Arbeitnehmerlager“ meint die weitgehende politische Übereinstimmung von Arbeitnehmervertretern/innen aus DGB-Gewerkschaften, anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie aus CDA und CSA in der Großen Koalition, die sich auch in der Vorbereitung gemeinsamer Positionen, Anträge Abstimmungen etc. niederschlagen kann.)

Tabelle 52: Arbeitnehmerlager in der Großen Koalition

	Gesamt	%	SPD	%	Linke	%
ja, ständig	0	0	0	0	0	0
häufig	5	5,4	4	5,6	0	0
bei Gelegenheit	23	24,7	20	27,8	1	6,7
selten, in Einzelfällen	48	51,6	38	52,8	8	53,3
nein, nie	9	9,7	4	5,6	5	33,3
keine Antwort	8	8,6	6	8,3	1	6,7
	93	100	72	100,1	15	100

- Auch ein Arbeitnehmerlager in der Großen Koalition, in dem die Mitglieder verschiedener Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerorganisation kooperieren, gibt es allenfalls selten und in Einzelfällen (51,6%)
- oder bei Gelegenheit (24,7%).
- Immerhin glauben 5,4% MdB, es gäbe dieses Arbeitnehmerlager häufig.
- Diese Meinung teilen auch 5,6% der sozialdemokratischen MdB.
- Aber 27,8% der SPDler sehen das Arbeitnehmerlager gelegentlich am Werk.
- Zwar stimmen sie mit ihren Kollegen aus der Linksfraktion mehrheitlich darin überein, dass ein Arbeitnehmerlager in der Großen Koalition selten und nur in Einzelfällen zu beobachten ist.
- Doch sind die MdB der Linken noch wesentlich skeptischer. Ein Drittel immerhin teilt die Meinung, es gäbe dieses Lager überhaupt nicht.
- Dies glauben nur 5,6% der Sozialdemokraten.

53. Vorschläge

Frage 53

Haben Sie Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Ihrer Fraktion?

1. *Mehr differenzierte Anerkennung für die geleistete Arbeit und die erreichten Kompromisse; mehr offene Fachdiskussionen ohne den Show-Down-Effekt von Podiumsdiskussionen aller Parteien; "priorisierte Partnerschaft", grundsätzliche Übereinstimmung.*
2. *Populistische Kampagnen der Gewerkschaften gegen SPD-Fraktion und Partei, etwa bei der Rente mit 67, sind für beide Seiten schädlich und sollten in der Zukunft nicht mehr stattfinden. Mit mehr Realitätssinn würden die Gewerkschaften mehr Erfolge erzielen.*
3. *Der DGB ist zu regierungsfixiert und beachtet nicht die Kraft oppositioneller linker Bewegungen. (Sommer als Person + SPD-Mann).*
4. *Die Gewerkschaften haben nicht mehr die Reformkraft wie früher. Sie haben leider auch mit dazu beigetragen, dass sich die politische Vertretung von Arbeitnehmerinteressen aufgespalten hat. Wichtig wäre ein intensiverer Dialog.*
5. *Die Gewerkschaften sollten sich gezielt auf die Abgeordneten konzentrieren, die nicht nur auf dem Papier und bei Bedarf nach außen Gewerkschafter sind. Die Gleichbehandlung taktischer Mitglieder mit Meinungsträgern schadet uns.*
6. *Die Vernetzung zum Zwecke eines schnelleren, effektiveren Austauschs sollte verstärkt werden, insbesondere auf regionaler Ebene. Zweck: Abstimmung von unterstützenden Aktionen "von außen" für/gegen aktuelle Themen bzw. Gesetzesvorhaben.*
7. *Einbeziehung mehrerer Fraktionen in wichtigen Veranstaltungen. Häufig ist dann doch nur die SPD eingeladen. Das gilt auch für die Berichterstattung in gewerkschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften.*
8. *Endlich Zukunftsdebatten führen.*
9. *Es ist oft schwierig, die Prozesshaftigkeit von politischen Entscheidungsprozessen im Gewerkschaftsbereich klar zu machen.*
10. *Frühzeitigere Abstimmung zu geplanten Gesetzgebungsvorhaben statt nacharbeiten.*
11. *Funktionäre müssen näher an der Basis sein. Das, was geredet wird, selbst auch leben. Doppelmandate/Einkommen usw.*
12. *Gewerkschaften müssen sich viel mehr für Frauenpolitik engagieren.*

13. *Häufiger Kontakte auf örtlicher Ebene suchen. Vom Bauernverband lernen, wie man Lobbyarbeit macht.*
14. *Offener und redlicher miteinander reden!*
15. *Häufigere Arbeitstreffen, um Fragen der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, der Finanzmarktstabilisierung - ebenso wichtig, soziale Sicherheit zu diskutieren. Wenn möglich, zu einheitlichen Positionen kommen.*
16. *Häufigere Gesprächsrunden mit den Einzelgewerkschaften auf Fachebene (Im Innenbereich funktioniert das mit der GdP sehr gut, mit Verdi einigermaßen, der Rest schlägt selten auf.*
17. *Ich wünschte mir eine größere Objektivität der Funktionsebenen der Gewerkschaften in der Beurteilung des politischen Handelns der Fraktionen im Deutschen Bundestag. Sie fremdelt nach wie vor erkennbar gegenüber der Linken.*
18. *Ich würde mir wünschen, dass sich Worte und Taten der Funktionärssebene in den Gewerkschaften tatsächlich an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Erwerbslosen orientiert statt am jeweiligen Parteibuch.*
19. *Information von Gewerkschaft an MdB reicht nicht. Gerade ver.di sollte sich über Hintergründe von Entscheidungen informieren lassen, statt effektheischend Kampfpapieren zu verbreiten.*
20. *Manche Gewerkschaftsgliederungen äußern sich sehr deutlich zu friedenspolitischen Fragen. Hier wären Kontaktaufnahmen mit Kollegen im Bundestag angebracht, die in der Friedens- und Sicherheitspolitik arbeiten.*
21. *Mehr Gast-Referenten aus den Einzelgewerkschaften in der SPD-Bundestagsfraktion.*
22. *Mehr konkrete Vorschläge, wie Rahmenaussagen in Form von Kurzanalysen, die sich in Bundestagsinitiativen und Anträgen niederschlagen können. Diese sollten Fachbezug zur Arbeit in den Ausschüssen haben.*
23. *Mehr Kontakte in Fachgebieten. Alles andere wisst ihr selbst.*
24. *Mehr miteinander reden, Reformbereitschaft auf beiden Seiten.*
25. *Regelmäßige Konsultationen. Regelmäßige Einladungen meiner Gewerkschaft, des DGB sollten selbstverständlich sein. Es gibt sie nicht. Selbstverständlich sollten Vorsitzende auf Parteitag zugegen sein. Eingeladen waren sie.*
26. *Stärkere gegenseitige Anerkennung der – bei aller Übereinstimmung – auch unterschiedlichen Aufgaben und Funktionen. Fundamentalismus hilft Betriebsräten im beruflichen Alltag nicht weiter, Politikern in einer Koalition auch nicht.*

27. *Ver.di eher unterrepräsentiert; sehr gute Kontakte mit DGB, IG Metall und teilweise IG Bau.*
28. *Verständnis für die unterschiedlichen Rollen und Respekt vor den unterschiedlichen Rollen.*
29. *Wir sollten häufiger im Vorfeld von Entscheidungen miteinander sprechen. Die gewerkschaftlichen Gesprächspartner sollten die gemeinsamen Positionen dann aber auch verstärkt in die Mitgliedschaft transportieren.*

Persönliche Statements haben 29 MdB geliefert (31,2%). Die Statements enthalten einige kritische Anmerkungen zum Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Fraktionen. Vor allem aber werden Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation gemacht. Verlangt werden mehr offene Fachdiskussionen und Kontakte in Fachgebieten, ein intensiverer Dialog, die Vernetzung zum Zwecke eines effektiveren Austausches, frühzeitige Abstimmung, häufigere Kontakte und ein offener Umgang, häufigere Arbeitstreffen und Gesprächsrunden, regelmäßige Konsultationen. Neben diesem Wunsch nach mehr Austausch wird vor allem darauf abgehoben, die wechselseitig unterschiedlichen Rollen anzuerkennen.

54. Schulbildung

Frage 54

Zum Abschluss der Umfrage bitten wir Sie für Vergleichszwecke im Rahmen der Untersuchung um einige Angaben zu Ihrer Person. Geben Sie bitte Ihren höchsten Schulabschluss an. (Kategorien nach dem statistischen Jahrbuch)

Tabelle 54: Höchster Schulabschluss

	Gesamt	%	% alle
Haupt-/Volksschulabschluss	6	6,5	8,1
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	11	11,8	14,9
Fachhochschulreife	6	6,5	8,1
Hochschulreife	69	74,2	68,8
kein Schulabschluss	1	1,1	0
	93	100,0	99,9

Die befragten gewerkschaftlich organisierten MdB zählen zu den „gebildeten Ständen“. Über 80% haben die Fachhochschul- oder Hochschulreife erlangt.

Der Vergleich mit den Prozentanteilen der Schulabschlüsse aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB zeigt, dass der Bildungsstand der Teilnehmer an der Befragung und der Grundgesamtheit annähernd gleich ist. Das gilt vor allem für die Hochschulabschlüsse.

55. Berufsausbildung

Frage 55

Welchen beruflichen Ausbildungsabschluss haben Sie? Bitte geben Sie Ihren höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss an. (Kategorien nach dem statistischen Jahrbuch)

Tabelle 55: Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss

	Gesamt	%	% alle
Lehr- oder Anlernausbildung	15	16,1	15,8
Fachschulabschluss	5	5,4	7,2
Fachhochschulabschluss	11	11,8	10,9
Hochschulabschluss	61	65,6	65,6
kein beruflicher Abschluss	1	1,1	0,5
	93	100,0	100

77,4% haben einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

In der Grundgesamtheit aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB haben 76,5% einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Mehr noch als bei den Schulabschlüssen bilden die Teilnehmer der Erhebung die Grundgesamtheit ab.

56. Berufstätigkeit

Frage 56

Machen Sie bitte Angaben zu Ihrer letzten beruflichen Tätigkeit vor Antritt des Mandats. Welchen beruflichen Status hatten Sie zuletzt? (Kategorien nach dem Statistischen Jahrbuch)

Tabelle 56: Letzte berufliche Tätigkeit vor dem Mandat

	Gesamt	%	% alle
Arbeiter/in	3	3,2	1,4
Angestellte/r	25	26,9	33,0
Leitende/r Angestellte/r	20	21,5	14,1
Beamter/in	5	5,4	7,7
Beamter/in im höheren Dienst	20	21,5	10,4
Selbstständig	6	6,5	10,4
Anderes/Sonstiges	13	14,0	23,1
keine Antwort	1	1,1	0
	93	100,1	100,1

Es überwiegen Angestellte (48,4%) und Beamte (26,9%), als Arbeiter bezeichnen sich drei MdB. Der Anteil der Angestellten unter den Befragten entspricht fast exakt dem Anteil unter allen 221 gewerkschaftlich organisierten MdB (47,%). Dagegen weichen die Anteile der Beamten – 26,9% unter den Befragten, nur 18,1% in der Grundgesamtheit – deutlich voneinander ab. Umgekehrt ist der Anteil der Selbständigen (23,1%) unter allen MdB höher als unter den Abgeordneten, die an der Befragung teilgenommen haben, ebenso der Anteil der nicht eindeutig klassifizierbaren MdB gegenüber denjenigen, die sich selbst nicht klassifizieren konnten.

Obwohl nicht auszuschließen ist, dass die Abweichungen auf die erheblichen Codierungsschwierigkeiten zurückzuführen sind, gibt es für sie auch plausible Erklärungen.⁷ So ist anzunehmen, dass unter Selbständigen der Anteil der eher inaktiven Gewerkschafter, die sich zwar dem Gewerkschaftsgedanken verbunden fühlen, aber an innergewerkschaftlicher Kommunikation wegen ihres beruflichen Status kaum teilhaben können, höher ist als beispielsweise unter Arbeitern (alle in der Grundgesamtheit eindeutig identifizierbaren Arbeiter haben an der Befragung teilgenommen) und Angestellten. Bei Lehrern beispielsweise, die in den Grundgesamtheit und Befragung dominierenden Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stark vertreten sind, ist eine geringere Hemmschwelle anzunehmen, sich an Umfragen zu beteiligen als bei anderen Berufsgruppen, was zur Überrepräsentation der Beamten beitragen kann.

⁷ Der Kürschner greift auf eigene Angaben der Abgeordneten zu Beruf und Beschäftigung zurück, die häufig den Kategorien des statistischen Jahrbuchs nicht eindeutig zugeordnet werden können. Typisches Beispiel: Aus der Angabe „Lehrer“ ist nicht zu entnehmen, ob es sich um Beamte oder Lehrer im Angestelltenverhältnis handelt.

57. Alter

Frage 57

In welchem Jahr sind Sie geboren?

Tabelle 57: Geburtsjahr

	Gesamt	%	% alle
1935 – 1940	2	2,2	1,8
1941 – 1945	9	9,7	11,8
1946 – 1950	22	23,7	25,4
1951 – 1955	24	25,8	22,6
1956 – 1960	11	11,8	12,2
1961 – 1965	8	8,6	9,5
1966 – 1970	7	7,5	7,7
1971 – 1975	7	7,5	6,8
1976 –	1	1,1	2,3
keine Antwort	2	2,2	0
	93	100,1	100,1

Unter den befragten MdB überwiegen die über 50-Jährigen (Jahrgänge 1940 bis 1955). Sie machen 60,3% der Befragten aus. Dies entspricht nahezu dem Anteil dieser Altersgruppen unter alle 221 gewerkschaftlich organisierten MdB (61,6%).

58. Geschlecht

Frage 58

Und als was gehen Sie sonst noch so durchs Leben?

Tabelle 58: Geschlecht

	Gesamt	%	% alle
Frau	33	35,5	37,6
Mann	59	63,4	62,4
keine Antwort	1	1,1	0
	93	100	100

Frauen (35,5%) und Männer (63,4%) haben fast proportional zur Grundgesamtheit aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB an der Befragung teilgenommen.

Resümee

Kandidaturen sind Parteiprojekte

Die Kandidaturen der gewerkschaftlich organisierten MdB sind „Parteiprojekte“, keine Gewerkschaftsprojekte. Überwiegend handelt es sich um parteipolitisch motivierte Kandidaturen. Der entscheidende Anstoß zur Kandidatur der befragten Abgeordneten kam überwiegend aus der Partei – bei den MdB der Linken sogar noch mehr als bei den sozialdemokratischen Abgeordneten – und nur in wenigen Fällen von übergeordneten Gewerkschaftsstellen. Entscheidende Impulse aus den Gewerkschaften zur Kandidatur empfangen ausschließlich Sozialdemokraten. Von maßgeblicher Bedeutung für die Kandidatur war die Parteiarbeit, bei den MdB der Linken noch mehr als bei den Sozialdemokraten. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft hat bei der Kandidatur dagegen nur eine Rolle neben anderen gespielt oder sie hatte nur geringe oder gar keine Bedeutung. Eine entscheidende oder erhebliche Bedeutung hatte sie nur für eine Minderheit, darunter mehr Sozialdemokraten als Linke.

Ebenfalls nur eine Minderheit der MdB hat sich vor der Kandidatur durch ihr gewerkschaftliches Umfeld beraten lassen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben ihr Umfeld häufiger zu Rate gezogen als die MdB der Linken. Übergeordnete Gewerkschaftsvorstände wurden im Vorfeld der Kandidatur nur von wenigen Befragten – ausschließlich Sozialdemokraten – konsultiert, teilweise weil die Kandidaten selbst aus diesen Gremien kamen. Auf allen Ebenen der Gewerkschaften überwiegt die distanzierte bis gleichgültige Haltung der Gremien gegenüber den Kandidaturambitionen von Mitgliedern. Dabei ist die Unterstützung auf regionalen Ebenen höher als auf zentralen. Wenn überhaupt, dann werden die Kandidaturen von regionalen Gewerkschaftsorganisationen mitgetragen. Die Unterstützung ist für die MdB der Linken insgesamt und auf allen Ebenen (Ausnahme Bezirksebene) noch geringer als für die SPD. Die grundsätzlich parteipolitisch motivierten Kandidaturen der Sozialdemokraten sind um Nuancen mehr gewerkschaftlich beeinflusst als die der MdB der Linken.

Diese Konstellation muss grundlegende Folgen für die Hierarchie der Loyalitäten haben. Parteien vergeben die Wahlkreise und Listenplätze und nicht die Gewerkschaften. Dass die Parteien an die Mandatsvergabe Erwartungen an die Loyalität der Kandidaten knüpfen, ist berechtigt und liegt in der Natur der Sache. Selbst engagierte Gewerkschafter müssen daraus für sich den Schluss ziehen, in aller Regel und insbesondere in Loyalitätskonflikten die Loyalität zu ihrer Partei über die Loyalität zu ihrer Gewerkschaft zu stellen. Dabei dürften die Loyalitätskonflikte für die sozialdemokratischen MdB schwieriger zu handhaben gewesen sein als für die MdB der Linken. Deren Kandidaturen sind noch mehr als die der Sozialdemokraten Parteiprojekte. Aber die Oppositionsrolle entlastet sie respektive erleichtert es ihnen, etwaige divergierende Partei- und Gewerkschaftspositionen auszutarieren. Ohnehin versteht sich die Linke als gewerkschaftsnahe oder -freundliche Partei. Die sozialdemokratischen MdB dagegen mussten

nicht nur Regierungsvorhaben einer Großen Koalition mit gewerkschaftlichen Positionen vermitteln. Ihre Kandidaturen sind – wiewohl ebenfalls vor allem Parteiprojekte – allerdings etwas mehr gewerkschaftlich geprägt als die der Linken, weshalb sie gegenüber den Gewerkschaften auch mehr in der Pflicht stehen. Die allgemeine These vom „distanzierten Wohlwollen und der wohlwollenden Indifferenz“ vor allem der übergeordneten Gewerkschaftsgremien gegenüber den Kandidaturambitionen von Mitgliedern, die in der qualitativen Vorstudie entwickelt worden war, wird durch die quantitativen Daten bestätigt. Von einem *Gewerkschaftsblock* könnte sinnvollerweise nur dann die Rede sein, wenn die Gewerkschaften massiven Einfluss auf die Kandidaturen und ihre Vorbereitung genommen hätten. Dies ist aber nicht der Fall. Anstatt lediglich von der Gewerkschaftsmitgliedschaft sofort auf einen „Block“ zu schließen, liegt es näher, die Frage aufzuwerfen, ob die Gewerkschaften mit ihrer Zurückhaltung auf dem Feld der politischen Kandidaturplanung nicht auf eine wichtige strategische Ressource für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten.

Differenzierte Selbstwahrnehmung und komplexe Praxis

Folgerichtig deutet sich die Mehrheit der MdB mehr als Parteipolitiker und nicht als Gewerkschafter. Auch das spricht gegen die These vom Gewerkschaftsblock. Als reine Parteipolitiker respektive vor allem als Gewerkschafter sieht sich nur eine kleine Minderheit von MdB. Alle anderen halten beide Rollen für vereinbar. Die politische Arbeit als MdB bestimmt die Selbstreflexion und überlagert die Identität als Gewerkschafter – das Sein bestimmt das Bewusstsein. Allerdings zeigen sich durchaus bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der Linken hat die Mehrheit keine Probleme, beide Rollen zu vereinbaren. Das kann bei der SPD nur eine Minderheit. Die Mehrheit der Sozialdemokraten sieht sich mehr oder vor allem als Parteipolitiker. Hier schlagen die unterschiedlichen parlamentarischen Funktionen durch. Die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten im Regierungslager sehen häufiger Probleme, die Rollen als Parteipolitiker und Gewerkschafter auszubalancieren, und sie deuten sich mehrheitlich als koalitionsstreu Parteipolitiker. Die Opposition dagegen erleichtert den Ausgleich von Widersprüchen, weswegen in der Linksfraktion weniger gewerkschaftlich organisierte MdB Probleme sehen, die beiden Rollen in Einklang zu bringen.

Die Mehrheit der befragten Abgeordneten hat allerdings Schwierigkeiten, ihr Bundestagsmandat mit gewerkschaftlichen Aktivitäten zu verbinden. Dabei ist der Anteil der MdB der Linken, der beides für kompatibel hält, und der Anteil, der Mandat und Gewerkschaftsaktivitäten für nicht kompatibel hält, jeweils höher als bei den sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Abgeordneten nehmen das Rollenproblem wesentlich gespaltener wahr als die Sozialdemokraten. Den meisten Abgeordneten gilt als die wichtigste Eigenschaft eines Gewerkschafters im Bundestag, sich auch im Parlament

gewerkschaftlichen Positionen verbunden zu fühlen. Im politisch-parlamentarischen Alltag fällt dies besonders den sozialdemokratischen Abgeordneten im Regierungslager nicht immer leicht, weil Koalitionskompromisse und gewerkschaftliche Positionen oft nur schwer vermittelt werden können. Nur eine Minderheit hält es für eine wichtige Eigenschaft eines aktiven Gewerkschafters, im Bundestag gewerkschaftliche Positionen auch aktiv zu vertreten. Die Eigenschaften eines aktiven Gewerkschafters im Bundestag werden vor allem auf der Ebene der politischen Bindungen und der politischen Beziehungen angesiedelt und weniger auf der Ebene der unmittelbaren politischen Intervention, der dezidierten Interessenvertretung und sozialer Beziehungen wie Basiskontakte. Aktiv am Gewerkschaftsleben nimmt neben dem Mandat nur noch eine kleine Minderheit der MdB teil. Zeitmangel und die volle Auslastung durch die Politik sind die Gründe.

Als Orientierungshilfe und Richtschnur des eigenen politischen Handelns ist die Parteiprogrammatik ungleich wichtiger als die Gewerkschaftsprogrammatik. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen SPD und Linkspartei. Auch bei der Linkspartei ist die Parteiprogrammatik wichtiger als die Gewerkschaftsbeschlüsse. Doch erklären wesentlich mehr MdB der Linken als der Sozialdemokraten die Gewerkschaftsprogrammatik für sich als handlungsleitend. Insgesamt spielen die Gewerkschaftsprogrammatik und gewerkschaftliche Beschlüsse als zusätzliche Orientierungshilfen neben der Parteiprogrammatik für die meisten Abgeordneten eine wichtige Rolle oder werden berücksichtigt, wenn es geht. Der Anteil der MdB, die gewerkschaftlichen Positionen für ihre Arbeit eine wichtige Rolle beimessen, ist in der Linksfraktion wesentlich höher als bei der SPD. Nur ganz wenige MdB messen gewerkschaftlichen Positionen eine untergeordnete Bedeutung bei. Die Loyalitätshierarchie ist aber eindeutig. Im Zweifelsfall und in den meisten Konfliktfällen geht Partei vor Gewerkschaft.

Entsprechend ihrer Verteilung auf die Ausschüsse ist nur eine Minderheit von Abgeordneten unmittelbar mit gewerkschaftlichen Themen befasst. Die Mehrheit musste sich in ihre Themen neu einarbeiten. Und wesentlich mehr Abgeordnete halten die Vorerfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit nur für bedingt nützlich als für wirklich hilfreich. Für die gewerkschaftlich organisierten MdB eröffnet sich also im Bundestag nicht nur formal ein neuer Arbeitszusammenhang sondern auch sachlich-inhaltlich ein völlig neues Praxisfeld, in das zwar gewerkschaftliche Erfahrungen einfließen können, aber nicht dominieren. Die Antworten lassen die widersprüchlichen Bemühungen der gewerkschaftlich organisierten MdB erkennen, die unterschiedlichen Logiken der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und der parlamentarischen Arbeit nach dem Perspektivwechsel, den ihr neues Praxisfeld verlangt, in Einklang zu bringen.

Im Blickfeld des gewerkschaftlichen Lobbyismus

Die große Majorität der gewerkschaftlich organisierten MdB steht nicht mehr wie bisher – in der 14. bis 16. Legislaturperiode – im Regierungslager, sondern gehört den

Oppositionsfraktionen an. Unter Gewerkschaftslobbyisten ist durchaus strittig, welche Bedeutung den Abgeordneten überhaupt und den gewerkschaftlich organisierten im Besonderen in ihren Strategien zukommt. So oder so verändert sich die Lage in der 17. Legislaturperiode für alle grundlegend. Welche Rolle ihnen auch immer in den unterschiedlichen Lobbystrategien der Gewerkschaft zugewiesen wurde – ihre Bedeutung für die unmittelbare Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Einflussnahme auf die Gesetzgebung wird in jedem Falle abnehmen. Wenn gewerkschaftliche Positionen massiv an das Parlament herangetragen werden, müssen sich im Grunde alle MdB damit auseinandersetzen, das gilt für alle gesellschaftlich relevante Themen wie z.B. den Mindestlohn. Ob und wie sie sich dafür einsetzen, hängt von der Fraktionszugehörigkeit und ihrer parlamentarische Rolle ab. Insofern hat sich die Konstellation zugleich verbessert und verschlechtert. Mit der Wahl 2009 wurde die Aufspaltung wesentlicher Teile der gewerkschaftlich organisierten MdB auf das Regierungslager und die Opposition beendet. Jetzt vollzieht sich gewissermaßen eine „(Wieder)Vereinigung“ der gewerkschaftlich organisierten MdB in der Opposition, wenngleich sie nach wie vor auf drei hochkonkurrenente Parteien verteilt sind, die um die politische und intellektuelle Führung in der Opposition kämpfen.⁸ Für eine gemeinsame Antragstellung – etwa zum gesetzlichen Mindestlohn – ist dies jedenfalls eine günstigere Konstellation als während der Großen Koalition. Allerdings handelt es sich dabei dann nur um demonstrative Anträge der Opposition. Das ist ihre Schwäche. Eine Stärke kann daraus nur werden, wenn derlei Anträge öffentlich-diskursiv verarbeitet werden und die öffentlichen Reaktionen in die Politik zurückgespielt werden. Soweit die gewerkschaftlichen Lobbyisten mit wichtigen Parlamentariern zusammengearbeitet haben, die Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen können, sind sie dieser Möglichkeit in der 17. Legislaturperiode nunmehr weitgehend beraubt.

Addiert man die über 80 befragten MdB, die schon lange in Partei und Gewerkschaft sind, und die zwölf Hauptamtlichen, die zwar in der Vorgängerstudie interviewt wurden, aber nicht an der Befragung teilnahmen, unterstellt man schließlich noch eine kleine Anzahl engagierter Abgeordneter, die sich generell an Umfragen nicht beteiligen, dann ist realistisch, von ca. 100 respektive der Hälfte aller 221 gewerkschaftlich organisierten MdB auszugehen, bei denen zumindest mit einem beträchtlichen Interesse an der Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Positionen zu rechnen ist. Das war immerhin ein Sechstel des gesamten Parlaments während der 16. Legislaturperiode. Darunter waren zahlreiche Personen mit einem ausgewiesenen gewerkschaftlichen Erfahrungshintergrund, den sie in ihrer früheren Gewerkschaftstätigkeit gewonnen haben, mit wichtigen parteipolitischen Funktionen, Ämtern in Regierung und Fraktionen und mit politischer Lebenserfahrung. Regierungsfunktionen hatten ausschließlich sozialdemokratische MdB, sie hatten auch häufiger Parteiämter inne. Dagegen war der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten in der Führungsspitze ihrer Fraktion bei der Linken höher. Die Mehrheit der befragten MdB gehört außerdem den gehobenen Bildungs-

⁸ Eine Koalition in der Opposition werde es nicht geben, verlautet allenthalben, obwohl dies weder zwingend noch begründet aus parlamentarischen Traditionen oder demokratietheoretischen Überlegungen hervorgeht. Andererseits ist immerhin das Wort von der „Ablösekoalition“ im Umlauf.

schichten an und arbeitete vor dem Antritt des Mandats in mittleren bis gehobenen Berufspositionen. Summa summarum handelt es sich also um Personal von Gewicht. Auch wenn für alle Lobbyisten die parlamentarischen Kontakte nur in ganz seltenen Fällen die Bedeutung gut ausgebauter Kontakte zur Exekutive erreichen, haben sich die Einflussmöglichkeiten für die Gewerkschaften nach dem Verlust der parlamentarischen Gesprächspartner im Regierungslager gewiss nicht verbessert. Die Gewerkschaften sind nunmehr bei der unmittelbaren Interessenvertretung auf die Kontaktpflege zu Ministern und Fachbeamten angewiesen. Auf die partielle Affinität sozialdemokratischer Hauspitzen und Spitzenministerialen zu gewerkschaftlichen Vorstellungen können sie nun allerdings nicht mehr zählen. Gesprächspartner wie die gewerkschaftlich organisierten sozialdemokratischen parlamentarischen Staatssekretäre im Arbeitsministerium finden sie nicht mehr vor.

Weder Gewerkschaftsblock noch Arbeitnehmerlager

Einen Gewerkschaftsblock, in dem die weitgehende politische Übereinstimmung der DGB-Gewerkschafter in den Oppositionsfraktionen sich auch in der Vorbereitung gemeinsamer Positionen, Anträge, Abstimmungen etc. niederschlägt, hat sich im Bundestag in der vergangenen 16. Legislaturperiode nicht formiert. Auch ein Arbeitnehmerlager, in dem die weitgehende politische Übereinstimmung von Arbeitnehmervertretern aus DGB-Gewerkschaften, anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie aus CDA und CSA hergestellt und in gemeinsamen politischen Projekten umgesetzt worden wäre, hat es nicht gegeben. Dabei war die Große Koalition hierfür die denkbar beste Voraussetzung. Die dauerhafte Existenz eines solchen informellen Blocks oder Lagers wird von den befragten MdB mit großer Mehrheit bestritten. Die oppositionellen MdB der Linken sind hier noch skeptischer als ihre regierenden Kollegen von der SPD. Diese Block- und Lagerbildung war aufgrund der unterschiedlichen parteipolitischen Bindungen der Gewerkschafter, ihrer Aufspaltung in Regierung und Opposition und weiterer fragmentierender Faktoren (divergierende einzelgewerkschaftliche, branchenspezifische und regionale Interessen) auch höchst unwahrscheinlich. Wenn überhaupt – so sagen es die befragten MdB –, geschah diese Bildung eines Blocks oder Lagers nur punktuell, als allenfalls zeitweilige, kurzfristige Intensivierung vor allem kommunikativer Zusammenhänge, in denen einzelne parlamentarische Vorgänge thematisiert werden.

Zwei Drittel der MdB glauben im Übrigen, dass gewerkschaftliche Gemeinsamkeiten durch die Aufspaltung der MdB auf Regierung und Opposition zumindest teilweise aufgesprengt werden. Die oppositionellen MdB der Linken vertreten diese Überzeugung noch deutlich häufiger als die in die Regierungskoalition eingebundenen MdB der SPD. Sie ist jetzt hinfällig. Die gewerkschaftlich organisierten MdB sind in der 17. Legislaturperiode in ihrer übergroßen Mehrheit in der Opposition vereint. Gegensätze entspringen in Zukunft jedenfalls nicht mehr grundlegenden Rollendifferenzen, sondern nur noch unterschiedlichen politischen und ideologischen Positionierungen. Ein

Gewerkschaftsblock ist aber auch in der 17. Legislaturperiode nicht zu erwarten. Dazu sind – so jedenfalls die Erfahrungen – die parteipolitischen Bindungen zu groß und das Interventions- und Organisationspotenzial der Gewerkschaften zu gering. Und erst recht ist nicht auf ein Arbeitnehmerlager zu hoffen. Dies herzustellen ist selbst unter den begünstigenden Umständen der Großen Koalition nur in Einzelfällen gelungen. Jetzt stehen sich nicht mehr die DGB-Gewerkschafter in Regierungskoalition und Opposition wie in der 16. Legislaturperiode gegenüber, wohl aber und im Gegensatz zu dieser Konstellation DGB-Mitglieder und diverse andere Arbeitnehmer-Vertreter (CDA/CSA, christliche Gewerkschaften, Berufsverbände).

Parlamentarier in kommunikativen Schlüsselpositionen

Selbst wenn die gewerkschaftlich organisierten MdB in der Opposition nicht mehr über Macht und Einfluss verfügen, unmittelbar in die Gesetzgebung und politische Projekte zu intervenieren, ist ihnen ihr öffentliches, innerorganisatorisches und parlamentarisches Kommunikationspotenzial verblieben. Auch ohne Regierungsmacht finden sie sich in Parteien, Fraktionen und Gewerkschaften an kommunikativen Schlüsselstellungen wieder. Sie können sich aufgrund ihrer gemeinsamen Organisationszugehörigkeit über Fraktionsgrenzen hinweg und vermittelnd zwischen Gewerkschaften und Parteien für eine bürgernahe und arbeitnehmerfreundliche Politik stark machen. Um die Potenziale dieser kommunikativen Schlüsselstellung auszuschöpfen, bedarf es keiner formalen Blockbildung unter zentraler Regie, aber doch einer konsistenten Selbsteutung. Für die MdB der Linkspartei hat sich die Lage nicht wesentlich geändert. Ihre Fraktion ist nur größer geworden und mit der Zahl ihrer Mandate näher an die geschrumpfte Sozialdemokratie herangerückt. Die gewerkschaftlich organisierten MdB der Sozialdemokratie dagegen müssen nach elf Regierungsjahren und in ihrer erheblich verkleinerten Fraktion nicht nur den Schock des Machtverlustes verarbeiten, sondern sich auch von der Verteidigung der Regierung auf Angriff umstellen. Sie vor allem müssen für sich eine neue Definition ihrer Rolle im Parlament, aber auch darüber hinaus in gesellschaftlichen Prozessen entdecken.

Aus der quantitativen Erhebung erschließt sich eine politische Hinterlassenschaft der gewerkschaftlich organisierten MdB der 16. Legislaturperiode. Die Untersuchung hat sowohl formale organisatorische und strukturelle als auch mentale Voraussetzungen in den beiden Fraktionen mit hohem Gewerkschafteranteil identifiziert, die in die 17. Legislaturperiode überführt werden können. Schon in der 16. Legislaturperiode haben sich zwischen Abgeordneten, ihren Fraktionen und Gewerkschaften ausbaufähige Arbeits- und Kooperationszusammenhänge entwickelt. Die Gewerkschaften werden von den gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten trotz aller Differenzen ganz allge-

mein als wichtig für die eigene Politik akzeptiert, die Präsenz von Gewerkschaftern im Bundestag wird für wichtig gehalten. Die politisch-inhaltliche Übereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Fraktionen überwiegt die Gegensätze bei weitem, auch wenn die Übereinstimmung mit der eigenen Partei als noch höher eingestuft wird. Niemand hält die Beziehungen zwischen Fraktionen und den Einzelgewerkschaften beziehungsweise dem DGB für zerrüttet, allerdings hält die Mehrheit der MdB diese Beziehungen für nicht optimal und deshalb verbesserungswürdig.

Es existieren aber bereits vielfältige und ausbaufähige Formen der Zusammenarbeit: Vorstandskontakte, Besuch gewerkschaftlicher Veranstaltungen, Treffen mit Gewerkschaftsvorständen sowie politischer und fachlicher Austausch auf verschiedenen Ebenen. Die Mehrheit der MdB fühlt sich von den Gewerkschaften ordentlich informiert, auch wenn die Informationspraxis einem beträchtlichen Anteil der MdB Anlass zur Kritik bietet. Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftern der eigenen Fraktion ist gut. Die Beurteilung der persönlichen Beziehungen zu Kollegen in anderen Fraktionen spiegeln die politische Nähe und Distanz zu den anderen Fraktionen und auch deren unterschiedliche Wahrnehmung wider. So stehen wesentlich mehr SPD-Abgeordnete ihren Kollegen von der Linken skeptisch gegenüber als umgekehrt. Aber auch dieses Verhältnis wird wechselseitig mehrheitlich nicht als schlecht, sondern als mittelmäßig klassifiziert, teilweise sogar als gut. Gewerkschaftliche Beschlüsse spielen für die Orientierung des Handelns eine wichtige Rolle. Eine Minderheit versteht sich sogar als Sprachrohr gewerkschaftlicher Ziele. Das Verhältnis zwischen den Fraktionen der SPD und der Linken zu den Einzelgewerkschaften ebenso wie zum DGB hat sich in den letzten Jahren, insbesondere seit Rot-Grün verbessert. Das Verhältnis zur Kanzlerin hat sich dagegen aus der Sicht der MdB der SPD und der Linken selbst im Vergleich zum ungeliebten Agenda-Schröder verschlechtert. Gerade eine starke Mehrheit der MdB aus der Linksfraktion, zu denen bekannte und dezidierte Schröder-Kritiker gehören, betont dies besonders. Das ambivalente Urteil über die Veränderung der Beziehungen zu den Ministern ist Folge der Neuaufteilung der Ministerien in der Großen Koalition. Generell lassen sich unterschiedliche Urteile und Einschätzungen der MdB von SPD und Linksfraktion vor allem mit der unterschiedlichen Funktion im Parlament erklären. Der Agenda-Schock und der seinerzeitige Tiefpunkt der Beziehungen scheinen jedenfalls überwunden.

Die Befragung bot keine Möglichkeit, Animositäten und abschätzigste Urteile so offen zu äußern wie in den Interviews, in denen die harten Kontroversen der hauptamtlichen Frontakteure reproduziert wurden. Aber sie spiegelt dennoch eine echte und reale Beruhigung der Verhältnisse wider, sowie die Bemühungen insbesondere der sozialdemokratischen Abgeordneten, an dieser Beruhigung mitzuwirken. An diesem Interesse orientieren sich auch die Anregungen, mit denen die MdB konstruktiv auf das eigene Urteil über die suboptimalen Beziehungen zwischen Fraktionen und Gewerkschaften reagieren. Die persönlichen Statements der MdB konzentrieren sich auf Vorschläge zur

Verbesserung der Kooperation. Verlangt werden mehr offene Fachdiskussionen und Kontakte in Fachgebieten, ein intensiverer Dialog, die Vernetzung zum Zweck eines effektiveren Austausches, frühzeitige Abstimmung, häufigere Kontakte und ein offener Umgang, häufigere Arbeitstreffen und Gesprächsrunden, regelmäßige Konsultationen. Neben diesem Wunsch nach mehr Austausch wird vor allem darauf abgehoben, wechselseitig die unterschiedlichen Rollen anzuerkennen.

Die Ergebnisse der Untersuchung deuten verschiedene Möglichkeiten an, in welche Richtung die gewerkschaftlich organisierten MdB ihre kommunikative Schlüsselposition nutzen könnten. Zuallererst können sie dazu beitragen, die Beziehungen zwischen parlamentarischer Opposition und Gewerkschaften weiter zu verbessern. Sie stehen dabei nicht am Nullpunkt oder – wie noch vor wenigen Jahren ein Teil der sozialdemokratischen MdB – an einem Tiefpunkt. Vielmehr finden sie vergleichsweise entspannte und entkrampfte Verhältnisse vor und können auf etablierte Beziehungen und Strukturen aufbauen. Die gemeinsame Oppositionsrolle erleichtert die Kommunikation untereinander. Die Abgeordneten können in der parlamentarischen Opposition zwischen den Fraktionen integrierend und konfliktentschärfend wirken und damit die Schlagkraft der parlamentarischen Opposition erhöhen, vor allem wenn es ihnen gelingt, die parteipolitische Konkurrenz um die besseren Beziehungen zu den Gewerkschaften zurückzuschrauben. Verstärkung der Kommunikation über die Fraktionsgrenzen hinweg ist eine Voraussetzung, um gewerkschaftlichen Anliegen im Parlament und aus dem Parlament heraus Gehör zu verschaffen, wenn auch nur aus einer parlamentarischen Minderheitenposition.

Lager? Lager!

Im Folgenden wird auf Basis der Daten, vor dem Hintergrund von Wahlanalysen und Debatten über die allgemeinen strategischen Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Bundestagswahlen 2009 ein etwas weiterer Ausblick skizziert. Greift man die These von der kommunikativen Schlüsselposition nochmals auf, dann können die integrierenden Diskursbeiträge von Mitgliedern eines organisatorischen Zusammenhangs, nämlich des DGB und der Einzelgewerkschaften, über die Grenzen von Parteien und Fraktionen hinweg eine Bedeutung erlangen, die über die unmittelbare gewerkschaftliche Interessenvertretung hinausweist. Und hält man Abstand zu der aus dem Unternehmerlager heraus unterstellten engen, organisationsegoistischen Version der Block- und Lagerbildung, dann kann der Kern der gewerkschaftlich organisierten MdB der 17. Legislaturperiode für eine Lagerbildung ganz anderen Zuschnitts von erheblicher Bedeutung sein. Bedeutung können die kommunikativen Beiträge der gewerkschaftlich organisierten MdB für eine weit über Parlament, Gewerkschaftsblock und Arbeitnehmerlager und tief in die Gesellschaft ausgreifende politisch-gesellschaftliche Lagerbildung gewinnen, wie sie Union und FDP mit der Gegenüberstellung „bürgerlichem“ und „linkem“ Lager im Wahlkampf 2009 thematisiert haben. Eine derartige gesellschaftliche Lagerbildung liefert gewerkschaftlicher Intervention den allgemeinen Rahmen, ist eine Grundvoraus-

setzung für Erfolg oder Misserfolg. Recht gedeutet lassen sich in den Statements der Abgeordneten der 16. Legislaturperiode zarte Ansatzpunkte für eine sukzessive Restrukturierung der nunmehr erst wieder potenziellen „*Mehrheit diesseits der Union*“ (Willy Brandt) zu einem politischen Lager nachzeichnen.⁹

Ausgerechnet im Krisenjahr 2009 ist es im Gegensatz zu den drei Bundestagswahlen zuvor (1998, 2002, 2005) nicht gelungen, eine Mehrheit des „bürgerlichen“ Lagers zu verhindern, geschweige denn die Mehrheit diesseits der Union zu stabilisieren und gar in ein konsistentes politisches Lager, d. h. ein Lager mit einem glaubwürdigen Regierungsprojekt zu transformieren. Die große Mehrheit der Gewerkschafter und der SPD-Mitglieder sind seit jeher zu dieser Mehrheit diesseits der Union zu rechnen, und sie standen mehrheitlich gewiss auch im und zum rot-grünen Lager. Gewerkschaften und SPD waren über Jahrzehnte die beiden großen Träger eines sozialen und demokratischen Diskurses. Die Partei Die Linke führt zwar ebenfalls diese Diskurse und steht definitiv in einem Lager diesseits der Union. Sie gehört aber vor allem aus historischen Gründen nicht von vornherein zu den anerkannten Kräften, die diesem Lager Struktur verleihen. Unter der diskursiven Hegemonie des Neoliberalismus zu Beginn des Jahrtausends sind diese soziale und demokratische Diskursformation und jeder Ansatz zur Formierung eines handlungsfähigen, mehrheitsfähigen politischen Mitte-Links-Lagers zumindest zeitweilig zerbrochen. Das Zerwürfnis zwischen Gewerkschaften und SPD spielt dabei eine maßgebliche Rolle. Nichtsdestotrotz und nach wie vor können sich aber die Gewerkschaften und die Parteien, die mehr oder weniger eindeutig zu diesem Lager zu zählen sind, auf eine sozialdemokratisierte majoritäre gesellschaftliche Mentalität stützen, auf einen gesellschaftlichen *common sense*, der die Gerechtigkeit hoch hält. Er hat in drei Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005) den Triumph des „bürgerlichen“ Lagers verhindert und ist auch in der besonderen Situation der Wahlen 2009 nicht verschwunden.

Der tiefere Grund für das Zerwürfnis zwischen Gewerkschaften und SPD ist nicht einfach nur die Ausdifferenzierung der Aufgaben und Funktionslogiken von Parteien und Gewerkschaften im turbulenten gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte.¹⁰ Gewiss haben Gewerkschaften wie Parteien in diesem Prozess ihre jeweiligen Handlungslogiken akzentuiert. Kommunizieren Gewerkschaften mit der Politik, prallt die Logik der Machtkontrolle und Machtorientierung einer Interessenvertretung, die Mitgliederbedürfnisse befriedigt, um Mitgliederzahlen zu maximieren, auf die Logik der politischen Machtausübung und Machterhaltung, die Stimmen maximiert, um die Mehrheit zu behaupten. Gewerkschaftliche Interessenvertretung zielt auf Solidarität der Arbeitnehmer. Gesellschaftliche Solidarität hat vor allem die Solidarität der Citoyen im Blick,

9 Um einen Vorschlag, wie ein solches Lager nun im Gegensatz zum „bürgerlichen“ apostrophiert werden sollte, geht es hier nicht. In der Diskussion sind das „progressive“, das „demokratisch-republikanische“, das „soziale und demokratische“ Lager, dazu – im Gegensatz zum angemäßen „bürgerlichen“ Lager – das „Lager der ehrlichen Arbeit“. Immer noch wird auch die „Linke“ in Erwägung gezogen. Im Folgenden wird lediglich der Ort dieses Lagers angesprochen: „Diesseits der Union“ und „Mitte-Links“.

10 Diesen Ausdifferenzierungsprozessen als Hintergrund von Kontroversen zwischen Gewerkschaften und Parteien galt in der Vorgängerstudie das besondere Interesse.

die Solidarität der Starken mit ihren schwachen Mitbürgern. Arbeitnehmersolidarität soll eine bestimmte Gruppe, allerdings eine sehr große, stark machen. Sozialdemokratische Politik zielt auf „gesellschaftliche Solidarität“ ab, also auf die Solidarität aller, oder – nüchterner – auf gesellschaftliche Kohäsion. Wer nach der Logik einer dieser Formationen funktionieren muss, verabsolutiert ihre Logik zwangsläufig, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben. Wer sich für eine Logik entschieden hat, erklärt sich die Logik der anderen Formation mit den Metaphern der eigenen. Daraus entsteht Dissens, erwächst in aller Regel mehr Kritik als Verständnis für die andere Seite. Diesen modus operandi kommunikativ zu durchbrechen, ist von vornherein schwierig. Von den Akteuren wird nichts weniger verlangt, als sich in die Lage des anderen zu versetzen und dessen Logik nachzuvollziehen.

Diese gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse reichen nun zwar zur Erklärung der Aufspaltung der „Einheit der Arbeiterbewegung“ aus, aber keineswegs zur Erklärung der Auflösung des sozialen und demokratischen Lagers diesseits der Union als diskursivem Raum, der wesentlich niederschwelliger integriert ist als es die weitergehenden Vorstellungen von der Einheit oder eines Bündnisses suggerieren. Dass sich die enge geistige und organisatorische Verbindung von SPD und Gewerkschaften, die über viele Jahrzehnte gewachsen ist und im Mythos von der Einheit der Arbeiterbewegung gefeiert wurde, seit Jahren auflöst, ist – stellt man gesellschaftliche Differenzierungsprozesse in Rechnung – zwangsläufig und unvermeidbar. Politische Lager dagegen halten derlei Differenzierungsprozesse aus. Ja es ist nachgerade eines ihrer Kennzeichen, unterschiedliche Funktionslogiken integrieren und akzeptieren zu können. Union und FDP einerseits und den Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden andererseits gelingt dies im „bürgerlichen“ Lager seit jeher. Interessen und die intellektuellen und emotionalen Bindekräfte eines politischen Lagers machen auch die Spannungen aushaltbar, wenn eine politische Formation des eigenen mit einer politischen Formation des anderen Lagers koalitiert. Dass die oppositionelle FDP sowohl Rot-Grün als auch die Große Koalition im Großen und Ganzen und trotz alledem vergleichsweise unverbrüchlich an der Seite der Union überdauert hat, zeugt von diesen Bindekräften, die das „bürgerliche“ Lager zusammenhalten.

Die Agenda-Politik von Bundeskanzler Schröder dagegen hat die Bindekräfte mittele links überlastet und ganz offensichtlich die Zündschnur an den Grundkonsens gelegt, der das mehrheitsfähige Lager diesseits der Union zusammenhielt. Die Agenda 2010 wurde unter massivem öffentlichem Druck, in der Rezession, bei knappen Mehrheiten, einer gegnerischen Bundesratsmehrheit und unter Bedingungen reduzierter staatlicher Handlungsmöglichkeiten formuliert. Kanzler und SPD waren gezwungen, zumindest partiell Anschluss an die Problembeschreibungen des Elitendiskurses zu halten und haben deshalb Elemente der neoliberalen Weltdeutung übernommen. Die Gewerkschaften waren im öffentlichen Diskurs zu schwach, um den Kanzler zu einer anderen Politik zu bewegen und ihm dafür auch die notwendige Rückendeckung zu geben. Sie haben ihrerseits den Anschluss an den sozialdemokratisierten common sense zu halten versucht und vor allem an dessen normativen Kern appelliert. Die SPD musste die Agenda machen

und die Gewerkschaften mussten dagegen sein. Beide haben die Motive der anderen Seite weder verstehen wollen noch akzeptieren können. Die besonderen Umstände ab 2002 haben es zusätzlich erschwert, die Konfrontation der jeweiligen Funktionslogiken kommunikativ abzuwenden.

Offenkundig haben aber darüber hinaus die Agenda-Politik von Rot-Grün und die folgende Koalition der SPD mit der Union die intellektuelle Belastbarkeit überreizt und den integrierenden Gefühlshaushalt überlastet, die zur Formierung eines handlungsfähigen politischen Lagers diesseits der Union erforderlich sind. Im Kern wurde der normative Konsens dieses Lagers aufgelöst, in dessen Mittelpunkt die Gerechtigkeit steht. Exemplarisch stehen dafür die harten bis gehässigen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und SPD um die Agenda 2010. Die Kontroversen um die 76er-Mitbestimmung während der sozial-liberalen Koalition haben wegen des Kompromisses der Sozialdemokratie mit der FDP gewiss auch das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften belastet, aber nie in dem Maße wie zu Agenda-Zeiten. Und ähnlich tiefe Dissense sind zwischen Union, FDP, diversen Arbeitgeber- und Industrieverbänden nie aufgebrochen, nicht einmal in der müden Endphase der Ära Kohl. Die diffuse Mehrheitsstimmung, der gesellschaftliche common sense konnten ab 2002 von der SPD nicht mehr in Politik übersetzt werden. Das Lager diesseits der Union hat sich aufgelöst, weil die treibenden Kräfte in der regierenden SPD den partiellen Bruch der Agenda-Politik mit den – im sozialdemokratisierten common sense verdichteten – lebensweltlichen Erfahrungen und dem historischen Erbe der Sozialdemokratie nicht konsensual kommunizieren, vor allem nicht mehr normativ unterfüttern konnten. Und die Kritiker im eigenen Lager, in den Gewerkschaften wie in der SPD, haben sich für eine konsensorientierte normative Kommunikation dieses partiellen Bruchs, die Verständnis für die Schwierigkeiten des Regierungshandeln signalisiert hätte, nicht erwärmen können. Politisch-gesellschaftliche Lager halten vieles aus, das ist nachgerade ihr Kennzeichen. Doch gibt es ganz offenkundig Grenzen der Belastbarkeit durch normative Dissense. Der Zerfall von Rot-Grün 2005 und die Aufsplitterung des sozialen und demokratischen Diskurses auf zwei Parteien hat die Schwächung des Lagers forciert. Das ohnehin fragile Lager diesseits der Union wurde schließlich noch durch die Große Koalition belastet. An der Rekonstruktion eines politikfähigen Gegenpols zum „bürgerlichen“ Lager haben die Gewerkschaften ganz unabhängig von ihren Positionierungen im Einzelnen ein elementares Interesse. Gewerkschaften in der Demokratie arrangieren sich zwar mit jeder gewählten Regierung. Aber nun sind die Gewerkschaften zum Arrangement mit einer Regierung gezwungen, die ihren Kontrahenten, den Arbeitgebern, nicht nur nahe steht. Die Akteure der konservativ-liberalen Regierung sehen sich – wie die Rede vom „bürgerlichen Lager signalisiert – mit den Arbeitgebern sogar in einem Lager. Das ist nicht unbedingt die günstigste Voraussetzung, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten.

Die gewerkschaftlich organisierten MdB können in diesem Rekonstruktionsprozess aufgrund ihrer kommunikativen Schlüsselstellung allein schon dadurch eine wichtige Rolle spielen, wenn sie zur Lockerung der Verhältnisse zwischen den Oppositionsparteien

beitragen und mithelfen, die Beziehungen zwischen diesen Parteien und den Gewerkschaften zu verbessern. Dass dazu Chancen bestehen, signalisieren die Untersuchungsergebnisse.

Anhang

Fragebogen

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Gewerkschafter im Bundestag

Fragebogen

Sehr geehrter Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter

Die Befragung aller 220 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten ist die erste sozialwissenschaftliche Untersuchung dieser Art. Sie wurde mit den Vertretern der parlamentarischen Verbindungsstellen der Einzelgewerkschaften und des DGB abgestimmt und von einer Gruppe von Abgeordneten getestet. Die Befragung setzt die Studie „Gewerkschafter im Bundestag“ fort, die 2006 und 2007 von der HansBöcklerStiftung in Auftrag gegeben wurde. Die Ergebnisse liegen in der Publikation „Der parlamentarische Arm - Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung“ vor.

Mit der Beantwortung der folgenden Fragen helfen Sie mit, die Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Studie zu erweitern und zu vertiefen.

Herzlichen Dank



Herbert Hönigsberger

Eine Bitte:

Ihre Antworten werden elektronisch verarbeitet. Es erleichtert die Aufbereitung ihrer Antworten ungemein, wenn Sie die Daten dieses Fragebogens in das onlineFormular übertragen (lassen), das Sie erhalten haben.

Wenn Ihnen dies nicht möglich ist, schicken Sie bitte Sie den ausgefüllten Fragebogen an:

**Herbert Hönigsberger
Annenstraße 51
10179 Berlin**

Erklärung zum Datenschutz

Dies ist eine anonyme Umfrage.

Die Teilnahme ist freiwillig. Die Daten mit Ihren Antworten machen es allerdings grundsätzlich möglich, Sie als befragte Person durch Abgleich mit Daten im Kürschner oder auf der Website des Bundestages zu identifizieren. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, eine personenbezogene Auswertung vorzunehmen oder personenbezogene Ergebnisse zu veröffentlichen. Vielmehr werden die Ergebnisse ausschließlich in anonymisierten statistischen Tabellen präsentiert. Die personenbezogenen Daten dienen in dieser Umfrage lediglich dazu, die Repräsentativität der Untersuchung durch Abgleich mit den von Ihnen veröffentlichten Daten zu überprüfen. Personenbezogene Daten werden auch keinen Dritten zur Verfügung gestellt. **Im Übrigen steht es Ihnen natürlich frei, Fragen nicht zu beantworten.**

Technisch wird für elektronische Datenverarbeitung dieser Umfrage ein Zugangsschlüssel benutzt. Sie können sicher sein, dass der Zugangsschlüssel nicht zusammen mit den Daten abgespeichert wird. Er wird vielmehr in einer getrennten Datenbank aufbewahrt und nur aktualisiert, um zu speichern, ob Sie die Umfrage abgeschlossen haben oder nicht. Es gibt keinen Weg die Zugangsschlüssel mit den Umfrageergebnissen zusammenzuführen.

1. Bitte geben Sie an, in welcher Einzelgewerkschaft Sie Mitglied sind?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- GEW
- GdP
- IG BCE
- IG BAU
- IG Metall
- NGG
- TRANSNET
- ver.di

2. Wann sind Sie in Ihre Gewerkschaft eingetreten? Bitte geben Sie das Eintrittsjahr an.

Bitte schreiben Sie Ihre Antwort hier: _____

3. Welcher Fraktion im Deutschen Bundestag gehören Sie an?

- CDU/CSU
- SPD
- FDP
- DIE LINKE
- Bündnis 90/ Die Grünen

4. Wann sind Sie in Ihre Partei eingetreten? Bitte geben Sie das Eintrittsjahr an.

Bitte schreiben Sie Ihre Antwort hier: _____

5. Aus welchem Bundesland kommen Sie?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen

- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

6. Wie viele Wahlperioden sind Sie Mitglied im Deutschen Bundestag?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9

7. Haben Sie ein Direktmandat oder sind Sie über eine Landesliste in den Deutschen Bundestag eingezogen?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- Direktmandat
- Landesliste

8. In welchen Bundestagsausschüssen sind Sie ordentliches Mitglied?

*Bitte wählen Sie **maximal 3** Antworten:*

- Arbeit und Soziales
- Auswärtiges
- Bildung, Forschung, Technikfolgenabschätzung
- Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz
- Europäische Union
- Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Finanzen
- Gesundheit
- Haushalt
- Inneres
- Kultur und Medien
- Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Petitionen
- Recht
- Sport
- Tourismus
- Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Verteidigung
- Wahlprüfung
- Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung
- Wirtschaft und Technologie
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Gemeinsamer Ausschuss
- Vermittlungsausschuss
- Kontrollgremium
- Richterwahl

9. In welchen Bundestagsausschüssen sind Sie stellvertretendes Mitglied?

Bitte wählen Sie maximal 3 Antworten:

- Arbeit und Soziales
- Auswärtiges
- Bildung, Forschung, Technikfolgenabschätzung
- Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz
- Europäische Union
- Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Finanzen
- Gesundheit
- Haushalt
- Inneres
- Kultur und Medien
- Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Petitionen
- Recht
- Sport
- Tourismus
- Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Verteidigung
- Wahlprüfung
- Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung
- Wirtschaft und Technologie
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Gemeinsamer Ausschuss
- Vermittlungsausschuss
- Kontrollgremium
- Richterwahl

10. Welche Funktion haben Sie in Fraktion, Parlament oder Regierung?

Bitte wählen Sie maximal 3 Antworten:

- Fraktionsvorsitzende/r
- Stellvertreter/in im Fraktionsvorstand
- Fraktionsgeschäftsführer/in
- Mitglied der Fraktionsgeschäftsführung
- Arbeitsgruppenvorsitzende/r, -sprecher/in
- Parlamentarische/r Geschäftsführer
- Mitglied der parlamentarischen Geschäftsführung
- Ausschussvorsitzende/r
- stellvertretende/r Ausschussvorsitzende/r
- Parlamentarische/r Staatssekretär/in
- Minister
- Anderes/Sonstiges

11. Welche Funktion haben Sie in Ihrer Partei? Geben Sie bitte jeweils die höchste Funktion an.

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus:

	Vorstands- mitglied auf	Präsidiums- mitglied auf	Delegierte/r auf	andere Funktion/en
Bundesebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landesebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bezirksebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kreisebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Machen Sie bitte Angaben zu Ihrer aktuellen und früheren gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktion.

Bitte wählen Sie maximal 3 Antworten:

- Ich bin noch hauptamtlich tätig.
- Ich bin noch ehrenamtlich tätig.
- Ich bin noch Betriebs- oder Personalrat/rätin.
- Ich bin noch Vertrauensmann/-frau.
- Ich habe noch eine andere Funktion.
- Ich habe keine Funktion.
- Ich hatte eine andere Funktion.
- Ich war Betriebs- oder Personalrat/rätin.
- Ich war Vertrauensmann/-frau.
- Ich war hauptamtlich tätig.
- Ich war ehrenamtlich tätig.
- Ich hatte keine Funktion.
- Anderes/Sonstiges

13. Was war der entscheidende Anstoß für Ihre Kandidatur zum Deutschen Bundestag?

Bitte wählen Sie maximal 3 Antworten:

- Ich bin von übergeordneten Gewerkschaftsstellen angesprochen worden.
- Ich bin von lokalen Gewerkschaftsstellen angesprochen worden.
- Ich bin von Gewerkschaftskollegen/innen angesprochen worden.
- Ich bin von Kollegen/innen in meinem Betrieb angesprochen worden.
- Mich hat meine Partei angesprochen.
- Ich bin von niemand angesprochen worden.
- Anderes/Sonstiges

14. Wie wichtig war die Gewerkschaftsmitgliedschaft für Ihre Kandidatur?

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- war entscheidend
- hat mir sehr geholfen
- hat eine Rolle neben anderen gespielt
- hat mir nicht geschadet
- war völlig egal

15. Wen haben Sie im Vorfeld der Kandidatur in Ihrer Gewerkschaft um Rat gefragt?

Bitte wählen Sie maximal 3 Antworten:

- meine Kollegen/innen am Arbeitsplatz
- gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb
- Gewerkschaftskollegen/innen, mit denen ich zusammengearbeitet habe
- meinen Gewerkschaftsvorstand
- übergeordnete Gewerkschaftsgremien
- Anderes/Sonstiges
- niemand

16. Auf welcher Ebene haben Sie den Gewerkschaftsvorstand konsultiert?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Punkte aus:

- Bund
- Bezirk
- Region/Verwaltungsstelle

17. Welche Rolle haben bei Ihrer Kandidatur übergeordnete Gremien Ihrer Gewerkschaft gespielt?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus:

	Man hat mich sehr unterstützt.	Man hat mich unterstützt.	Man hat es zur Kenntnis genommen.	Man stand dem gleichgültig gegenüber.	Man war Dagegen	Man hat nichts davon gewusst.
Bund	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bezirk	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Region/ Verwaltungsstelle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Welche Bedeutung hatten Ihre Partei- und Gewerkschaftsarbeit für Ihren Weg in den Deutschen Bundestag?

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Für meine Kandidatur war vor allem meine Parteiarbeit entscheidend.
- Für meine Kandidatur war meine Parteiarbeit wichtiger.
- Partei- und Gewerkschaftsarbeit waren gleich wichtig.
- Die Gewerkschaftsarbeit war wichtiger.
- Für meine Kandidatur war vor allem die Gewerkschaftsarbeit entscheidend.

19. Kann man ein Bundestagsmandat wahrnehmen und gleichzeitig noch ein/e aktive/r Gewerkschafter/in sein?

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Ja, unbedingt. Man ist als aktive/r Gewerkschafter/in auch ein besserer Abgeordneter.
- Ja. Das ist kein Problem und geht gut.
- Es geht, fällt aber mitunter schwer.
- Nein. Beide Funktionen widersprechen sich zu sehr.
- Nein. Man kann nur das eine oder andere sein.

20. Welche Eigenschaften kann man einem/einer „aktiven“ Gewerkschafter/in im Bundestag zuschreiben?

Bitte wählen Sie maximal 3 Antworten:

- hält Kontakt mit den Vorständen seiner Organisation
- hält Kontakt mit den Kollegen/Kolleginnen seines Betriebs
- besucht regelmäßig Gewerkschaftsveranstaltungen

- liest regelmäßig die Gewerkschaftspresse
- hat noch gewerkschaftliche Ämter und Funktionen inne
- fühlt sich gewerkschaftlichen Positionen verbunden
- vertritt gewerkschaftliche Positionen im Deutschen Bundestag
- lädt Gewerkschafter/innen und Betriebsräte/innen und Personalräte/innen in den Bundestag ein
- Anderes/Sonstiges

21. Nehmen Sie noch aktiv am Gewerkschaftsleben teil?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- ja, sehr aktiv
- aktiv
- gelegentlich aktiv
- kaum aktiv
- nein, überhaupt nicht aktiv

22. Was hindert Abgeordnete an aktiver Gewerkschaftsarbeit?

*Bitte wählen Sie **maximal 3** Antworten:*

- Abgeordnete leiden grundsätzlich unter Zeitmangel.
- Man ist mit Politik voll ausgelastet.
- Man ist als Abgeordnete/r nicht mehr Interessenvertreter/in.
- Gewerkschaftsprogrammatik und Fraktionspolitik passen nicht zusammen.
- Es gibt nur ein entweder/oder.
- Man verliert den Kontakt zu den Gewerkschaften.
- Ich war auch früher kein/e aktive/r Gewerkschafter/in.

23. Wie deuten Sie sich und ihre Rolle im Bundestag?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- Ich bin auch im Bundestag immer noch vor allem Gewerkschafter/in.
- Ich bin mehr Gewerkschafter/in als Parteipolitiker/in.
- Ich habe keine Probleme, beide Rollen miteinander zu vereinbaren.
- Ich bin mehr Parteipolitiker/in als Gewerkschafter/in.
- Ich bin Parteipolitiker/in, denn man kann nur entweder Gewerkschafter/in oder Politiker/in sein.

24. Was sind die wichtigsten Einzelthemen, die Sie derzeit im Bundestag bearbeiten?

Bitte schreiben Sie Ihre Antwort(en) hier auf.

Thema 1: _____

Thema 2: _____

Thema 3: _____

Bitte beachten Sie: Die Fragen 25, 32, 33, 42 und 43 nehmen noch einmal Bezug auf die von Ihnen hier genannten Themen

25. Haben Sie sich mit den genannten Themen, die Sie als MdB bearbeiten, auch schon in Ihrer Gewerkschaftsarbeit befasst?

*Bitte beziehen Sie sich auf Ihre Angaben aus Frage 24 und wählen Sie die **zutreffenden Antworten** aus:*

	Überwiegend	mehrheitlich	teilweise	Manchmal	überhaupt nicht
Thema 1	<input type="checkbox"/>				
Thema 2	<input type="checkbox"/>				
Thema 3	<input type="checkbox"/>				

26. Helfen Ihnen Ihre Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit bei der Ausübung des Mandats?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- überwiegend
- mehrheitlich
- teilweise
- manchmal
- wenig

27. Abgeordnete sind ihrem Gewissen verantwortlich. Was ist für Ihr politisches Handeln maßgeblich?

*Bitte wählen Sie **maximal 3** Antworten:*

- Parteiprogrammatik
- Gewerkschaftsprogrammatik
- Fraktionsbeschlüsse
- wissenschaftliche Analysen

- Interessen meines Wahlkreises
- Interessen meiner Wählerinnen und Wähler
- Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen
- Koalitionsvereinbarungen
- Positionen von Sozialverbänden
- Positionen von Wirtschaftsverbänden
- Positionen der Kirchen
- Anderes/Sonstiges

28. Welche Rolle spielen für Sie in Ihrer Arbeit im Bundestag gewerkschaftliche Positionen (Programme, Beschlüsse)?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- sind für mich maßgeblich
- spielen für mich eine wichtige Rolle
- berücksichtige ich, wenn es geht
- spielen für mich eine untergeordnete Rolle
- sind für mich nicht maßgeblich

29. Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und Ihrer Gewerkschaft?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- ausgezeichnet, es könnte nicht besser sein
- gut, muss nicht verbessert werden
- mittelmäßig, sollte verbessert werden
- schlecht, muss stark verbessert werden
- zerrüttet

30. Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und dem DGB?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- ausgezeichnet, es könnte nicht besser sein
- gut, muss nicht verbessert werden
- mittelmäßig, sollte verbessert werden
- schlecht, muss stark verbessert werden
- zerrüttet

31. Werden Sie vom DGB gut informiert?

Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:

- ja, sehr gut
- gut
- es geht
- schlecht
- nein, schlecht

32. Werden Sie von Ihrer Gewerkschaft gut informiert?

Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:

- ja, sehr gut
- gut
- es geht
- schlecht
- nein, schlecht

33. In welchem Ihrer Themen stimmen Sie mit Ihrer Gewerkschaft überein

Bitte beziehen Sie sich auf Ihre Angaben aus Frage 24 und wählen Sie die **zutreffenden Antworten** aus:

	Vollständig	mehrheitlich	teilweise	kaum	überhaupt nicht
Thema 1	<input type="checkbox"/>				
Thema 2	<input type="checkbox"/>				
Thema 3	<input type="checkbox"/>				

34. Stimmen Sie in diesen Politikfeldern mehr mit Ihrer Partei oder mehr mit Ihrer Gewerkschaft

Bitte beziehen Sie sich auf Ihre Angaben aus Frage 24 und wählen Sie die **zutreffenden Antworten** aus:

	Überwiegend mit meiner Partei	mehr mit meiner Partei	etwa gleich	mehr mit meiner Gewerkschaft	Überwiegend mit meiner Gewerkschaft
Thema 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Thema 2	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Thema 3	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Wie arbeiten Sie mit Ihrer Gewerkschaft zusammen?

Bitte wählen Sie die zutreffenden Antworten aus:

	ständig	häufig	mit- unter	selten	nie
Ich treffe mich mit Vorständen auf Bundesebene.	<input type="checkbox"/>				
Ich treffe mich mit Vorständen auf regionaler und lokaler Ebene.	<input type="checkbox"/>				
Ich trage Anliegen meiner Gewerkschaft in der Fraktion vor.	<input type="checkbox"/>				
Ich bereite Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen.	<input type="checkbox"/>				
Ich tausche mich mit Fachreferenten über Sachfragen aus.	<input type="checkbox"/>				
Ich treffe Mitarbeiter der parlamentarischen Verbindungsstelle.	<input type="checkbox"/>				
Ich gebe Informationen aus dem Parlament weiter.	<input type="checkbox"/>				
Ich stehe für Veranstaltungen zur Verfügung.	<input type="checkbox"/>				
Ich nehme an den Frühstücken für MdB teil.	<input type="checkbox"/>				
Ich spreche mit meinen Kollegen/innen im Betrieb	<input type="checkbox"/>				
Anderes/Sonstiges	<input type="checkbox"/>				
Ich arbeite mit meiner Gewerkschaft nicht zusammen	<input type="checkbox"/>				

36. Wie arbeiten Sie mit dem DGB zusammen?

Bitte wählen Sie die zutreffenden Antworten aus:

	ständig	häufig	mit- unter	selten	nie
Ich treffe mich mit Vorständen auf Bundesebene.	<input type="checkbox"/>				
Ich treffe mich mit Vorständen auf regionaler und lokaler Ebene.	<input type="checkbox"/>				
Ich trage Anliegen meiner Gewerkschaft in der Fraktion vor.	<input type="checkbox"/>				
Ich bereite Anträge vor, die Gewerkschaftspositionen aufgreifen.	<input type="checkbox"/>				
Ich tausche mich mit Fachreferenten über Sachfragen aus.	<input type="checkbox"/>				
Ich treffe Mitarbeiter der parlamentarischen Verbindungsstelle.	<input type="checkbox"/>				

Ich gebe Informationen aus dem Parlament weiter.	<input type="checkbox"/>				
Ich stehe für Veranstaltungen zur Verfügung.	<input type="checkbox"/>				
Ich nehme an den Frühstücken für MdB teil.	<input type="checkbox"/>				
Ich spreche mit meinen Kollegen/innen im Betrieb	<input type="checkbox"/>				
Anderes/Sonstiges	<input type="checkbox"/>				
Ich arbeite mit dem DGB nicht zusammen	<input type="checkbox"/>				

37. Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und Ihrer Gewerkschaft in der 16. Wahlperiode im Vergleich zur Zeit von Rot-Grün verändert?

Bitte wählen Sie die zutreffende Antwort aus:

	viel besser geworden	etwas besser geworden	gleich geblieben	etwas schlechter geworden	viel schlechter geworden
ist gegenüber Rot-Grün	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und dem DGB in der 16. Wahlperiode im Vergleich zur Zeit von Rot-Grün verändert?

Bitte wählen Sie die zutreffende Antwort aus:

	viel besser geworden	etwas besser geworden	gleich geblieben	etwas schlechter geworden	viel schlechter geworden
ist gegenüber Rot-Grün	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und Ihrer Gewerkschaft im Verlauf der Großen Koalition bzw. in der 16. Wahlperiode verändert?

Bitte wählen Sie die zutreffende Antwort aus:

	viel besser geworden	etwas besser geworden	gleich geblieben	etwas schlechter geworden	viel schlechter geworden
ist im Lauf der Zeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und dem DGB im Verlauf der Großen Koalition bzw. in der 16. Wahlperiode verändert?

Bitte wählen Sie die zutreffende Antwort aus:

	viel besser geworden	etwas besser geworden	gleich geblieben	etwas schlechter geworden	viel schlechter geworden
ist im Lauf der Zeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Wie beurteilen Sie das Verhältnis Ihrer Gewerkschaft zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder?

Bitte wählen Sie *nur eine* der folgenden Antworten aus:

- ist viel besser geworden
- ist etwas besser geworden
- ist gleich geblieben
- ist etwas schlechter geworden
- ist viel schlechter geworden

42. Wie beurteilen Sie das Verhältnis des DGB zu Angela Merkel im Vergleich zu Gerhard Schröder?

Bitte wählen Sie *nur eine* der folgenden Antworten aus:

- ist viel besser geworden
- ist etwas besser geworden
- ist gleich geblieben
- ist etwas schlechter geworden
- ist viel schlechter geworden

43. Wie beurteilen Sie Ihr persönliches Verhältnis zum/zur amtierenden Minister/in in Ihren Arbeitsfeldern im Vergleich zu Rot-Grün?

Bitte beziehen Sie sich auf Ihre Angaben aus Frage 24 und wählen Sie die zutreffenden Antworten aus:

	ist viel besser geworden	ist etwas besser geworden	ist gleich geblieben	ist etwas schlechter geworden	ist viel schlechter geworden
Thema 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Thema 2	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Thema 3	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Wie hat sich Ihr persönliches Verhältnis zum/zur amtierenden Minister/in in Ihren Arbeitsfeldern in der Großen Koalition bzw. 16. Wahlperiode entwickelt?

Bitte beziehen Sie sich auf Ihre Angaben aus Frage 24 und wählen Sie die zutreffenden Antworten aus:

	ist viel besser geworden	ist etwas besser geworden	ist gleich geblieben	ist etwas schlechter geworden	ist viel schlechter geworden
Thema 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Thema 2	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Thema 3	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Wie beurteilen Sie das Verhältnis der DGB-Gewerkschafter untereinander in Ihrer Fraktion?

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- sehr gut
- gut
- mittelmäßig
- schlecht
- sehr schlecht

46. Wie beurteilen Sie Ihr persönliches Verhältnis zu den DGB-Gewerkschaftern in anderen Fraktionen?

Bitte wählen Sie die zutreffenden Antworten aus:

	sehr gut	gut	mittelmäßig	schlecht	sehr schlecht
CDU/CSU	<input type="checkbox"/>				
SPD	<input type="checkbox"/>				
FDP	<input type="checkbox"/>				
DIE LINKE	<input type="checkbox"/>				
Die Grünen	<input type="checkbox"/>				

47. Die Gewerkschafter/innen im Bundestag verteilen sich auf Regierungsfraktionen und Opposition. Sprengt das die gewerkschaftspolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Ihnen und Ihren Kollegen/innen auf?

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- ja, völlig
- beträchtlich
- teilweise
- kaum
- überhaupt nicht

48. Wie wichtig sind die Gewerkschaften für die Durchsetzung der Politik, wie sie Ihre Fraktion verfolgt?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- unverzichtbar
- sehr wichtig
- teilweise wichtig
- nicht so wichtig
- überflüssig

49. Welche Rolle spielt die parlamentarische Repräsentanz von Gewerkschaftern/innen für die Interessenvertretung von Arbeitnehmern?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- unverzichtbar
- sehr wichtig
- teilweise wichtig
- nicht so wichtig
- überflüssig

50. In der 15. Wahlperiode saßen noch zwei Gewerkschaftsvorsitzende im Bundestag. Jetzt keine mehr. Sollten Ihrer Meinung nach wieder mehr Gewerkschaftsvorsitzende in den Bundestag, um Arbeitnehmerinteressen besser zu vertreten?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- JA
- NEIN

51. Gibt es im Bundestag einen Gewerkschaftsblock? („Gewerkschaftsblock“ meint weitgehende politische Übereinstimmung der DGB-Gewerkschafter/innen über Fraktionsgrenzen hinweg, die sich auch in Vorbereitung gemeinsamer Positionen, Anträge, Abstimmungen etc. niederschlagen kann.

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- ja, ständig
- häufig
- bei Gelegenheit durchaus
- selten/in Einzelfällen
- nein, nie

- 52. Gibt es ein Arbeitnehmerlager in der Großen Koalition?** („Arbeitnehmerlager“ meint die weitgehende politische Übereinstimmung von Arbeitnehmervertretern/innen aus DGB-Gewerkschaften, anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie von CDA und CSA in der Großen Koalition, die sich auch in der Vorbereitung gemeinsamer Positionen, Anträge Abstimmungen etc. niederschlagen kann.)

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- ja, ständig
- häufig
- bei Gelegenheit durchaus
- selten/in Einzelfällen
- nein, nie

- 53 Haben Sie Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Ihrer Fraktion? Bitte notieren Sie hier.**

Bitte schreiben Sie Ihre Antwort hier:

- 54. Zum Abschluss der Umfrage bitten wir Sie für Vergleichszwecke im Rahmen der Untersuchung um einige Angaben zu Ihrer Person. Geben Sie bitte Ihren höchsten Schulabschluss an.** (Kategorien nach dem statistischen Jahrbuch)

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- Haupt-/Volksschulabschluss
- Abschluss der polytechnischen Oberschule
- Realschul- oder gleichwertiger Abschluss
- Fachhochschulreife
- Hochschulreife
- ohne allgemeinen Schulabschluss

55. Welchen beruflichen Ausbildungsabschluss haben Sie? Bitte geben Sie Ihren höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss an. (Kategorien nach dem statistischen Jahrbuch)

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- Lehr- oder Anlernausbildung (einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses oder eines beruflichen Praktikums)
- Fachschulabschluss (einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens)
- Fachhochschulabschluss (einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss)
- Hochschulabschluss (ohne Fachhochschulabschluss – einschl. Lehrerausbildung)
- keinen beruflichen Ausbildungsabschluss

56. Machen Sie bitte Angaben zu Ihrer letzten beruflichen Tätigkeit vor Antritt des Mandats. Welchen beruflichen Status hatten Sie zuletzt? (Kategorien nach dem Statistischen Jahrbuch)

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- Arbeiter/in
- Angestellte/r
- Leitende/r Angestellte/r
- Beamter/in
- Beamter/in im höheren Dienst
- Selbstständig
- Anderes/Sonstiges

57. In welchem Jahr sind Sie geboren?

Bitte schreiben Sie Ihre Antwort hier: _____

58. Und als was gehen Sie sonst noch so durchs Leben?

*Bitte wählen Sie **nur eine** der folgenden Antworten aus:*

- Frau
- Mann

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit

Über die Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39 Telefon: 02 11/77 78-0
40476 Düsseldorf Telefax: 02 11/77 78-225



www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.